



VERANSTALTUNGEN ZUM TAG DES GEDENKENS AN DIE OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS 2007

Plenarsitzung, Vorträge und Ausstellung
im Landtag Rheinland-Pfalz

Heft 34

der Schriftenreihe des Landtags Rheinland-Pfalz

ISSN 1610-3432

IMPRESSUM

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz

Redaktion: Hans-Peter Hexemer
Referent für Öffentlichkeitsarbeit
Deutschhausplatz 12
55116 Mainz

Titelgestaltung: Petra Louis, Mainz

Bildnachweis: siehe Seite 131

Copyright: Landtag Rheinland-Pfalz 2007

Druck: Satz+Druck Werum GmbH, Mainz-Hechtsheim

Der Landtag im Internet: <http://www.Landtag.Rheinland-Pfalz.de>

VERANSTALTUNGEN
ZUM TAG DES GEDENKENS
AN DIE OPFER DES
NATIONALSOZIALISMUS 2007

Plenarsitzung, Vorträge und Ausstellung
im Landtag Rheinland-Pfalz

INHALTSVERZEICHNIS

PLENARSITZUNG DES LANDTAGS AUS ANLASS DES GEDENKTAGES FÜR DIE OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS AM 27. JANUAR 2007	5
--	---

Begrüßung: Landtagspräsident Joachim Mertes	7
---	---

Zeitzeugenbericht: Dr. Heinz Kahn, Überlebender der Konzentrationslager Auschwitz und Buchenwald, Vorsitzender der Jüdischen Kultusgemeinde Koblenz	15
---	----

Ansprache: Staatsminister Karl Peter Bruch, stellv. Ministerpräsident	43
---	----

PRÄSENTATION VON SCHÜLERINNEN UND SCHÜLERN DER FÖRDERSCHULE AM ELLERBACH BAD KREUZNACH	47
--	----

Zwei Tage in Auschwitz

LEBENSBLICKER VON GEGNERN DES NS-REGIMES AUS RHEINLAND-PFALZ	53
---	----

Vortragsveranstaltung am 22. Januar 2007

Begrüßung: Landtagspräsident Joachim Mertes	55
---	----

Einführung: Dieter Burgard MdL, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen	59
---	----

Dr. Ernst Biesten – Demokrat in vier Epochen Referent: Joachim Hennig	63
---	----

Hans Eiden – Der letzte Lagerälteste von Buchenwald Referentin: Dr. Beate Dorfey	81
Ludwig Schwamb und Jakob Steffan – Mitreiter Wilhelm Leuschners im Widerstand Referent: Dr. Axel Ulrich	95
„WIR KÖNNEN NUR VORWÄRTS, DENN HINTER UNS IST DER TOD.“ NS-OPFER AUS DER REGION KOBLENZ UND NEUANFANG VOR 60 JAHREN Ausstellung im Landtag vom 18. Januar bis 2. Februar 2007	125



PLENARSITZUNG DES LANDTAGS
AUS ANLASS DES GEDENKTAGES
FÜR DIE OPFER DES
NATIONALSOZIALISMUS
AM 27. JANUAR 2007



BEGRÜßUNG

LANDTAGSPRÄSIDENT JOACHIM MERTES

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute ist der nationale Gedenktag, an dem wir an alle Opfer des Nationalsozialismus erinnern. Es ist der Tag, an dem vor 62 Jahren das Konzentrationslager Auschwitz durch die Rote Armee, durch die 60. Armee der Ukrainischen Front, befreit wurde. Man fand nur rund 7.600 Überlebende, ausgemergelt, fast tot, darunter etwa 600 Kinder.

Herr Dr. Kahn, ich begrüße Sie als wichtigen Zeitzeugen. Ich bitte die Abgeordneten und die Mitglieder der Landesregierung, sich vom Platz zu erheben und einen Moment der Ruhe einzuhalten.

(Die Anwesenden erheben sich von ihrem Platz)

Herr Dr. Kahn, meine Damen und Herren, wir haben uns erhoben aus Respekt und Mitgefühl für die Opfer. Wir denken an das, was Sie und viele Millionen anderer Opfer des Nationalsozialismus erleiden mussten. Wir denken an die verfolgten und ermordeten Juden, an Sinti und Roma, die Kranken, Behinderten und politisch Verfolgten. Wir haben uns erhoben, um die Würde zu respektieren, die diese Opfer hatten und die man ihnen nehmen wollte. Wir haben uns erhoben, um zu versprechen, dass so etwas nie wieder geschehen wird. Ich bedanke mich.

(Die Anwesenden nehmen wieder Platz)

Meine Damen und Herren, vor 62 Jahren kamen die Soldaten in Auschwitz an. Wir wurden in Deutschland – insbesondere meine Generation, die nach dem Krieg geboren wurden – lange im Unsicheren darüber gehalten, was denn da geschehen war. Es war klar, dass Auschwitz nicht aus dem Nichts kam. Ich muss Ihnen leider eine lange Liste von Dingen vorlesen, die abgelaufen sind, bis es Auschwitz gab. Diese Liste ist uns in der Form nie präsentiert worden. Von vielen Hunderten von Maßnahmen will ich Ihnen folgende vortragen:

1. April 1933: Reichsweit werden jüdische Geschäfte boykottiert.

7. April 1933: Juden dürfen keine Beamten mehr sein.

14. Juli 1933: Gesetz über die Einziehung jüdischen Vermögens.

Am 15. September 1935 wurden die Nürnberger Rassen-gesetze erlassen, mit denen die Unterscheidung zwischen Ariern und Nichtariern vorgenommen wurde. Das war vollkommen unwissenschaftlich, aber die Grundlage für all das, was folgen sollte.

21. Dezember 1935: Jüdische Lehrer, Ärzte und Professoren werden aus dem Staatsdienst entlassen.

11. Januar 1936: Berufsverbot für jüdische Steuerberater.
25. Januar 1937: Berufsverbot für jüdische Viehhändler.
13. Februar 1937: Juden können keine Notare sein.
15. April 1937: Juden dürfen nicht mehr promovieren.
18. Januar 1938: Keine Zulassung jüdischer Schüler zur Reifeprüfung an öffentlichen Schulen.
16. Februar 1938: Juden dürfen nicht mehr als Tierärzte bestellt werden.
25. Juli 1938: Jüdischen Ärzten wird die Zulassung entzogen.
17. August 1938: Männliche Juden müssen zusätzlich den Vornamen „Israel“, Frauen den Vornamen „Sara“ führen.
5. Oktober 1938: Die Reisepässe werden eingezogen und mit einem großen „J“ versehen.
9. November 1938: Reichspogromnacht – Zerstörung von Synagogen, Geschäften und Wohnungen durch die Nationalsozialisten und Ermordung von vielen Menschen.
12. November 1938: Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes: Die Kosten der Reparaturen der Schäden, die die Nationalsozialisten angerichtet hatten, müssen die geschädigten Juden bezahlen. Soweit es Versicherungsleistungen gibt, beschlagnahmt sie der Staat.
12. November 1938: Zwangsveräußerung von Gewerbebetrieben, Grundvermögen und Wertpapieren.
15. November 1938: Jüdische Kinder dürfen keine deutschen Schulen mehr besuchen.

Ende des Jahres 1938: Juden dürfen sich nur noch eine begrenzte Zeit in der Öffentlichkeit aufhalten, dürfen keine Speise- und Schlafwagen der Bahn und keine öffentlichen Bäder mehr benutzen.

21. Februar 1939: Juden müssen Gold, Silber und Edelsteine an den Staat abliefern. – Die Liste ist noch nicht zu Ende.

1. September 1939: Ausgehverbot für Juden im Sommer nach 21:00 Uhr, im Winter nach 20:00 Uhr.

20. September 1939: Juden dürfen keine Radios mehr besitzen.

7. Dezember 1939: Juden erhalten keine Kleiderkarten mehr.

11. März 1940: Lebensmittelkarten für Juden werden mit „J“ versehen. Sie erhalten keine rationierten Lebensmittel mehr.

19. Juli 1940: Juden dürfen kein Telefon mehr besitzen.

22. Oktober 1940: Deportation der pfälzischen Juden ins unbesetzte Frankreich.

5. Januar 1941: Juden dürfen keine Leihbüchereien mehr benutzen.

1. September 1941: Juden müssen den Judenstern an ihrer Kleidung tragen.

16. Oktober 1941: Beginn der Deportationen nach Osten, auch aus dem Regierungsbezirk Trier.

25. November 1941: Juden verlieren dann die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt ins Ausland verlegen. Durch die Deportation ins Ausland verlegen

die Juden also ihren gewöhnlichen Aufenthalt ins Ausland und verlieren somit die deutsche Staatsangehörigkeit. Der Zynismus der Bürokratie ist unbeschreiblich.

12. Dezember 1941: Juden dürfen keine öffentlichen Fernsprecher mehr benutzen.

20. Januar 1942: Auf der berüchtigten Wannsee-Konferenz wird die sogenannte Endlösung der Judenfrage beschlossen.

13. März 1942: Juden müssen ihre Wohnungstür mit einem schwarzen Judenstern kennzeichnen.

Ab dem 22. März 1942: Mehrfache Deportationen aus Koblenz.

Ab dem 24. März 1942: Mehrfache Deportationen aus Mainz. Im Dahlheimer Hof werden zahllose Leute eingepfercht.

Ab dem 24. April 1942: Mehrfache Deportationen aus Trier.

17. Juni 1943: Deportation der letzten Juden aus Trier.

Meine Damen und Herren, Auschwitz kam nicht aus dem Nichts. Es kam aus all diesen Maßnahmen, und das kann auch nachgelesen werden. Der ehemalige Justizminister Caesar hat dies dokumentiert. Die Deutschen haben sich über das jüdische Eigentum hergemacht und es versteigert. Auf einer Karteikarte aus damaliger Zeit heißt es beispielsweise: Ein Bett: 10 Reichsmark. – Auf diese Weise wurden die Wohnungen leer geräumt. Auch Radios usw. wurden den Juden weggenommen.

Das Grauen des Massenmordes hat ganz einfache und bürokratische Vorläufer. Es waren Maßnahmen, die Menschen entrechteten und entwürdigten. Das ist ein Teil der Lehre, die wir begreifen müssen.

Die Mehrzahl der Menschen, die heute lebt, ist ohne persönliche Schuld, aber nicht ohne Verantwortung. Wir haben die Verantwortung für das, was geschah, aber insbesondere für die Zukunft. Es ist notwendig, das, was ich versucht habe zu skizzieren, stets in Erinnerung zu halten; denn das Wissen macht uns betroffen und muss uns zum Handeln veranlassen.

Meine Damen und Herren, deshalb haben wir uns heute hier getroffen. Ich danke Ihnen allen, dass Sie gekommen sind, insbesondere Herrn Dr. Heinz Kahn. Er schreibt über sich selbst, er gehöre zu einer großen deutschen rheinischen Familie, von der er allein übrig geblieben sei, ebenso wie seine Ehefrau, die ich an dieser Stelle herzlich begrüße. Er kommt aus Hermeskeil und wird darüber berichten, was es bedeutet, ein junger Mensch in dieser Zeit gewesen zu sein. Er erfährt, dass seine Eltern und seine Schwestern ermordet worden sind und kann nach einem Todesmarsch nach Buchenwald, wo ihn die Amerikaner befreien, nach Trier zurückkehren. Auch was er dann erfährt, ist kein Ruhmesblatt für uns und für unsere Vorväter; denn sie haben das infrage gestellt, was ihm angetan wurde.

In einer gestrigen Veranstaltung im Mainzer Dom ging es um die Frage der Kriegsdienstverweigerer im Nazireich. Sie haben ewig, bis zum Jahr 1991 für ihr Recht kämpfen müssen. In den 50er-Jahren saßen ihnen die gleichen Personen gegenüber, die in den 40er-Jahren für diese Verbrechen verantwortlich waren. Ein Gericht hatte damals gesagt, man hätte beispielsweise bei der Frage des Umgangs mit den Männern des 20. Juli gar nicht anders handeln können.

Aus diesem Grunde bitten wir Sie, uns aus dieser Zeit zu berichten, Herr Dr. Kahn. Wir wollen das weitertragen und können das weitertragen.

Ich begrüße den Landesvorsitzenden der Jüdischen Gemeinden, Herrn Dr. Peter Waldmann. Für die Sinti und Roma begrüße ich



Herrn Ludwig Georg. Herr Daweli Reinhardt lässt sich entschuldigen, da er erkrankt ist. An dieser Stelle begrüße ich die Enkel von Daweli Reinhardt, die mit ihrer Musik diese Sitzung mitgestalten. Zugleich bedanke ich mich sehr herzlich dafür.

Stellvertretend für die Kirchen begrüße ich Monsignore Klaus Mayer, den früheren Pfarrer von Sankt Stephan. Mit ihm begrüße ich alle Vertreterinnen und Vertreter von Institutionen, Vereinen und Initiativen aus dem Land, die in der Gedenkarbeit engagiert sind.

Ich freue mich ganz besonders, dass die Generalkonsulin der Republik Türkei, Frau Berin Tulun, heute unter uns ist.

Außerdem begrüße ich die ehemaligen Mitglieder des Landtags, insbesondere Frau Luise Herklotz aus Speyer, die als Frau der ersten Stunde bereits dem ersten Landtag angehörte, und den früheren Präsidenten des Landtags, Herrn Dr. Johannes Baptist Rösler.

Ich begrüße den stellvertretenden Ministerpräsidenten, Staatsminister Karl Peter Bruch, der im Anschluss an die Rede von Herrn Dr. Kahn für die Landesregierung sprechen wird, und alle Mitglieder der Landesregierung ebenso herzlich. Ich freue mich, dass der Landtag praktisch vollzählig ist und damit zum Ausdruck bringt, welche Bedeutung wir diesem Tag für unser Land zumessen.

Die Brücke zwischen uns, die wir nach dem Krieg geboren sind, und Ihnen, die Sie das miterlebt haben, wird geschlagen, indem ich die Schülerinnen und Schüler der Förderschule am Ellerbach in Bad Kreuznach in meinen Gruß einbeziehe. Sie haben gemeinsam mit ihren Lehrern Auschwitz besucht. Sie sind tief beeindruckt, betroffen und schockiert zurückgekommen. Ein Stück der Verarbeitung ihrer Eindrücke ist die Präsentation, die sie uns nach dieser Veranstaltung im Wappensaal durch Texte, Bilder und Musik zeigen werden.

Sehr geehrter Herr Dr. Kahn, damit ist der Bogen geschlagen aus dieser abgrundtief dunklen Zeit in unsere Zeit. Wir wollen die Erinnerung weitertragen. Wir wollen dafür sorgen, dass das alle wissen, auch jene, die in schwarzen Springerstiefeln mit weißen Schnürsenkeln herumlaufen und glauben, sie könnten das durch Gewalt widerlegen.

Gestern hat die UNO-Vollversammlung diejenigen verurteilt, die die Auffassung vertreten, man könne den Holocaust leugnen. Sie wissen, dass der Iran das politisch versucht. Eines ist aber klar: In diesem Land werden die Demokraten nie relativierend darüber reden. Wir werden nur dann eine andere Zukunft gewinnen, wenn wir uns an unsere Vergangenheit erinnern.



ZEITZEUGENBERICHT

DR. HEINZ KAHN,
ÜBERLEBENDER DER KONZENTRATIONSLAGER
AUSCHWITZ UND BUCHENWALD,
VORSITZENDER DER JÜDISCHEN KULTUSGEMEINDE
KOBLENZ

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrter Herr Staatsminister, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich entstamme einer konservativen jüdischen Familie, deren Vorfahren seit über 500 Jahren im Rheinland ansässig sind. Mein Vater, seine Brüder und auch die Brüder meiner Mutter kämpften im Ersten Weltkrieg auf deutscher Seite, wurden zum Teil getötet und verwundet, erhielten hohe Auszeichnungen und wurden nur einige Jahre später ihres Vermögens beraubt und aus ihren Geschäften vertrieben. Einige Familienmitglieder konnten unter

unwürdigen Umständen ins Ausland emigrieren. Leider wurde ein großer Teil der Familie deportiert und kam bei der so genannten Endlösung im von deutschen Truppen besetzten Osten ums Leben.

Ich bin der Einzige aus einer ehemals großen deutschen Familie jüdischen Glaubens, der Auschwitz und Buchenwald überlebt hat und in Deutschland geblieben ist. Dies ist in kurzen Worten mein Schicksal in diesem christlichen Abendland.

Vielleicht wissen Sie etwas über die Verfolgungen, die Juden in Deutschland und in den von Deutschen besetzten Gebieten erdulden mussten. In dieser Zeit wurden die Juden als Angehörige einer Rasse verfolgt, während in früheren Zeiten die hier als Minderheit lebenden Juden wegen ihres Glaubens verfolgt und zum Teil ermordet wurden.

Meine Eltern und meine Vorfahren glaubten, dass nach der französischen Revolution und nach der Gleichberechtigung Benachteiligungen wegen einer Religionszugehörigkeit insbesondere in Deutschland, wo das Zusammenleben der unterschiedlichen Religionen zu einer guten Symbiose geführt hatte, ein Relikt aus vergangenen Zeiten sei. Diesen irrtümlichen Glauben mussten sie mit ihrem Leben bezahlen.

Die Zahl der Überlebenden der Judenverfolgung ist gering. So leben heute sowohl im Regierungsbezirk Trier als auch im Regierungsbezirk Koblenz jeweils drei Personen, die vor 1933 hier lebten und nach dem Krieg hiergeblieben sind. Selbstverständlich sind diese Zeitzeugen alle über 70 Jahre alt, zum Teil schon über 90. Es ist abzusehen, dass sie nicht mehr lange über diese Schreckenszeit berichten können.

Das Interesse an ihrem Schicksal ist aber erst seit circa zehn bis 15 Jahren akut. Ich musste des Öfteren über meine Erlebnisse berichten und soll dies auch heute machen. Hierzu muss ich

bemerken, dass man über jahrelange Verfolgungen nicht in einigen Minuten berichten kann. So werde ich heute nur über einige persönliche Erlebnisse berichten, aber nicht über alles, da ich die Aussagen hierzu mir und auch Ihnen ersparen möchte, da sie viele nur leicht bedeckte Wunden aufreißen würden.

Ich werde nicht über das berichten, was wir als Gefangene – einfach weil wir Juden waren – erleiden und miterleben mussten. Ich werde auch nicht versuchen, mit Ihnen darüber zu reflektieren, wie wir all das ertragen und überleben konnten. Vielmehr will ich versuchen, Ihnen einige Szenen und ganz persönliche Erlebnisse eines damals um die 20 Jahre alten Jungen aus dessen Alltag dieser Jahre in Deutschland und insbesondere aus den rund 20 Monaten eines Häftlings im Konzentrationslager Auschwitz zu schildern.

Mein Vater hatte nach seinem Studium, nach dem anschließenden einjährigen Militärdienst und nach dem vierjährigen Krieg wegen einer Verwundung das Kriegsende im Lazarett erlebt. Er war ausgezeichnet mit zahlreichen Eisernen Kreuzen, Verwundeten- und anderen Verdienstorden und eröffnete im Jahr 1920 seine tierärztliche Praxis in Hermeskeil. Er heiratete dort später meine Mutter. Neben seiner Praxis war mein Vater als Lehrer in der Landwirtschaftsschule und als Halbbeamter in der Fleischbeschau und in der Veterinärverwaltung tätig.

Im Jahr 1928 erkrankte meine Mutter. Sie lag mehrere Monate im Krankenhaus, und nach ihrer Rückkehr erkrankte mein Vater in der Folge seiner Kriegsverletzung. Für ihn war die körperliche Arbeit enorm schwer. Daher hatte er in der Folgezeit meist ein bis zwei Assistenten, die bis zum Jahr 1935 unser Haus als Heimat betrachteten, danach aber Abstand nahmen, wie es viele ehemalige Freunde taten.

Nach dem Besuch der Volksschule kam ich im Jahr 1932 zur örtlichen höheren Schule. Im Jahr 1934 sollte ich bei einer

Sportveranstaltung einen Preis bekommen, der jedoch nicht ausgehändigt wurde, da ein Jude eine Auszeichnung nicht erhalten durfte. Seit dieser Zeit wurde ich von einigen Lehrern in die letzte Bank versetzt. Meine Anwesenheit war nicht erwünscht, und meine Arbeiten wurden nicht zensiert.

Nach dem Krieg wollte der Hauptaktivist von mir einen so genannten Persilschein. Er verzichtete jedoch darauf, als ich ihm sagte, was ich in dem Schreiben aufführen würde. Im Jahr 1936 musste ich die Schule verlassen, damit sie „judenrein“ wurde. Anschließend besuchte ich drei Monate lang eine kaufmännische Privatschule, die dann als jüdische Schule geschlossen wurde. Ich half dann meinem Vater – wie auch schon früher – in der Praxis.

Aus dieser Zeit möchte ich einen bemerkenswerten Fall schildern. Mein Vater kam mit mir zur Fleischbeschau zu einem Metzger, der erst vor kurzer Zeit diese Metzgerei übernommen hatte. Die Fleischbeschaugebühren wurden damals nach den Wiegescheinen berechnet. So gab der Metzger meinem Vater einen Schein. Mein Vater fragte, wo denn der zweite Schein sei. Darauf sagte der Metzger, er habe nur ein Tier geschlachtet. Als mein Vater bemerkte, er habe ein Unikum geschlachtet, was man sicher nicht dürfe, ging der Metzger mit einem Messer auf meinen Vater los. Mein Vater sagte, er solle das Messer weglegen, sonst würde er auch noch wegen Mordes bestraft. An dem Haken hingen jedenfalls zwei Hälften mit je einem Schwanz. Das war das Unikum, das man nicht schlachten durfte. Die Tiere wurden beschlagnahmt, und mein Vater wurde von dem Metzger angezeigt, er dürfe als Jude und Tuberkulosekranker keine Fleischbeschau ausüben. Mein Vater wurde dann in einer Klinik untersucht, wo festgestellt wurde, dass die Atemnot meines Vaters durch die Kriegsverletzung bedingt sei.

Meinem Vater wurden die Fleischbeschau und die amtlichen Tätigkeiten Ende 1935 entzogen. Nach dem Jahr 1945 erging



sich gerade dieser Metzger mit Lobhudeleien, welch gutes Verhältnis er mit meinem Vater gehabt habe.

Im Verlauf der so genannten Kristallnacht drang der damalige Amtsbürgermeister in unser Haus ein, indem er im Parterre ein Fenster einschlug, dann in das in der ersten Etage gelegene Schlafzimmer meiner Eltern kam und zu meinem Vater sagte, dass er ihn in Schutzhaft nehmen müsse. Mein Vater bemerkte, dass er von ihm keinen Schutz erwarte, worauf der Amtsbürgermeister sagte: „Machen Sie keine Mätzchen; kommen Sie mit.“

Ich lernte damals in einer jüdischen Anlernwerkstatt in Frankfurt Schlosser und wurde beim Betreten der Lehrwerkstatt verhaftet. Es gelang mir, als ich im Hof Müllarbeiter bemerkte, aus der ersten Etage herunterzuspringen und mit der Müllentsorgung das Gelände zu verlassen.

Gegen Abend fuhr ich in Richtung Heimat. Ich musste in Türkismühle umsteigen, als ein Bahnbeamter, ein Nachbar von

uns, zu mir kam. Er schilderte mir die Situation in meinem Elternhaus und sagte mir, er würde den Zug an dem Signal vor der Einfahrt halten lassen, damit ich dort abspringen könnte, da sonst die Gefahr bestünde, dass ich an der Sperre festgehalten würde.

Ich tat dies auch und ging zuerst zu Verwandten, die ein Kaufhaus neben dem Bahnhof hatten. Als ich klingelte, hörte ich, wie die Angehörigen auf den Speicher gingen. Einem Posten, der mich ansprach, antwortete ich mit dem Zitat von Götz von Berlichingen.

Meine Mutter hörte mein Kommen und bat mich, meinem Vater eine Decke ins Gefängnis zu bringen. Zunächst gab ich die Decke beim Gefängnisbeamten wenige Häuser oberhalb von unserem Haus ab. Dieser nahm die Decke an, sagte aber, ich möchte die Genehmigung beim Amtsbürgermeister hierzu einholen.

Als ich mich dort meldete, gab es einen furchtbaren Krach. Erst als der Amtsbürgermeister hörte, dass ich erst 16 Jahre alt war, gestattete er, dass ich meinem Vater die Decke bringen durfte.

Ich nahm den kürzesten Weg ins Amtsgericht. Dort schickte der Gefängnisbeamte mich in sein Schlafzimmer, da der Amtsbürgermeister mich doch noch verhaften wollte. Der Bürgermeister kam dann auch, saß einige Stunden in der nebenan liegenden Küche und verschwand schließlich, da ich nicht erschien.

Der Beamte ging nachts mit mir ins Gefängnis, wo ich meinen Vater und die dort einsitzenden Juden sprechen konnte.

In der gleichen Nacht ging ich auf Anraten meines Vaters zwei Bahnstationen querfeldein weiter und fuhr von dort nach Trier. Dort sprach mich die Schwester eines Lehrers an, frug nach

meinem Vater und sagte mir, mein Vater bekäme in den nächsten Tagen eine Aufforderung zur Untersuchung, die wir mit der neuen Adresse sofort zurückschicken sollten.

Mein Vater war inzwischen zur Gestapo nach Trier überstellt worden und wurde von dort zum Untersuchungsamt gebracht. Der Gestapobeamte sagte auf dem Weg zum Untersuchungsamt, wenn mein Vater einen Fluchtversuch machen würde, würde er ihn sofort erschießen. Auf dem Rückweg blieb er drei Schritte zurück, da man ihm gesagt hatte, mein Vater hätte eine offene Tuberkulose und sei nicht haftfähig. So wurde mein Vater am gleichen Tag entlassen, und wir feierten in Trier seine Rückkehr.

Derartige Hilfe war bis zum November 1938 noch möglich. Es gab noch gute Freunde, die helfen wollten, später aber immer ängstlicher wurden und es vermieden, mit Juden gesehen zu werden.

Mein Vater musste nach seiner Rückkehr nach Hermeskeil das Vorkaufsrecht an meinem Elternhaus der Gemeinde übertragen, und wenige Monate später übernahm die Gemeinde das Haus zum Einheitswert, der auf ein Sperrkonto überwiesen wurde. Die Familie zog nach Trier in das Haus meines Onkels. Beide Familien mussten dann diese Wohnungen wieder verlassen, als ein Gestapobeamter diese Räumlichkeiten beanspruchte.

Ich ging anschließend nach Köln, ebenfalls in eine jüdische Lehrwerkstatt, um weiter als Schlosser ausgebildet zu werden. Am 10. Mai 1940, dem Beginn des Krieges gegen Frankreich, durfte ich dort nicht mehr weiterlernen.

Durch besondere Beziehungen kam ich in das Jüdische Asyl, ein jüdisches Krankenhaus, um dort als Heizer und Schlosser mit zwei Kameraden zu arbeiten.

Drei Monate später durfte ich dort nicht mehr arbeiten und kam in ein Modellwerk. Ich war dort der erste Jude. Es kamen anschließend noch sechs weitere Juden hinzu, die aber im Gegensatz zu mir nur in einer Gruppe getrennt von anderen Arbeitern beschäftigt wurden.

1941 erhielt ich eines Tages die Aufforderung, mich zum Transport in den Osten zu melden. Mein Gepäck habe ich abgegeben, bin aber dann zu meinen Eltern nach Trier gefahren.

Meine Vermögensaufstellung wurde im Oktober 1998 in einer Ausstellung in Düsseldorf über entzogenes Vermögen entdeckt. Es ist lächerlich, wie penibel die deutschen Behörden vorgegangen sind.

Bei meinen Eltern suchte mich die Gestapo und überwies mich zur Schwerstarbeit in die Ziegelei, um mit dem nächsten Transport abgeschoben zu werden. Ich kam sofort in die Schlosserei und blieb auch dort, als die anderen Juden zu einem Straßenbaubetrieb wechselten.

Als der Betrieb im Frühjahr nicht mehr kriegswichtig genug war, ging ich zu dem Innungsmeister der Schlosser, der mich gern eingestellt hätte, doch das Arbeitsamt gestattete dies nicht, und ich wurde in den Straßenbaubetrieb überwiesen, arbeitete aber auch dort nicht mit der jüdischen Kolonne, sondern in der Schlosserwerkstatt. Einige Monate später wurde diese Kolonne zum Eisenbahnoberbau verpflichtet – mit Ausnahme von mir.

Einige Wochen später wurde dies bemerkt, und ich sollte mich bei dieser Gruppe melden. Die erste Frage des Arbeitgebers war, ob ich etwas von Kompressoren verstehen würde. Als ich ihm sagte, dass ich die zuerst sehen müsste, schickte er mich mit einem Maurermeister zu einer Baustelle nach Ücking. Das liegt zwischen Diedenhofen und Metz, also in Lothringen. Dort war

eine ehemalige Brauerei, die in eine Molkerei und eine Kaffeerösterei umgebaut wurde. Diese Rösterei gehörte einem alten Kämpfer, und dort arbeitete die Trierer Firma mit einer italienischen Kolonne.

Ich trug damals den Judenstern auf meiner Zivilkleidung, nicht jedoch auf meinem Arbeitsanzug. Da ich keine Ahnung von Kompressoren hatte, setzte ich mich mit dem Schlosser der Molkerei in Verbindung, der mir auch die Funktion des Kompressors erklärte. Jedenfalls zwei Stunden nach meiner Ankunft lief der erste Kompressor.

Darauf erschien der Chef der Kaffeerösterei, ein Blutordens-träger, frug mich, ob ich Reichsdeutscher sei und sagte mir, er würde sich bei meiner Firma bemühen, dass ich in Zukunft dort arbeiten solle. Ich fuhr also von da ab jeden Tag 65 km nach Ücking en und nachmittags zurück.

In der Molkerei arbeiteten französische Häftlinge, die zu der deutschen Wehrmacht eingezogen werden sollten und versucht hatten, nach dem unbesetzten Frankreich zu gelangen. Sie wurden geschnappt und erhielten drei Monate Gefängnis, die sie in der Molkerei abarbeiten mussten. Der die Häftlinge begleitende Wärter bot mir nach kurzer Zeit an, er wolle uns an der Bahn in Diedenhofen abholen, damit wir früher bei der Arbeit seien. Er war mit den Häftlingen dafür eine halbe Stunde später dort. Er wollte mir auch die Möglichkeit geben, ins unbesetzte Frankreich zu gelangen und berichtete mir von den letzten englischen Nachrichten.

Eines Tages, als wir auf dem Heimweg waren, kam der Betriebsinhaber mit dem Auto vorbei, bat uns einzusteigen, legte mir eine Zeichnung auf die Knie und besprach mit mir diverse Neuheiten wie vorher auch schon. Dabei bemerkte er meinen Judenstern.

Am nächsten Tag berichteten mir die Franzosen, dass sie mich wegen Spionage beobachten sollten. Die deutschen Meister, die die gleiche Anordnung hatten, blieben stumm.

Wenige Tage später war ich auf dem Heimweg, den ich diesmal von Diedenhofen über Luxemburg nach Trier genommen hatte, als ich von einer Wehrmachtskontrolle überprüft wurde. Der Oberste dieser Feldgendarmarie ging mit mir in ein Abteil, öffnete das Fenster und sprach mit mir bis wir in Trier waren. Er sagte, er wäre froh, wenn auch er solch einen Ausschließungsschein hätte.

Einige Tage später bemerkte ich, als ich zum Bahnhof kam, dass die Gestapo die jüdische Kolonne dort versammelt hatte. Ich ging hinter dieser Gruppe in den Zug, wurde aber zwei Stationen später von der Gestapo aus den Zug genommen und in das Gefängnis in Trier in der Windstraße eingeliefert. Ich kam in eine Viermannzelle, in der bereits alle jüdischen Männer, etwa 30 Personen, waren.

Diese Mithäftlinge waren beim Eingang durchsucht worden, wobei ihnen einiges abgenommen wurde. Ich wurde nicht gefilzt, hatte noch Zigaretten in der Tasche, und jeder der rauchen wollte, erhielt von mir Zigaretten.

Nach einer Weile öffnete der Gefängnisbeamte die Zellentür, erschrak über den Qualm in der Zelle und frug, wer geraucht habe. Ich meldete mich und musste zur Strafe mit dem Kalfaktor die Gänge sauber machen. Die erste Frage des Kalfaktors war natürlich: „Hast du was zu rauchen?“ Er ging mit mir in einen Waschraum und zeigte mir, wie man mit einem Besenstiel, in dem ein Feuerstein eingelassen war, Feuer machen konnte.

Anschließend ging er mit mir in das Frauengefängnis, wo inzwischen auch meine Schwester und ihre Arbeitskolleginnen inhaftiert waren. Am nächsten Morgen, einem Sonntag – der neben dem Gefängnis liegende Dom hatte gerade den Gottesdienst



beendet –, gingen ein Gestapobeamter und eine Frau mit meiner Schwester und mir zur Straßenbahnhaltestelle. Als die Bahn kam, protestierte ich, ich dürfe nicht mit der Straßenbahn fahren. Daraufhin gab es eine Rangelei und die Frauen, die aus dem Dom kamen, sagten, man solle die Kerle, die Kinder schlagen, besser an die Front schicken. Der Gestapobeamte war natürlich wütend und bemerkte, wenn sie nicht ruhig wären, könnten sie auch dort hinkommen, wo wir hinkämen.

Wir fuhren bis zu unserer Wohnung, meine Mutter öffnete die Tür und die erste Frage des Beamten war nach der Vermögensaufstellung. Diese hatte mein Vater, der krank im Bett lag, und übergab sie ihm. Er bemerkte, dass die Aufstellung nicht ordentlich ausgefüllt sei, weil mein Vater geschrieben hatte, ein Schlafzimmer, Küche und Wohnzimmer komplett und diverse Einrichtungsgegenstände. Mein Vater bemerkte, dass sie ja doch alles nähmen, und da brauche er sich nicht die Arbeit der Spezifikation zu machen.

Der Beamte holte einen Revolver aus der Tasche und sagte zu meinem Vater, er könne ihn sofort erschießen, worauf mein Vater sagte: „Warten Sie einen Augenblick, ich habe Ihnen noch etwas zu geben. Sie brauchen keine Angst zu haben, ich hole keinen Revolver aus der Schublade.“

Er entnahm der Schublade seine Kriegsauszeichnungen, warf sie dem Beamten auf das danebenliegende Bett und sagte: „Wenn Sie sich die nicht anders verdienen können, bitte schießen Sie. Es ist ja ohnehin egal, ob Sie das hier oder dort machen.“ – Daraufhin steckte der Beamte den Revolver ein und frug meine Mutter nach dem Koffer, den sie für mich gepackt hatte. Er öffnete meinen Koffer, in den meine Mutter mein Fotoalbum gelegt hatte. Dieses Album warf er sofort heraus mit der Bemerkung: „Wo Sie hinkommen, brauchen Sie keine Bilder.“

Eine Frau, die bei uns in der Küche saß, sammelte die Stücke, die herausgeworfen wurden, ein und gab sie mir nach dem Kriegsende zurück. So kam ich schon sehr früh zu den Bildern meiner Angehörigen, und dies war auch der Titel eines Filmes, der 1988 ausgestrahlt wurde.

Meine Schwester und ich wurden dann zu einer Sammelstelle im Bischof-Korum-Haus gebracht, wohin meine Eltern später auch gebracht wurden. Dort wurden die Personalien aufgenommen. Alle Wertsachen und die Schlüssel wurden abgegeben. Mein Vater sagte daraufhin: „Jetzt sind wir vogelfrei.“ – Auf meine Frage, was dies bedeute, sagte mein Vater: „Jetzt können sie mit uns machen, was sie wollen, und kein Hahn kräht noch nach uns.“

Wir blieben über Nacht im Bischof-Korum-Haus und wurden am nächsten Morgen zum Güterbahnhof geführt, kamen dort mit unserem Gepäck in einen alten Wagon und fuhren bis Dortmund, wo wir in der Viehhalle des Schlachthofs übernachteten, um am nächsten Tag in einem Viehwagen die Fahrt nach Auschwitz anzutreten.

In diesem Güterwagen herrschten chaotische Verhältnisse. Es waren ungefähr 50 bis 60 Personen in dem Wagen. Ein kleiner Eimer, der für die Exkremente diente, war nach kurzer Zeit voll. Diese Ecke wurde dann mit Gepäckstücken abgetrennt. Es herrschten Zustände, die kaum zu beschreiben sind. Heute dürften Tiere nicht auf diese Weise transportiert werden. Medien und Parteien würden Lärm schlagen. Es gab auch damals ein Tierschutzgesetz, aber kein Gesetz zum Schutz von Menschen.

Am 3. März 1943 kamen in zwei Transporten 3.000 Personen in Auschwitz an. Davon kamen 585 Männer und 309 Frauen in das Lager. 2.100 Menschen – Männer, Frauen und Kinder – wurden in der Gaskammer getötet. Das sind ungefähr so viele, wie bei der Katastrophe in New York im World Trade Center umkamen. Nur, dass diese Todesrate in Auschwitz täglich über Jahre hinaus erfüllt wurde.

Von Koblenz wurden über 900 Personen deportiert. Davon kam kein Koblenzer zurück. Lediglich aus dem Transport nach Theresienstadt kamen aus dem Landkreis Koblenz elf Personen zurück, darunter auch meine Frau.

Da es aber in dem Viehwaggon praktisch immer dunkel war, bohrte ich mit einem Messer Löcher zwischen die Bretter, so dass wir neben dem damals üblichen Slogan „Die Räder müssen rollen für den Sieg“ auch die Namensschilder der Stationen sahen, die wir durchfuhren.

Die Fahrt führte uns über Berlin nach Auschwitz, wo dann die Türen aufgerissen wurden. Es war abends gegen 09:00 Uhr, als uns die Befehle erreichten, sofort aus den Wagen herauszukommen, Gepäck stehen zu lassen und Männer rechts und Frauen links Aufstellung zu nehmen. Das ganze Gelände war von Scheinwerfern taghell erleuchtet, obwohl im ganzen Reich Verdunklungsvorschriften herrschten.

SS-Leute mit Hunden und zahlreiche blau-weiß gekleidete Häftlinge liefen durch die Gegend. Diese Häftlinge begannen im Laufschrift sofort mit dem Einsammeln und Abtransportieren der Gepäckstücke, während die SS unsere Gruppe selektierte. Ich wurde herausgenommen und mein Vater sagte zu mir: „Du kommst zur Arbeit; du musst überleben.“

Ich wurde auf einen bereitstehenden Lastwagen verladen und kam so in das Lager Buna-Monowitz, das ebenfalls hell erleuchtet war. Wir wurden mitten in das Lager gefahren, unsanft abgeladen, das heißt, abgekippt und mussten unsere Taschen leeren, wobei SS-Leute und einzelne hochrangige Häftlinge um uns herumschwirrten und Geld und besondere Stücke verlangten. Meine Uhr und meinen Füllhalter habe ich noch zerstört, bevor ich sie abgab.

Anschließend mussten wir uns entkleiden. Lediglich Schuhe und Gürtel durften wir behalten. Es wurden uns sämtliche Haare abgeschnitten. Wir wurden mit einer ekelhaften Brühe desinfiziert – wie es genannt wurde –, und wir wurden geduscht und zum Abtrocknen auf den Appellplatz getrieben. Es war etwa minus 15 Grad kalt, also nicht gerade angenehm.

Nach einer Weile kam ein Blockältester, suchte sich zehn Häftlinge aus, unter denen auch ich war, ging mit uns in seinen Block, und jeder erhielt ein Bündel Kleider, bestehend aus Hemd, Jacke, Fußlappen oder Strümpfe und eine Mütze. Der Blockälteste gestattete uns, passende Kleidungsstücke auszutauschen und sagte uns, wir sollten uns ein Bett aussuchen.

Nach einer Weile kam er wieder zurück, frag mich nach meinem Bett und als ich ihm sagte, das hinterste Bett in der äußersten Ecke, bestimmte er für mich das sogenannte Paradebett, bestimmte weiter, dass ich jetzt im Stubendienst sei und erklärte mir meine Aufgaben: morgens sofort nach dem Wecken in den

Waschraum, waschen und anschließend Kaffee holen, dann mithelfen bei der Essensausgabe und anschließend Bettenbauen und den Block saubermachen. Wir kamen dann später zum Appellplatz, hatten dort einen festen Platz und gingen von dort zur Arbeit mit einem Kommando.

Am ersten Tag beim Kaffeeholen erkannte ich Professor Samuel, den ich aus meiner Zeit im Jüdischen Asyl in Köln kannte. Ich redete ihn mit Herr Professor an, worauf er mir erklärte, dass es hier keinen Herr und keinen Professor gebe. Es ergab sich ein längeres Gespräch, in dem die alten Häftlinge etwas aus der Freiheit hören wollten und wir etwas über das Lagerleben.

Ich hatte einiges darüber schon in der vorhergehenden Nacht erfahren, als ich zur Toilette gehen durfte und dort einen Häftling traf, der mich über die Verhältnisse im Lager aufklärte. Als ich frug, wo wir sind, antwortete er „Anus Mundi“, also am Arsch der Welt, in Auschwitz, und er meinte, wer es sechs Wochen aushalte, habe die schlimmste Zeit überwunden. Der unangenehme Geruch im Lager, erklärte er, stamme von den Leibern unserer Angehörigen, die nach der Vergasung verbrannt würden, und bei entsprechenden Windverhältnissen könne man das auch bei uns riechen.

Im Laufe des Tages wurden uns die Häftlingsnummern in den linken Unterarm eintätowiert. Auf unsere Frage, warum diese Nummern tätowiert würden, erklärte man uns, man brauche die Nummern, um die Toten identifizieren zu können. Dann wurde uns in einer Ansprache erklärt, dass wir hier nicht in einem Sanatorium, sondern in einem Konzentrationslager seien, und der einzige Weg aus dem Lager sei durch den Schornstein oder über den Rost.

Uns wurde weiter die Situation im Lager vorgetragen, dass wir Ordnung halten müssten. Wer an den Zaun gehe, Widerstand leiste oder den Anordnungen nicht gehorche, würde erschossen.

Während dieser kurzen Zeit, die wir im Lager waren, konnten wir uns schon ein Bild von unserer Lage machen. Die Häftlinge, die wir sahen, erschienen uns wie abgemagerte Skelette, mit eingefallenen Augen und langsamen Bewegungen. Sie wurden Muselmänner genannt.

Ein Lastwagen, der unsere Kleider wegfuhr, hatte zwei Häftlinge am Wegrand überfahren und liegengelassen. Die Fahrer lachten und amüsierten sich darüber.

Ich hatte den Vorteil deutsch zu sprechen; denn deutsch war die Lagersprache. Doch ich habe mich geschämt, ein Deutscher zu sein und habe auf die Frage, wo ich herkäme, immer geantwortet, von der Luxemburger Grenze.

Nachdem uns die notwendigen Kommandos erklärt und mit uns einexerziert waren, kamen wir am nächsten Tag zu unserem Kommando. Wir bekamen noch einen Mantel, mussten unsere Häftlingsnummern, die mit dem gelb-roten Davidstern auf Stofflappen gedruckt waren, an Hose und Jacke nähen und wurden zur Arbeit abgeführt.

Plötzlich sagte ein neben mir gehender Kamerad, das halte er nicht aus. Er ging einen Schritt neben die Kolonne. Ein Schuss fiel. Der Schütze meldete, ein Häftling auf der Flucht erschossen. Der Kolonnenführer kam hinzu und schoss dem Toten noch eine Kugel in den Kopf, und wir marschierten weiter.

Zuerst transportierten wir 40 cm bis 50 cm dicke und 5 Meter bis 6 Meter lange Röhren auf der Schulter. Es war sehr unangenehm, mit den langen, nassen und eiskalten Röhren zu hantieren. Dies alles ging natürlich mit viel Gebrüll und Hektik vor sich. Da ich mit dem Transport von großen Massen etwas Ahnung hatte, schlug ich dem Vorarbeiter vor, die Rohre auf Stangen abzutransportieren, was leichter und bequemer für die Häftlinge



war. Er akzeptierte und probierte den Vorschlag, und ich kam zum Stapeln und Sortieren der zu transportierenden Rohre.

Wenige Tage später kam ich in eine der errichteten Hallen, um in etwa 12 Meter Höhe Löcher für Elektroinstallationen zu meieln. Damit war ich schon nicht mehr so sehr der Witterung ausgesetzt, konnte anschließend die benötigten Meißel schmieden, schärfen und härten und nebenbei auch Holzkohle machen, die ich an die Kameraden gegen unseren Durchfall verteilte.

Ein Vorfall aus dieser Zeit ist besonders erwähnenswert. Eines Tages erschoss ein SS-Mann zwei Häftlinge und kam praktisch mit dem noch rauchenden Karabiner zu mir an die Feldschmiede und sagte: „Setz dich nicht auf die kalten Steine; du bekommst sonst Hämorrhiden.“

Auf dem Heimweg von der Arbeit mussten wir singen, entweder das Buchenwaldlied oder die Moorsoldaten. Außerdem hatten

wir noch in jeder Hand einen Ziegelstein, die wir in das Lager bringen mussten, damit die Lagerstraße und der Zugang zu den Blocks befestigt werden konnten.

Nach den ersten Tagen im Lager kam ein Häftling mit einem grünen Winkel zu mir und sagte, er habe in meinen Papieren gesehen, dass ich aus Hermeskeil käme. Auch er sei einmal durch Hermeskeil gekommen, als in dem Haus eines Tierarztes Kinder zu ihrer Mutter gesagt hätten: „Guck mal, der Onkel hat gar keine Schuhe und keine Strümpfe.“ – Er habe dies gehört, sei an das Haus gekommen und habe dort Strümpfe und Schuhe bekommen. Als ich ihm sagte, das könne nur das Haus meiner Eltern gewesen sein, bemerkte er, dass er dankbar sei und mir helfen werde.

So bekam ich von ihm Unterwäsche, Pullover, Taschentuch etc., Dinge, die das Leben ermöglichten und angenehmer machten. Er erzählte mir, dass er von Beruf Hochstapler sei und schon mehr als die Hälfte seines Lebens hinter schwedischen Gardinen verbracht habe. Im Lager war er Glaserkapo, ein kleines Kommando, das nur einen Glaser beschäftigte. Er war der Manager.

Während meiner Studienzeit traf ich ihn später in Berlin noch einmal auf der Straße, wo er mich seiner Freundin vorstellte. Dort hieß er Dr. van der Straten. Im Lager hieß er Altaras, was man auch mit „du änderst“ übersetzen kann.

Einige Wochen später hatte ich Schmerzen im Daumen, und dieser Glaser ging mit mir zum Krankenbau. Dort sagte man mir, dass der Daumen aufgeschnitten werden müsste, dies aber verboten sei. Der Glaser überredete die Pfleger, den Daumen aufzuschneiden. Ich müsse dann eben sagen, ich hätte dies selbst gemacht.

So wurde der Daumen aufgeschnitten, und ich blieb ohne Verband, wurde am nächsten Morgen aus der Reihe herausge-

holt und dem Lagerarzt Dr. Fischer vorgestellt. Auf seine Frage, wer den Daumen aufgeschnitten habe, sagte ich ihm, dass ich das selbst gemacht habe. Er frug mich mit was, und ich antwortete, mit dem Portioniermesser. „Wie kommst du daran?“ Ich bin im Stubendienst. Auf die Frage, woher weißt du, dass das aufgemacht werden muss, antwortete ich ihm, mein Vater war Tierarzt. Er bemerkte, dass das auch eine Rosskur sei und dass ich in den Krankenbau aufgenommen werde. Ich bemerkte, dass ich jetzt damit arbeiten könne, worauf ich Blockschonung bekam.

Als ich aus dem Krankenbau kam, wartete schon der Glaser auf mich, frug, ob ich gut werfen könne, führte mich zu einer Stelle und sagte mir, ich müsse warten bis der Posten vorbei sei und dann mit einem Wurf die nahe liegende Scheibe einwerfen. Nach einer Weile ging ich zur Glaserwerkstatt und berichtete von der zerbrochenen Scheibe.

Wir machten einen Kontrollgang und stellten fest, dass im Brotmagazin eine Scheibe zerbrochen war. Der SS-Mann konnte davon überzeugt werden und musste ein Brot zum Organisieren der neuen Scheibe herausrücken. Dieses Brot verschwand in dem doppelten Boden einer Kiste, die ich auf den Schultern trug, und ein zweites Brot wurde neben den herausgenommenen Flügel gelegt.

Ich ging damit in das Lager zurück. Dort wurde der Flügel entglast, und ich musste den leeren Flügel wieder zurückbringen mit der Bemerkung: „Du weißt ja, nachher ist wieder ein Brot in der Kiste.“

Dies wurde verwirklicht, und am nächsten Tag begann das Spiel wieder erneut. Der leere Fensterflügel wurde von mir mit einem Brot in das Lager gebracht und der verglaste Flügel wieder zurück, wobei wieder ein Brot im Geheimfach abgelagert wurde.

Auf dem Rückweg ging ich diesmal durch die SS-Küche und frug, ob ich einen Fisch haben könne. Man gab mir keinen, aber plötzlich war die Küche leer und ich nutzte die Gelegenheit, die ganze Pfanne Fisch in meiner Kiste zu versenken. Ich ging damit ins Lager und begann zu essen. Die organisierten 25 bis 30 Pfund Fisch waren aber zu viel für mich. Das war aber ein gutes Geburtstagsessen.

Bis zum Ablauf der Blockschonung hatte sich mein Daumen verschlechtert und ich wurde in den Krankenbau aufgenommen. Dort war ein Freund von mir im Stubendienst tätig, der mit mir 1938 verhaftet wurde.

Ich konnte mich vom ersten Tag an im Block nützlich machen. Einmal versorgte ich einen französischen Boxer, der von einem Gerüst gefallen war, einen Schädelbruch hatte und besinnungslos einige Wochen mein Pflegling war.

Dann bat mich mein Freund, von Neuzugängen eine Jacke zu besorgen, während er die Bewacher ablenkte. Mit dieser Jacke flüchtete ein Freund meines Freundes. Dieser war Blockältester im Erziehungslager und hatte in längerer Nachtarbeit einen Gang aus seinem Block unter den Lagerzaun hinaus gegraben und mimte den betrunkenen Polen, der sich von außen dem Zaun näherte. Er wurde daraufhin von dem Posten vertrieben und nicht wieder gesehen.

Durch mein handwerkliches Geschick entwickelte ich diverse Gegenstände, die sich als brauchbar erwiesen. So entstand nach dem Prinzip des Eierschneiders ein Gerät, um die Margarinewürfel zu portionieren und Geräte zum Auf- und Abwickeln von Mullbinden. Außerdem ließ ich mir von meinem Glaserfreund eine Glasscheibe geben, die mit Sand auf einer Seite aufgeraut wurde. Unter dieser Scheibe wurde ein Bettenplan angebracht, und auf der Scheibe konnten wir mit Bleistift unsere Eintragungen machen, die wir mit Gummistopfen wieder löschen konnten.

Zwischendurch half ich bei dem Abbau und Transport einer Lokomobile, die die SS benötigte, um im Lager genügend Dampfdruck für die Desinfektion zu erlangen. Für diesen Zweck bekam ich Häftlingskleidung, die wir als Patienten im Krankenbau nicht hatten. Die Patienten hatten lediglich ein Hemd und unter Umständen eine Decke um die Hüfte.

Da ich stark beschäftigt war, behielt ich die Kleidung und übte die Funktion eines Pflegers aus. Als ich glaubte, es wäre Zeit, aus dem Krankenbau entlassen zu werden, sagte man mir, bleib mal hier.

Dann wurde mein Freund Addi Kessler verhaftet und später auch der Schreiber Erik Eisler, die beide später im Block 11 im Hauptlager erschossen wurden. So musste ich auch den Posten des Schreibers übernehmen.

Eines Tages, als ich gerade mit Schreibarbeiten beschäftigt war, kamen der Lagerarzt Dr. Fischer und mein Blockältester zur Türe herein. Ich meldete, wie es vorgeschrieben war, und der Lagerarzt frug den Blockältesten, was macht der denn hier, worauf dieser antwortete, der bleibt hier oder geht mit mir. Dr. Fischer frug mich daraufhin nach meinem Beruf. Ich antwortete Schlosser. Auf seine anschließende Frage, ob ich einen Verband machen könnte, antwortete der Blockälteste, der macht hier jeden Verband. Daraufhin ernannte mich Dr. Fischer zum Pfleger, und der Blockälteste wurde Lagerältester im Hauptlager. Ich musste dann noch dessen Posten übernehmen, bis ein neuer Blockältester kam.

Während dieser Zeit fand auch die erste Selektion in meinem Block statt. Die SS übergab mir einige Karteikarten, die ich zur Schreibstube bringen sollte. Dort frug ich: Haben wir keine Toten zum Austausch? Das geht aber auf deine Kappe, wurde mir gesagt, und ich akzeptierte. Inzwischen bekamen wir einen Chirurgen und einige polnische Pfleger in den Block.

Eines Tages kam der Schreiber des Krankenbaus, Stephan Heymann, und sagte mir, er brauche mich in der Schreibstube. Warum er mich brauchte, habe ich schnell gemerkt. Stefan Heymann war der Leiter der Widerstandsgruppe im Lager. Meine Tätigkeit war die eines Läufers. Ich musste die Zu- und Abgänge im Krankenbau mit den Blöcken, der Schreibstube und dem Arbeitsdienst arrangieren und kam dadurch in alle Winkel des Lagers. Außerdem beteiligte ich mich nach wie vor morgens und abends in der Ambulanz, um Verbände anzulegen.

Eine meiner ersten Arbeiten war die Trennung der Schreibstube von dem Raum des Lagerältesten und der SS. Das war meine Arbeit in einigen Nächten. Die gezogene Trennwand war unten einschalig und oberhalb der Balkenlage doppelschalig. In diesen Zwischenraum hatte ich dann später die selbstgebastelten Handgranaten versteckt. Diese glaubten wir zu benötigen, da wir nicht wussten, was die SS beim Näherrücken der Front beabsichtigte, und wir hofften, dass die Partisanen das Lager von außen angreifen würden, sodass wir dann von innen helfen könnten.

In diesem Zusammenhang hatte ich auch bei einem Fliegeralarm den Elektrozaun an mehreren Stellen angezapft. Der Versuch, hierdurch einen Kurzschluss zu erzeugen, gelang nicht. Die in Wasser gelegenen Drähte dienten uns zeitweise als Tauchsieder.

Nach kurzer Zeit in der Schreibstube hatte ich auch die Verbände im SS-Revier zu machen. Dabei hörte ich die Nachrichten, ich wusste, was auf dem Schreibtisch des SDG war und bekam meine Verpflegung im SS-Revier. Meine Häftlingsration wurde abwechselnd verteilt, und mit den mitgebrachten Medikamenten und Essensresten wurde der Krankenbau mit zusätzlicher Verpflegung versorgt. Ich habe jedenfalls für ein Jahr nur SS-Verpflegung genossen.

Als der erste SDG Neubert abgelöst wurde und durch Oberscharführer Hantl ersetzt wurde, sagte man mir, deine Tage



sind gezählt. Auf meine Frage warum, erfuhr ich, dass Hantl bekannt sei, die Häftlinge abzuspritzen. Ich meldete mich bei ihm. Er frug mich, was ich dort mache. Nachdem ich dies geschildert hatte, übergab er mir ein Päckchen Zigaretten für mich und andere Raucher. Er kam dann häufig in die Schreibstube, saß auf meinem Platz und bereitete sich auf das Kriegsende vor.

Am 18. Januar 1945 begann der Abmarsch aus dem Lager bei winterlichen Temperaturen und hohem Schnee. Vorher hatte ich noch die Unterlagen des Krankenbaus und auch solche der Häftlingsschreibstube, die verbrannt werden sollten, in Marmeladeneimer verpackt und verlötet und die Eimer anschließend in der Jauchegrube versenkt. Nach der Befreiung habe ich mitgeteilt, wo die Unterlagen liegen und habe diese bei dem Auschwitzprozess 1963/1964 wiedergesehen.

Die Häftlinge des Krankenbaus sind am Abend des 18. Januar 1945 aus dem Lager abmarschiert. Ein großer Teil der Einrichtung

einschließlich des Röntgengeräts, das erst kurze Zeit vorher fertiggestellt wurde, wurden auf einem Handwagen mitgezogen. Wir übernachteten auf dem sogenannten Todesmarsch in der ersten Nacht in einer Ziegelei in Nicolai und in der zweiten Nacht in Gleiwitz III, einem Nebenlager von Auschwitz. Nachdem ich geschlafen hatte, sagte ich zu meinen Freunden, ich müsse mich um meine Kameraden kümmern.

Ich besorgte mir eine Kanne Kaffee und meldete mich am Tor in das SS-Revier ab, ohne zu wissen, wo dies war. Schließlich fand ich das SS-Revier und traf dort den ehemaligen SDG Neubert. Ich gab ihm Kaffee und frug ihn, wohin die Transporte gehen. Er nannte mir fünf Adressen, die ich wieder Stefan Heymann weitersagte. Stefan sagte mir, ich solle versuchen, dass wir nach Buchenwald kämen, da er dort früher Blockältester gewesen sei und noch gute Beziehungen habe.

Also ging ich zurück und sagte zu Neubert, dass ich den Krankenbau zusammenhalte. Dann könne er wieder Chef werden. Wenn wir nach Buchenwald gehen würden, wäre er dann auch in seiner Heimat. Er war sofort damit einverstanden und beorderte uns zu dem letzten Transport.

Bevor wir in die bereitstehenden offenen Güterwaggons einsteigen konnten, habe ich der SS gesagt, es wäre doch eine Schande, wenn wir den Russen alles in die Hände fallen lassen würden. Wir wollten die benachbarte Baracke abreißen und damit ein Dach über dem Wagon machen. Ich erhielt die Genehmigung, und ein Kollege und ich rissen die Baracke ab und errichteten ein Dach über dem Wagon. Auch der Inhalt der Baracke – Ofen, Heizmaterial und Strohsäcke – nahmen wir mit. Kaum waren wir fertig, war auch schon die SS – wie wir es wollten – bei uns im Wagon. So hatten wir die Sicherheit, dass sie nicht auf den Wagen schießen würden.

Einige Tage später wurden einige Freunde von mir und ich aus dem Waggon getrieben, um die letzten zwei Waggon zu räumen und die Toten in diesen Waggon unterzubringen, da die Häftlinge die Toten ausgezogen und über Bord geworfen hatten. Bei dem Halt hatte ich schon Verbindung zu Tschechen aufgenommen, die mir ein riesiges Brot mitgaben.

In der nächsten Nacht lag mir eine Koppel zu nah. Ich entnahm einen Revolver aus der anhängenden Tasche und legte einen Stein in die Tasche.

Als wir in Buchenwald angekommen waren, sagte ich zu Stefan Heymann, dass ich noch einen Revolver in der Tasche hätte. Er sagte, ich solle etwas warten. Dann kamen zwei Lagerschutzhäftlinge zu mir. Wir gingen hinter einen Wagon. Einer der Lagerpolizisten tauschte seine Jacke mit mir und ich begleite den anderen Lagerpolizisten, während der andere für mich die Aufnahme-prozedur erledigte. Die Daten kannte Stefan Heymann.

Ich hatte ein Problem, da einige Häftlinge aus Auschwitz mich trotz der anderen Kleidung wiedererkannten. Ich sagte nur, es freut mich, dass mein Zwillingsbruder mitgekommen ist.

Die erste Nacht in Buchenwald musste ich über die Verhältnisse in Auschwitz und die ehemaligen Buchenwaldinsassen, die noch am Leben waren, berichten. Morgens tauschten der Polizist und ich wieder die Plätze, das heißt, ich kam in das kleine Lager als Zugang. Doch am Abend suchte man mich wieder, damit ich Kleider an Freunde verteilen konnte.

Nach einigen Tagen kam ich in das Hauptlager, Block 22, wo ich nach langer Abstinenz wieder ein Buch lesen konnte. Die ersten Bücher waren der „Grüne Heinrich“ von Gottfried Keller und das „Totenschiff“ von Traven. Das war etwas Besonderes, das es in Auschwitz als Vernichtungslager nicht gab.

Ich meldete mich für einige Tage Waldarbeit, um die Umgebung kennenzulernen und kam dann in die Widerstandsgruppe von Buchenwald unter Eugen Kogon. Zuerst zu ihm, dann in das Sektionskommando, wo ich nach kurzer Einarbeitung die Leitung übernahm. Damals mussten wir noch alle Leichen sezieren. Ein französischer Pathologe führte die Sektionen durch und stellte die Diagnosen, die aber von dem anwesenden SS-Mann in geradezu abenteuerlicher Weise abgeändert wurden. Das war nicht lange unsere Arbeit.

Der SS-Mann, ein Arzt, kam nicht mehr, als ich ihn mit Blut vollgespritzt hatte. Es war das erste Mal, dass der SS-Mann die Türklinke von innen angefasst hatte. Selbst seine Handschuhe ließ er auf dem Fensterbrett liegen. Für einige Tage lagen noch Leichen auf dem Seziertisch; dann unterließen wir auch das.

Wir mussten lediglich noch die Toten auf Goldzähne untersuchen und diese entfernen. Meine Aufgabe war es, diese zu registrieren und das Gold zu sammeln. Bei der Befreiung hatte ich noch einige Kilo Zahngold abgegeben.

Da in der letzten Woche vor der Befreiung das nebenan liegende Krematorium keine Kohle zum Verbrennen hatte, wurden die Toten auf dem Hof gestapelt, sodass, als die Amerikaner kamen, einige tausend Tote auf dem Hof lagen. Die Amerikaner brachten die Bevölkerung aus Weimar in das Lager, damit sie sich über die Verhältnisse ein Bild machen konnten.

Während meiner Zeit hatte ich meine Freunde aus Auschwitz in meine Gruppe aufgenommen. Da wir kommandiert waren, mussten wir auch hier nicht zum Appell und kein SS-Mann ist zu uns gekommen.

Wenn jemand kam, habe ich am Eingang nur gesagt: „Vorsicht Infektionsgefahr, Typhus und Flecktyphus.“ – Dann habe ich nur noch die Absätze gesehen.

Ich ließ mir meine Haare in Buchenwald nicht mehr schneiden und hatte Probleme, weil später niemand glauben wollte, dass ich die Haare aus Protest und wegen der unzureichenden Kontrolle wachsen ließ.

Aber auch mit den Kameraden gab es Probleme. Als ich nach der Befreiung meiner Gruppe sagte, nehmt das Fett von der Suppe oder esst nur die Hälfte, ihr könnt das jetzt noch nicht vertragen, sagte man nur: „Jetzt hast du nichts mehr zu sagen.“ – Die Folgen waren grausam.

Nachdem wir die Toten beerdigt hatten, ging ich wieder in den Krankenbau, weil ein 14-jähriger ungarischer Häftling, den ich in Auschwitz unterstützt hatte, zu mir kam und über Atemnot klagte. Ich ging mit ihm in den Krankenbau, wo eine Rippenfellentzündung festgestellt wurde.

Der Junge wollte sich aber nur von mir operieren lassen. Er willigte schließlich in die Operation durch einen russischen Arzt ein. Ich war Assistent. Als der Arzt mir sagte, ich solle eine Drainage einführen, stieß ich auf einen Widerstand. Eine Pistolenkugel war die Ursache der Pleuritis.

Nach einigen Wochen im Krankenbau fuhr ich mit einem jüngeren Kameraden nach Trier zurück. In dem elterlichen Haus meines Freundes richteten wir uns eine Wohnung ein. Ich reparierte noch das Haus meines Onkels, aus dem wir ausziehen mussten, als Gestapobeamte dort einzogen, und fuhr den angefallenen Schutt ab. Nachdem dies geschehen war, ging ich zum Arbeitsamt und frug, wohin sie mich jetzt vermitteln wollten. Der Direktor bat mich, die Stelle eines Vermittlers anzunehmen und später in die Beamtenlaufbahn zu wechseln.

Durch die Tätigkeit beim Arbeitsamt konnte ich einen großen Teil der Möbel unserer Familie auf die merkwürdigste Art wie-

derfinden, was ich sonst nirgendwo gehört habe. Außerdem gründete ich die Jüdische Kultusgemeinde Trier.

Eines Tages erschien der Veterinär Dr. Bushoff, stellte sich vor und sagte mir, dass er meinen Vater und mich in der Straßenbahn getroffen habe und mein Vater ihm gesagt habe: „Jetzt wird er Schlosser. Unter anderen Verhältnissen wäre er Tierarzt geworden.“ Als ich ihm sagte, dass ich kein Abitur hätte, meinte er, das würde von mir abhängen.

Er ging mit mir zum Gymnasium. Dort nannte man mir einige Lehrer, mit denen ich mich in Verbindung setzte. Nach einem Jahr Unterricht und Arbeit machte ich die Aufnahmeprüfung für die Oberprima und drei Monate später mit der Klasse das Abitur, um anschließend Veterinärmedizin zu studieren. Die ersten Semester studierte ich an der Humboldt-Universität in Berlin und anschließend in Gießen.

Seit 54 Jahren bin ich in Polch als Tierarzt tätig und leite die Jüdische Kultusgemeinde in Koblenz seit 20 Jahren.



ANSPRACHE

STAATSMINISTER KARL PETER BRUCH, STELLVERTRETENDER MINISTERPRÄSIDENT

Sehr geehrter Herr Dr. Kahn, sehr geehrter Herr Landtagspräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren des Konsularischen Korps, sehr geehrte Damen und Herren des rheinland-pfälzischen Landtags, sehr geehrte Gäste! Herr Dr. Kahn, Ihnen darf ich herzlich für diese aufrüttelnde und aufwühlende Erinnerungsrede danken. Ich meine, dass damit der Gedenktag für uns, die wir Nachgeborene sind, einen Rahmen und eine Orientierung gibt als Tag der Befreiung, aber auch als Tag des Gedenkens an die Naziherrschaft.

Das sind monströse Verbrechen, die wir jetzt wieder von einem Zeitzeugen gehört haben, die für uns eigentlich nicht in Worte zu fassen sind. In der deutschen Sprache gibt es kein Wort für diese Vernichtung von Menschen. Die Shoa ist da wohl das bessere Wort.

Ich danke ausdrücklich dem Zeitzeugen, Ihnen, Herr Dr. Kahn, für diese Rede. Ich denke mir, ich weiß, wie schwierig es ist, eine solche Rede zu halten. Das war eine Rede, die geprägt war von Erinnerung, von großen Schmerzen, die aber doch, so finde ich, ein Angebot der Aussöhnung an uns enthielt. Jemand, der Auschwitz und Buchenwald überlebt hat, kehrt zurück in seine Heimat. Er ist Deutscher jüdischen Glaubens, und er gibt uns ohne Anklage einen Bericht.

Herr Dr. Kahn, Sie haben es gesagt, die Zeitzeugen werden weniger. Was tun wir, die Nachgeborenen?

Die Landesregierung geht den Weg der Erinnerung, der Aussöhnung. Sie fördert Gedenkarbeit. Das ist ein breites und großes Feld, das nicht nur von Hinzert und Osthofen geprägt ist. Es wird breit getragen durch die Abgeordneten im Parlament und die darüber hinaus vertretenen demokratischen Parteien in diesem Land.

Schulen besuchen Auschwitz. In den Schulen ist heute, anders als zu meiner Zeit, die Geschichte des Dritten Reiches kein Tabu mehr; die Nazidiktatur bleibt Thema.

Meine Damen und Herren, ich habe seit 1996 alle Reden zum Gedenktag verfolgt. Wir alle haben die Reden verfolgt, die seit 1996 gehalten worden sind. Ich denke, es gibt für jeden von uns einen persönlichen Weg zur Auseinandersetzung.

Ich habe persönlich diesen Weg auch erlebt. Ich habe meine Familie gefragt: „Wie konnte das geschehen? Wie konntet ihr das zulassen?“ – Lieber Herr Dr. Kahn, da habe ich eigentlich die Falschen gefragt, weil ich die Großväter und die Großmütter hätte fragen müssen und nicht diejenigen, die beispielsweise 1920 oder 1923 geboren worden sind. Ich habe nach Schuld gefragt.

Als Bürgermeister habe ich erlebt, dass beispielsweise bei Gedenktagen der Deportation in Partnergemeinden in Frank-

reich Überlebende kamen und sagten: „Ihr habt Schuld.“ – Ich habe keine Schuld, aber wir haben Schuld in deutschem Namen auf uns geladen.

Es gibt natürlich auch die Aussage, die wir täglich hören, nämlich es muss Schluss damit sein und wir müssen darüber nicht mehr reden. Wir haben uns aber damit auseinanderzusetzen. Für mich persönlich war es ein besonderes Erlebnis, als die Nachkommen von Victor Klemperer seine Tagebücher veröffentlicht haben, in denen minutiös die Daten der Entrechtung, die Erniedrigungen, die Abkehr vom Rechtsstaat, der tägliche Rassismus niedergelegt wurden. Das war für mich ein prägendes Erlebnis.

Das bringt mich dazu – das ist meiner Meinung nach auch das, was die Landesregierung insgesamt auszeichnet –, diese Gedenktage nicht nur als eine Fahrtroute durch das Jahr zu verstehen, sondern sie sind mehr. Es geht darum, diese Gedenktage nicht nur mit der heutigen Veranstaltung auszufüllen.

Wir reden heute auch über 100 tote Menschen, die seit 1990 durch Rechtsradikalismus nicht ums Leben gekommen sind, sondern die ermordet wurden, die getötet wurden, die totgeschlagen wurden. Ein Obdachloser wurde totgeschlagen, weil er angeblich wertlos war.

Ich meine, es gibt einen Handlungszwang des Staates und der Demokratinnen und Demokraten. Wir haben in Rheinland-Pfalz konsequent, sofort und rechtsstaatlich gehandelt. Wer bei uns für Rechtsradikalismus eintritt, muss damit rechnen, dass der Rechtsstaat ihn dafür zur Rechenschaft zieht. Dies geschieht nicht nur durch die Polizei und den Verfassungsschutz, sondern auch durch die demokratischen Kräfte, durch die Gemeinden, die Städte und den Landtag.

Ich persönlich frage mich: War es das? Ist das alles?

Roman Herzog hat 1996 Folgendes in seiner Rede ausgeführt: „Ich wünsche mir, dass der 27. Januar zum Gedenktag des deutschen Volkes, zu einem wirklichen Tag des Gedenkens, ja des Nachdenkens wird.“ – Den Gedenktag haben wir. Nachdenken, ja, das tun wir. Es muss aus diesem Nachdenken aber auch etwas wachsen. Ich meine, wir Deutsche müssen immer mehr tun als andere. Wir müssen gegen diesen neuen Rassismus Widerstand leisten und aktiv für den Rechtsstaat eintreten. Das ist der beste Staat, den wir im deutschen Sprachraum jemals hatten. Wir dürfen keine falschen Anfänge dulden.

Ich erinnere mich gut an Gedenktage wie den 8. Mai, als Richard von Weizsäcker seine Rede gehalten hatte und eine Aufwallung durch die deutsche Öffentlichkeit – auch durch die Intellektuellen – ging. Für viele war das ein Tag der Befreiung.

Ich erinnere mich gut daran, als der 27. Januar als Tag an die Befreiung von der Nazidiktatur zu erinnern hatte. Da gab es auch zunächst eine gewisse Zurückhaltung: Muss das sein? Ist das notwendig? – Diese Gedenktage sind mittlerweile mehr als nur diese Route durch das Jahr. Ich müsste mich ausdrücklich bei denen bedanken, die diese Gedenktage gesetzt haben. Um mit Bertolt Brecht zu sprechen: Damit waren die Berge erklommen, aber die Mühen der Ebene liegen vor uns.

Ich meine, dass wir diese Gedenktage brauchen, diese Gedenktage an die Verbrechen. Herr Dr. Kahn, wir müssen aber auch Ihnen gegenüber Dankbarkeit zeigen für Ihre Bereitschaft, die Hand für eine Aussöhnung und Versöhnung auszustrecken. Das muss ein „Denk“-Tag werden.

Wir haben die Zukunft zu gestalten. Dieser soziale Rechtsstaat muss jeden Tag neu errungen werden. Wir müssen das tun, und niemand sonst.

Ich danke Ihnen.



PRÄSENTATION VON
SCHÜLERINNEN UND SCHÜLERN
DER FÖRDERSCHULE
AM ELLERBACH BAD KREUZNACH

Zwei Tage in Auschwitz



Zum ersten Mal haben im Sommer 2006 Schülerinnen und Schüler einer Förderschule aus Rheinland-Pfalz das Vernichtungslager Auschwitz besucht. In Anwesenheit von Dr. Heinz Kahn, Überlebender dieses Lagers und des Konzentrationslagers Buchenwald, versuchten die jungen Menschen im Alter von durchschnittlich 15 Jahren mit Bildern, Texten und Musik ihre Eindrücke wiederzugeben. Die Abgeordneten und Gäste der Präsentation spürten deren Emotion bei dem Bemühen, das Unbegreifliche zu begreifen und auszudrücken. Landtagspräsident Joachim Mertes dankte allen Beteiligten, die zur Realisierung des Besuchs und einem Gedenken mit Herz und Verstand beigetragen hätten. Das Projekt der Schule am Ellerbach Bad Kreuznach mache Mut und sei beispielgebend.



Zu Beginn der Präsentation hatte der das Projekt leitende Lehrer, Reiner Engelmann das Zustandekommen des Besuchs in Auschwitz erläutert:

„Auf den Tag ist es nun ein Jahr her, dass Herr Abgeordneter Carsten Pörksen – zum wiederholten Male – anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Holocaust an unserer Schule war, um mit den Schülerinnen und Schülern über die Zeit des Nationalsozialismus, aber auch über die Gefahren neuer, immer wieder aufkeimender und um sich greifender neonazistischer Aktivitäten zu reden. Alle diese Veranstaltungen wurden von unseren Schülerinnen und Schülern immer mit großem Interesse angenommen und im vergangenen Jahr hatte ein Schüler während der Veranstaltung den Mut, Carsten Pörksen nach einer finanziellen Unterstützung für eine Fahrt nach Auschwitz zu fragen, denn daran bestand, schon in der Vorbereitung auf die Veranstaltung mit dem Abgeordneten großes Interesse. Zugleich wussten wir aber auch, dass eine solche Fahrt aus eigenen Mitteln nicht finanzierbar sein würde.



Herr Abgeordneter Pörksen sagte eine Prüfung zu. Wenige Wochen später kam ein Anruf von ihm mit der Zusicherung, die Fahrt mit einem ansehnlichen Betrag zu fördern. Dadurch konnten wir unsere schwierige, aber auch notwendige Reise antreten.

Zwei Tage Auschwitz – eine vergleichsweise kurze Zeit. Aber dies waren zwei Tage, die uns alle, Schülerinnen und Schüler wie auch uns Lehrer, nachhaltig geprägt haben. Zwei Tage wurden wir unmittelbar konfrontiert mit dem, was man sonst nur in der Distanz aus Geschichtsbüchern wahrnimmt: Das Stammlager mit seinen Behausungen, der Untersuchungsraum von Mengele, die Erschießungswand, die Koffer- Brillen- und Haarberge, die Gefangenzelle, 90 x 90 cm in den Ausmaßen, aber für vier Gefangene gleichzeitig, der Raum, in dem Hunderte gleichzeitig erstmals mit Gas ermordet wurden. In Birkenau sahen wir die Baracken, in denen bis zu 1000 Menschen zusammengepfercht waren, und schließlich die Rampe, der Ort, an dem unmittelbar

über Leben und Tod entschieden wurde. Stumm sind wir den Weg der vielen Hunderttausend nachgegangen bis hin zu den Ruinen der Gaskammern und Krematorien.

Zwei Tage Auschwitz – das wurden zwei Tage an einem Ort, an dem uns das Unvorstellbare begegnete, das, was man kaum erahnen kann und was sich nur schwer in Worte fassen lässt. Diese zwei Tage haben uns verändert.

Mit Gedichten in dem Band „Auschwitz Poems“ von Lilly Brett, einer jüdischen Autorin, deren Eltern in Auschwitz waren, haben wir angemessene Worte gefunden, um das, was wir gesehen haben, zum Ausdruck zu bringen.

In ihrem Buch „Auschwitz Poems“ erspürt Lily Brett Bilder und Erlebnisse aus Auschwitz, die sie nie selbst gesehen hat. In sparsamen, konzentrierten Sätzen beschreibt sie das Grauen des Konzentrationslagers, das ihre Eltern nicht aussprechen konnten. Die Bilder, die von Gerhard Müller in Auschwitz gemacht wurden und auch die Musik von Udo Dengel ergänzen nicht nur den Vortrag, sie setzen gleichzeitig eigene Schwerpunkte.

Abschließend möchte ich allen danken, die beigetragen haben, dieses Projekt zu ermöglichen. Diesen Dank spreche ich besonders auch im Namen der Kolleginnen und Kollegen Birgit Theisen, Gisela Christ, Alexa Schneider und Gerhard Müller aus, die mit vor Ort waren und das ganze Programm mitgestaltet haben.



LEBENSBLDER VON GEGNERN DES NS-REGIMES AUS RHEINLAND-PFALZ

Vortragsveranstaltung am 22. Januar 2007



BEGRÜßUNG

LANDTAGSPRÄSIDENT JOACHIM MERTES

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seien Sie herzlich willkommen zu dieser Veranstaltung, in der „Lebensbilder von Gegnern des NS-Regimes aus Rheinland-Pfalz“ gezeichnet werden. Sie werden von Herrn Joachim Hennig, Frau Dr. Beate Dorfey und Herrn Dr. Axel Ulrich Personen vorgestellt bekommen, die den Nazis widerstanden haben – sofern sie überlebt haben – dann am Aufbau unserer demokratischen Ordnung mitgewirkt haben.

Beweggrund dieser Veranstaltung ist, dass der Widerstand, seine Träger sowie deren Opfer im Nachkriegsdeutschland weniger wahrgenommen worden sind, als sie dies respektvollerweise verdient hätten. In Wahrheit war es so – dies ist meine persönliche Erfahrung und die von vielen anderen –, dass diejenigen, die gegen die Nazis gekämpft haben und ihre Opfer waren, nachher beweisen mussten, in welcher Weise dies geschehen ist und wie

sie mit den dümmsten juristischen Fragen, die man sich überhaupt vorstellen kann, behelligt wurden: Wieso haben Sie das eigentlich gemacht? Sie wussten doch, was geschehen wird.

Meine Damen und Herren, wir wissen, dass es noch viel später, in den 1970er-Jahren nämlich, führende Politiker gegeben hat, die gesagt haben, was gestern Recht war, kann heute kein Unrecht sein. Da bin ich ganz anderer Meinung.

Wir wollen heute einige jener Personen des Widerstandes vorstellen.

Ich begrüße ganz besonders den Sohn von Jakob Steffan, des ehemaligen Reichstags- und Landtagsabgeordneten aus Oppenheim, Herrn Dr. Lothar Steffan sowie seine Frau und Tochter. Herzlich willkommen!

Jakob Steffan – dies wird nachher alles präzise erzählt werden – in die Widerstandsbewegung Wilhelm Leuschners eingebunden. Später war er unser Innenminister. Er war Sozialminister. Wir wissen, dass Herr Jakob Steffan an der Entwicklung des Landes Rheinland-Pfalz mitgearbeitet hat.

Ich begrüße Frau Irmgard Hattingen.

Frau Hattingen, Sie sind die Tochter von Dr. Ernst Biesten.

Dr. Ernst Biesten war vormals Polizeipräsident in Koblenz und von vornherein nicht bereit gewesen, die Untaten der Nazis hinzunehmen. Man kann nachlesen, was Herr Grohe, ein Aktivist der Nazis, einst in seinem „Westdeutschen Beobachter“ geschrieben hat, als Dr. Biesten „endlich“ im Februar 1933 aus dem Dienst entfernt wurde. Biesten war einer, der für die Demokratie dafür gestritten hat, der dafür plädierte, mit den Menschen künftig anders umzugehen. Er war der erste Präsident des Landesverwaltungs-

gerichts und des Verfassungsgerichtshofs von Rheinland-Pfalz und mit Dr. Süsterhenn Mitautor unserer Landesverfassung.

Da war jemand, der schon sehr früh darüber nachdachte, wie sich unser Land entwickeln soll. Er war ein entschiedener Christ und Christdemokrat. Aber wir freuen uns über alle, die überhaupt Nein gesagt haben.

Ich freue mich ebenso, dass Angela Claßen, die Enkelin von Dr. Ernst Biesten zu uns gekommen ist.

Ich begrüße auch die übrigen Familienangehörigen, die mitgekommen sind.

Sehr geehrte Frau Hattingen, seien Sie herzlich willkommen! Es ist etwas ganz Besonderes, dass wir Sie im Landtag begrüßen können.

Es ist möglicherweise das erste Mal, dass wir überhaupt im Landtag so breit über diese Themen und diese Persönlichkeiten reden. Aber wir befinden uns in der Woche, in der der 27. Januar 2007 liegt, der Tag an dem wir in der Plenarsitzung der Befreiung des KZ Auschwitz und der Opfer des Nationalsozialismus gedenken werden.

Wir halten es für wichtig und angemessen, dies über die Ausstellung deutlich zu machen.

Meine Damen und Herren. Man wird nicht als Held geboren. Man kann es vielleicht werden, wenn man anfängt, frei und freiheitlich zu denken. Man kann es auch durch kleine Dinge werden. Man muss nicht das ganz Große, Bedeutende schaffen. Man muss vielleicht nur anständig bleiben wollen. Ich glaube, das ist das Entscheidende, das uns durch diese Lebensläufe mitgeteilt wird. Wenn Sie sich in der Ausstellung die Lebensläufe verschiedener Leute anschauen, dann werden Sie feststellen, sie sind so normal wie jeder andere auch. Na gut, der Polizeipräsident, der Staatsrat,

der Reichstagsabgeordnete fallen mit ihren herausragenden Funktionen schon ein bisschen aus dem üblichen heraus. Aber sonst gibt es Pfarrer, Handwerker, Leute, die einfach nur anständig bleiben wollten, die gesehen haben, was geschehen ist.

Wir werden das in etwa 90 Minuten erfahren. Die drei Damen und Herren Autoren werden uns das vortragen. Wir hoffen, dass wir dann ein deutlicheres Bild von dem haben, wer die Menschen waren, die sich gegen den Nationalsozialismus zur Wehr gesetzt haben.

Wir haben jetzt das Jahr 2007, 60 Jahre nach dem Krieg. Wir haben 25 Jahre lang über dieses Thema nichts gehört, außer von denjenigen, die sagten, wo wir waren, das wussten wir, wo sie waren, Herr Frahm, das wissen wir nicht... Damit war die ganze Ideologie derer beschrieben, die verschweigen wollten, derer, die beschönigen wollten, derer, die den Schlusstrich ziehen wollten.

Meine Damen und Herren, wir dürfen keinen Schlusstrich, sondern müssen die richtigen Schlüsse aus dem Unrechts-Regime der Nationalsozialisten ziehen. Deshalb heißt unsere Verpflichtung: Es darf nie wieder geschehen. Wenn es nie wieder geschehen darf, dass Menschen anderen Menschen so etwas Schreckliches antun, dann müssen wir daran immer wieder erinnern, und zwar mit einer ganz anderen Erinnerungskultur, wie das bisher der Fall war, nämlich klar und deutlich auch Menschen herauszustellen, die in Koblenz, Vallendar, Boppard oder sonstwo bereit waren, Widerstand zu leisten und an der Stelle, wo sie gestanden haben: einfach anständig blieben.

Ich wünsche einen informativen Abend.



Dieter Burgard

EINFÜHRUNG

DIETER BURGARD MDL,
VORSITZENDER DER LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT
GEDENKSTÄTTEN UND ERINNERUNGSINITIATIVEN

„Die Erinnerung darf nicht enden. Sie muss auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen. Es ist deshalb wichtig, nun eine Form des Erinnerns zu finden, die in die Zukunft führt. Sie soll Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken. Ich erkläre den 27. Januar zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“, so Bundespräsident Roman Herzog bei der Proklamation des Gedenktages im Jahr 1996.

Auch ich will Sie ganz herzlich begrüßen und danke für Ihr Kommen!

Schon die Ausstellung „Wir können nur vorwärts, denn hinter uns ist der Tod“, die letzten Donnerstag eröffnet wurde, hat gezeigt, zu welchem regem Zuspruch diese Veranstaltungen zum Gedenken im Rahmen des „27. Januar“ geführt haben.

Auch der heutige Abend ist ein wichtiger Baustein in dieser Woche.

„Lebensbilder von Gegnern des NS-Regimes aus Rheinland-Pfalz“ lautet das Thema der Veranstaltung, in der wir Sie heute informieren wollen. Information ist schon eine Form des Gedenkens, des Erinnerns und des Nachdenkens über das, was war und wie es sich entwickelt hat.

Entwickelt hat sich Rheinland-Pfalz, die Heimat oder auch der Wirkungskreis der Persönlichkeiten, die sicherlich nicht so bekannt sind wie die Widerstandspersönlichkeiten Geschwister Scholl oder Dietrich Bonhoeffer. Aber die heute vorgestellten Widerstandspersönlichkeiten sind nicht weniger Vorbilder wie auch viele ungenannte, unbekannte Helfer in der Not, Frauen, ja Frauen, und Männer im Widerstand.

Landtagspräsident Joachim Mertes schrieb in der umfangreichen Broschüre des Landtags, die bundesweit beispielhaft ist: „Ohne diese Männer und Frauen wäre die ‚Fackel der Freiheit‘ unter den Tritten der braunen Kolonnen völlig ausgelöscht worden.“

Vor einem Jahr hatte der Landtag in der neuen Gedenkstätte im KZ Hinzert, in der besonders auch der ausländischen, so der luxemburgischen, französischen und russischen Häftlinge gedacht wird, seine Plenarsitzung durchgeführt. Vor einem Monat haben alle Fraktionen der personellen Verstärkung in den beiden Landesgedenkstätten in Hinzert und in Osthofen zugestimmt. Das ist auch ein Bekenntnis von Demokraten heute gegen das Vergessen und gegen Rechtsradikalismus.

2007 steht im Mittelpunkt des Landes die 60-Jahr-Feier unseres Bundeslandes, und in diesen Tagen gedenken wir besonders der Männer und Frauen, die für die Demokratie eintraten, die dafür ihr Leben einzusetzen bereit waren.

Die Hauptakteure des Abends, unsere drei Referenten, möchte ich besonders willkommen heißen und kurz vorstellen:

Frau Dr. Beate Dorfey ist gebürtige Hunsrückerin aus Simmern und hat nach den umfangreichen Studien in Trier ihre Arbeit beim Landeshauptarchiv aufgenommen. Sie arbeitet beim Landeshauptarchiv in Koblenz und ist dort leitende Archivarin. Herzlich willkommen!

Koblenz-Güls ist der Wohnort des ersten Referenten, der heute Abend zu uns spricht, Herr Joachim Hennig. Wir sind uns seit mehr als sechs Jahren immer wieder in der Gedenkarbeit ehrenamtlich begegnet. So ist Herr Hennig im Vorstand der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen zur NS-Zeit in Rheinland-Pfalz. Er ist dort im Sprecherrat sehr engagiert, und er ist ein wesentlicher Motor des Fördervereins „Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus in Koblenz“. Ihm, dem hauptberuflichen Richter am Oberverwaltungsgericht, ist zu verdanken, dass wir im Foyer des Landtags die schon mehrfach erwähnte Ausstellung sehen können. Es ist eine Ausstellung von vielen solcher Art, die er organisiert hat und die landesweit immer wieder auf Interesse stoßen.

Herzlich begrüße ich auch am Referententisch Herrn Dr. Axel Ulrich. Er ist gebürtiger Wiesbadener. Er hat nach seinem Studium in Marburg etliche Jahre beim bekannten Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstands 1933 bis 1945 in Frankfurt gearbeitet. Er hat dann bei vielen Projekten, so bei der Gedenkstätte Osthofen, auch bei der Konzeption der neuen Gedenkstätte mitgewirkt und ist

heute im Stadtarchiv Wiesbaden tätig, dort unter anderem zuständig für die KZ-Gedenkstätte „Unter den Eichen“. Das war ein Außenkommando des Hunsrücker KZ-Lagers SS-Sonderlager Hinzert.

Ich danke Ihnen allen drei, dass Sie sich heute Abend Zeit genommen haben, uns hier einige Lebensbilder von NS-Gegnern näherzubringen.

Es sind Lebensbilder von Vorbildern: Einer dieser Vorbilder ist Dr. Ernst Biesten, Demokrat in vier Epochen, so überschreibt unser Referent Joachim Hennig seinen Vortrag. Schon 1996 hat Herr Hennig in einer Schriftenreihe des Ministeriums der Justiz - in Band 4 der Reihe - Ergebnisse seiner Forschungen zu Dr. Ernst Biesten mitgeteilt.

Gerade im Jubiläumsjahr „60 Jahre Rheinland-Pfalz“ wird der Name dieses anerkannten Juristen immer wieder genannt. Schauen wir heute auf die vier Epochen seines Wirkens, das ein halbes Jahrhundert lang Zeugnis seines couragierten Eintretens für die Demokratie war.



Joachim Hennig

DR. ERNST BIESTEN – DEMOKRAT IN VIER EPOCHEN

Joachim Hennig: Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, lieber Herr Landtagsabgeordneter Burgard, meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen, sehr geehrter Herr Landtagspräsident, und Ihnen, lieber Herr Burgard, für die freundlichen einleitenden Worte. Ich möchte mich nicht lange bei der Vorrede aufhalten. Mir sind für meinen Vortrag 20 Minuten Sprechzeit zugewilligt, und es wird sehr schwierig, das Leben und Wirken von Dr. Ernst Biesten in 20 Minuten möglichst plastisch vor Ihnen erstehen zu lassen; denn es ist ein bewegendes und bewegtes Leben in vier Epochen.

Ernst Biesten war im ausgehenden Kaiserreich besoldeter Beigeordneter der Stadt Koblenz. Zur Zeit der Weimarer Republik wurde er unter der amerikanischen Besatzung Polizeidezernent von Koblenz und einziges deutsches Mitglied des gemischt amerikanisch-deutschen Gnadenhofs. Während



der anschließenden französischen Besatzung trat er den Separatisten entschieden entgegen und kämpfte wenig später gegen den aufkommenden Nationalsozialismus.

In der Endphase der Weimarer Republik wurde er erster Polizeipräsident in Koblenz. Schon zwei Wochen nach der sogenannten Machtergreifung der Nazis entfernten sie ihn wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ aus seinem Amt.

Dr. Ernst Biesten,
1884 – 1953,
Demokrat in vier
Epochen

Im Nazi-Deutschland war er erst erwerbslos, dann Prokurist und später geschäftsführender Gesellschafter einer Schuhgroßhandlung in Frankfurt am Main. In der frühen Nachkriegszeit gehörte er gleichsam allen drei Gewalten an. Die Amerikaner holten ihn nach Koblenz zurück, damit er Polizeipräsident für den Regierungsbezirk Koblenz werden konnte. Er war Vorsitzender der Bereinigungskommission, die in Koblenz zunächst für die Entnazifizierung zuständig war, Mitbegründer der CDU in Koblenz, Neuorganisator der Polizei und wäre fast Regierungspräsident in Montabaur geworden, um dann statt dessen Chef und Organisator der Rheinischen Verwaltungsschule in Cochem und auch kommissarischer Landrat von Cochem an der Mosel zu werden.

Er war Mitglied des Unterausschusses für Verfassungsfragen der Gemischten Kommission und neben Adolf Susterhenn maßgeblich an den Vorarbeiten für die Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz beteiligt. Schließlich war er erster Präsident des Landes-

verwaltungsgerichts (heutiger Name: Oberverwaltungsgericht) und erster Vorsitzender des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz. Vor allem aber war er eins: Er war ein „Demokrat in vier Epochen“. Dann geriet er viele, viele Jahre in Vergessenheit.

Die Rede ist von Dr. Ernst Biesten – kein blasser, allen Zeitläufen angepasster Jurist, kein Opportunist und „furchtbarer Jurist“, sondern vielmehr ein aufrechter Demokrat und streitbarer Jurist, der als rheinischer Katholik wichtige Bürgertugenden in sich vereinigte: Gerechtigkeitssinn, Toleranz, Humanität, Mut und Urteilskraft sowie einen Schuss Patriotismus und einen weiteren Schuss soziales Gewissen.

Zeit seines Lebens blieb er seinem Wahlspruch treu: „Tue recht und scheue niemand!“ – Dass Ernst Biesten ein solcher demokratischer, streitbarer Jurist geworden ist, liegt sicherlich auch an seinem verschlungenen Lebensweg, der ihn in viele typische gesellschaftliche Lebenslagen jener Zeit hineingeführt und durch die Erfahrungen hierbei geprägt hat.

Seinen Lebensweg möchte ich kurz an Fotos und Dokumenten aufzeigen. Vor fast 15 Jahren bin ich auf diese imponierende Persönlichkeit aus dem Süden der früheren preußischen Rheinprovinz und des heutigen nördlichen Rheinland-Pfalz gestoßen.

Ich habe in Archiven nach ihm geforscht und hatte das große Glück, Angehörige von Ernst Biesten ausfindig zu machen. Sie haben mir viele Details berichtet und persönliche Fotos und Dokumente zur Verfügung gestellt, die für die Biographie außerordentlich hilfreich waren.

Ich freue mich sehr, unter uns Frau Irmgard Hattingen und ihren Gatten begrüßen zu können. Die Eheleute Hattingen haben mir seinerzeit ihre Fotoalben und Schränke geöffnet und sich eingehend ihres Vaters und Schwiegervaters erinnert. Dafür mein ganz herzliches Dankeschön an Sie beide.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie uns, wenn ich das so sagen darf, in das Fotoalbum der Familie Biesten/Hattingen hineinschauen.

Anton Ernst Biesten wurde als Sohn eines Weinhändlers am 21. April 1884 in Niederlahnstein geboren. Er besuchte in Koblenz das heutige humanistische Görres-Gymnasium, das damals noch Kaiserin-Augusta-Gymnasium hieß.

1904 machte er Abitur und studierte dann, wie er es vorhatte, Jura – zuletzt in Bonn. Seine Examensnote war durchschnittlich. Während der Referendarzeit promovierte er und legte dann das Zweite Staatsexamen ab, und zwar auch nur mit einem durchschnittlichen Ergebnis. Heute hätte er sicherlich große Schwierigkeiten, in den öffentlichen Dienst eingestellt zu werden.

Biesten gelang aber der Einstieg, allerdings zunächst als unbesoldeter Stadtassessor in Koblenz. Das Jahr 1914 war nicht nur für die deutsche und europäische Geschichte, sondern auch für Biesten persönlich ein sehr wichtiges Jahr. Zunächst heiratete er seine Frau Resa.

Dann wurde er besoldeter Beigeordneter der Stadt Koblenz und schließlich Soldat im Ersten Weltkrieg.

Es sieht nicht so aus, als sei es ein besonders herausgehobenes Regiment gewesen. Er war bei der Fußartillerie und hatte es auch nur zum Gefreiten gebracht. Ich denke, es ist ein sehr nachdenklich machendes Foto, es zeigt nicht den großen Glanz, sondern den einfachen Soldaten im Ersten Weltkrieg.

Nach schweren Verwundungen kehrte Biesten als Beigeordneter nach Koblenz zurück. Auf Verlangen der amerikanischen Besatzungsmacht übernahm er das gerade in der damaligen Situation sehr wichtige Polizeidezernat in Koblenz.

Biesten war dann ein entschiedener Gegner des aufkommenden Nationalsozialismus. Als Nazis aus dem Raum Köln und Koblenz in Nastätten im Taunus randaliert und den Ort unsicher gemacht hatten und dann über Koblenz nach Hause wollten, fing Biesten sie mit seiner Polizei an der Stadtgrenze von Koblenz ab und nahm alle 69 Nazis fest, darunter auch den Gauleiter Ley aus Köln und den Gaugeschäftsführer Grohé aus Gemünden im Hunsrück.

Diese Festnahme nach dem „Schwarzen Sonntag von Nastätten“ haben ihm die Nazis nie vergessen. Ebenso wenig vergessen haben sie Biesten sein beherztes Einschreiten bei der sogenannten Blutkirme von Horchheim, bei der die Nazis nach einer Sonnenwendfeier den rechtsrheinischen Ort Horchheim überfielen und mit Parolen wie „Wir stecken das ganze Nest in Brand“ randalierten.

Als Beigeordneter arbeitete Ernst Biesten in dieser Zeit eng mit dem Oberbürgermeister Karl Russell und den anderen Mitgliedern des Stadtvorstandes zusammen. Ebenso natürlich mit dem Stadtrat, zu dessen Mitgliedern damals Helene Rothländer gehörte, die später in der Landespolitik von Rheinland-Pfalz eine wichtige Rolle spielte.

Als im Jahr 1930 die Koblenzer Polizei verstaatlicht wurde, wurde Ernst Biesten deren erster Polizeipräsident. Er blieb ein entschiedener Gegner der Nazis und wurde immer wieder von ihnen verleumdet und diffamiert.

Hier eine Schlagzeile aus dem „Trierer Nationalblatt“, deckungsgleich mit dem „Koblenzer Nationalblatt“, die – wie sie sich nannte – Mittagspost für das rheinische Deutschtum, eine Zeitung der NSDAP: „Wann wird Dr. Biesten dem Staatsanwalt übergeben? Eine neue nationalsozialistische Anfrage im Preußen-Landtag. Immer weiteres Beweismaterial für die Schuld Dr. Biestens und der

Katastrophe in Lützel. Wie lange noch ist Dr. Biesten Polizeipräsident?“ – Es war ein Kesseltreiben gegen Biesten, das die Nazis gegen ihn vollführten, weil er ein entschiedener Gegner war.

Bereits 14 Tage nach der sogenannten Machtergreifung der Nazis wurde Ernst Biesten aus dem Amt entfernt. Voller Häme und Genugtuung berichtete die NS-Zeitung „Westdeutscher Beobachter“ am 14. Februar 1933 unter dem Titel „So sahen sie aus! Zur Entfernung des Dr. Biesten vom Amt des Koblenzer Polizeipräsidenten“. Der Redakteur Grohé, später Gauleiter in Köln, schrieb darin unter anderem:

„Minister Göring hat eine ganze Anzahl unwürdiger Stelleninhaber von ihren Posten entfernt und damit den Anfang jener Säuberung gemacht, die im Interesse des Ansehens des anständigen und ehrliebenden Berufsbeamtentums sowie im Interesse des Staates unbedingt erforderlich ist.

Mit besonderer Freude wurde die Meldung vermerkt, dass der Koblenzer Polizeipräsident Dr. Biesten – selbstverständlich für immer! – von der behördlichen Bildfläche verschwunden ist. Der Name Dr. Biesten ruft Erinnerungen wach, auf die hier kurz eingegangen werden soll... Es war in den Jahren 1926 bis 1928, in denen Dr. Ley und ich unsere Hauptarbeit auf Koblenz und Umgebung (insbesondere auch auf das Nassauer Land) verlegten. In der Zeit meines jetzt rund zwölfjährigen Kampfes für Hitlers Bewegung stand ich mehr als 200 Mal vor den Gerichten des Novembersystems, und nur selten hat sich ein Gegner hinterhältiger benommen wie Herr Dr. Biesten!

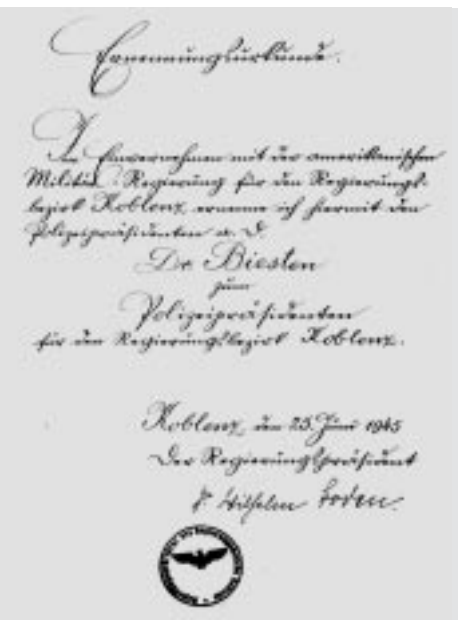
Nun ist die Wende da! – Koblenz atmet auf, und die Polizeibeamtenschaft fühlt sich befreit von einem Präsidenten, der sie missbrauchte und ihr Ansehen schwer schädigte. Wir alle, die wir durch Biesten so vieles Traurige erleben und erleiden mussten, haben die Genugtuung, dass sich alle Schuld auf Erden rächt.

Koblenz wird nun einen deutschen Polizeipräsidenten bekommen. Aber die Entfernung aus dem Amt allein ist nicht alles, was notwendig ist. Schon bald, schon bald wird ein deutsches Gericht zu urteilen haben!“

Biesten wurde dann in den einstweiligen Ruhestand versetzt und endgültig wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ aus dem Beamtenverhältnis entfernt. Die Drohung, ihn mit einem Strafverfahren zu überziehen und damit zu kriminalisieren, machten

sie allerdings nicht wahr. Diese damals ebenso übliche wie perfide Methode der Nazis, ihre Gegner zu diffamieren, hatte bei Biesten keinen Erfolg. Offensichtlich fanden die Nazis nichts, was sie ihm auch nur mit dem Schein des Rechts hätten anhängen können.

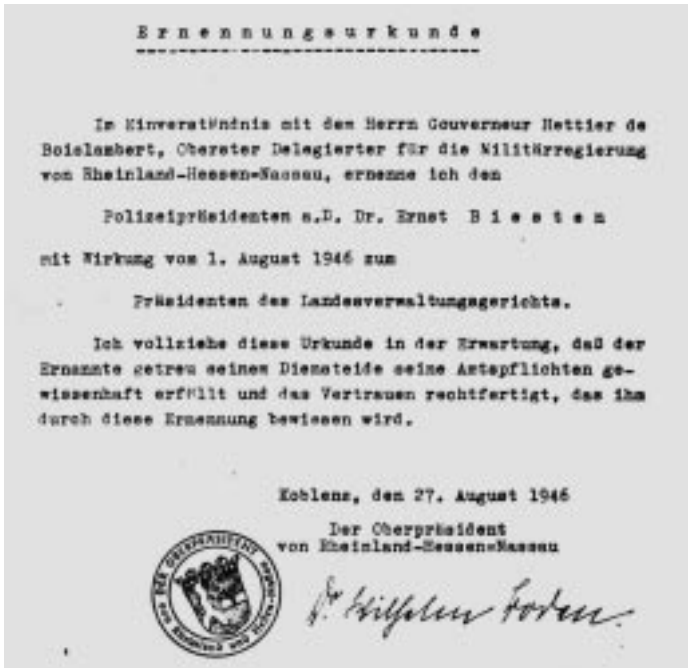
Andererseits bemühte sich Biesten jahrelang vergeblich um eine neue berufliche Tätigkeit, insbesondere um seine Zulassung als Rechtsanwalt. Es war der neue Gauleiter des Gaues Koblenz-Trier-Birkenfeld Gustav Simon, der dies persönlich verhinderte.



**Dr. Biestens
Ernennungsurkunde
zum Koblenzer
Polizeipräsidenten**

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren es wieder die Amerikaner, die Biesten nach Koblenz zurückholten. Zunächst war er Polizeipräsident für den Regierungsbezirk Koblenz.

Ich möchte Ihnen die Ernennungsurkunde zeigen. Mit ihr wurde Polizeipräsident a.D. Dr. Ernst Biesten von dem damaligen Regierungspräsidenten in Koblenz Dr. Wilhelm Boden am 25.



Juli 1945 zum Polizeipräsidenten für den Regierungsbezirk Koblenz ernannt. Das Dokument ist auch aus einem anderen Grund zeitgeschichtlich sehr interessant. Der Stempel ist der der Nazi-Diktatur. Man hatte damals nichts anderes, hat ihn weiter verwendet und lediglich das Hakenkreuz „herausoperiert“.

Dr. Wilhelm Boden ernannt Ernst Biesten zum ersten Präsidenten des Landesverwaltungsgerichts

Biesten war dann in zahlreichen und sehr verantwortungsvollen Funktionen für den Neuanfang tätig. Herausragend war seine Mitarbeit am Entwurf der Landesverfassung und die als Präsident des Landesverwaltungsgerichts (Oberverwaltungsgericht) sowie des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz.

Ich möchte Ihnen auch die Ernennungsurkunde zum Präsidenten des Landesverwaltungsgerichts zeigen. Sie ist nicht so schön und spektakulär. In ihr heißt es: „...wird der Polizeipräsident a. D. Dr.

Ernst Biesten mit Wirkung vom 1. August 1946 zum Präsidenten des Landesverwaltungsgerichts ernannt. Koblenz, den 27. August 1946". Der Ernennende ist jetzt wieder Dr. Wilhelm Boden, inzwischen Oberpräsident von Rheinland/Hessen-Nassau. Mitgebracht habe ich Ihnen dieses Dokument auch deshalb, weil Sie hier einen sehr seltenen Stempel sehen, nämlich den Stempel „Der Oberpräsident von Rheinland/Hessen-Nassau". Dieses Oberpräsidium war im nördlichen Teil ein Vorläufer des Landes Rheinland-Pfalz, das nur in der Zeit vom 1. Januar 1946 bis zum 17. Mai 1947 existierte.

Von Biesten sind nur ganz wenige schriftliche Zeugnisse überliefert. Eines ist seine Rede zur Eröffnung der Rheinischen Verwaltungsschule in Cochem im Juni 1946. Darin heißt es unter anderem:

„Der nach ihrem Wesen und ihren Auswirkungen furchtbaren Ideologie des Nationalsozialismus soll in dem Unterricht der Verwaltungsschule das politische Ethos der Demokratie gegenübergestellt werden, ausgehend von dem Werte der Einzelpersonlichkeit und den im Jahre 1789 in Paris verkündeten Menschenrechten, von der von Montesquieu verkündeten Trennung von Gewalten, von den im Sozialvertrag von Rousseau entwickelten politischen Gedanken und von den Rechtsgrundlagen nach der Philosophie von Kant.

In philosophischer, geschichtlicher, wirtschaftlicher, sozialer, völkerrechtlicher, staats-, verwaltungs-, zivil- und strafrechtlicher Hinsicht sollen den Anwärtern Kenntnisse vermittelt werden, die dem heutigen Stand der Entwicklung entsprechen und bei Beamten vorausgesetzt werden müssen, die Stellungen von besonderer Bedeutung begleiten. Außerdem soll ein für alle Anwärter obligatorischer französischer Sprachunterricht der Vertiefung der Allgemeinbildung dienen und zur Förderung des Verständnisses für unsere französischen Nachbarn und freundlicher Beziehungen zwischen ihnen und uns Rheinländern beitragen.

Wir sind – das sei in diesem Zusammenhang betont – der Überzeugung, dass ein nochmaliger Krieg die völlige Vernichtung der von ihm betroffenen Völker bedeuten würde, und dass eine europäische Verständigung eine der wesentlichsten Voraussetzungen für den Frieden in der ganzen Welt ist, dass wir uns deshalb vor allem mit unseren unmittelbaren westlichen Nachbarn, dem französischen Volke, zu gemeinsamer Arbeit brüderlich zusammenfinden müssen.“

Meine Damen und Herren, für Juni 1946 war das eine bemerkenswert klare und zutreffende Analyse und Absage an das nationalsozialistische Terrorregime, ein eindeutiges Bekenntnis zur Demokratie und zum Aufbau einer demokratisch gesinnten Beamtenschaft sowie eine hellsichtige Vision zur Völkerverständigung und zur Aussöhnung mit Frankreich. Am heutigen „Projekttag Europa“ sind das immer noch Worte von Gewicht und dabei wurden sie vor 60 Jahren gesprochen. Diese Worte waren zudem angesichts Biestens Biografie so wohltuend glaubwürdig und überzeugend und suchten zu ihrer Zeit, an diesem Ort und in dieser Form in Koblenz und Umgebung ihresgleichen.

**Ernst Biesten mit
Ministerpräsident Peter Altmeier
bei seiner Verabschiedung als
Vorsitzender des
Verfassungsgerichtshofs**



Mit Vollendung des 67. Lebensjahres, am 21. April 1951, trat Dr. Ernst Biesten in den Ruhestand. Ministerpräsident Peter Altmeier verabschiedete ihn – einen Rückblick auf sein Leben und die 20er- und 30er-Jahre ansprechend – mit den Worten:

„In diesen schwierigen Verhältnissen hat der damalige Polizeipräsident Dr. Biesten als pflichttreuer Staatsbeamter und aufrechter Demokrat sich für den Schutz der Weimarer Republik eingesetzt. Wenn überall in Deutschland die Vertreter der Staatsgewalt sich ähnlich mutig, insbesondere dem immer hemmungsloser agitierenden Nationalsozialismus entgegengestellt hätten, wie es Herr Dr. Biesten in Koblenz getan hat, dann wäre vielleicht manches in der politischen Entwicklung Deutschlands anders verlaufen. Aber es ist müßig, darüber rückwärts gerichtete Betrachtungen anzustellen. Vielmehr möchte ich mich darauf beschränken, allen Repräsentanten der Staatsgewalt in der deutschen Bundesrepublik Herrn Dr. Ernst Biesten als Vorbild hinzustellen bei der Bekämpfung staatsfeindlicher Elemente, welche auch heute wieder den Versuch machen, die verfassungsmäßige Ordnung unter Missbrauch demokratischer Mittel zu zerstören. Ich darf in diesem Zusammenhang einen ganz besonderen Appell an die Vertreter der dritten Gewalt richten, den neuen demokratischen Staat vor seinen Feinden zu schützen, damit die zweite deutsche Republik vor dem Schicksal bewahrt bleibe, welches die erste deutsche Republik erlitten hat.“

Hier zeige ich Ihnen noch das letzte Foto von Ernst Biesten. Sie sehen ihn mit dem Bundesverdienstkreuz und an seiner Seite seine jüngste Tochter Maria bei ihrer Hochzeit. Aufgenommen ist es an der Rheinpromenade in Unkel.

Dr. Ernst Biesten ist dann am 12. September 1953 im Alter von 69 Jahren gestorben.

DISKUSSION

Abg. Dieter Burgard: Lieber Herr Hennig, zunächst herzlichen Dank.

Ich denke, das war ein sehr interessantes Referat gewesen und hat durch den Titel „Lebensbilder“ bzw. durch diese bildhafte Darstellung und durch die Dokumente sehr großes Interesse gefunden und noch einmal einiges aus einem anderen Blickwinkel erscheinen lassen.

Herr Hennig ist bestimmt bereit, Fragen zu beantworten.

Wenn Sie vonseiten der Familie vielleicht etwas ergänzen möchten, wo Sie sagen, dass dies etwas zu kurz gekommen ist.

Irmingard Hattingen: Nein, aus meiner Sicht ist nichts zu ergänzen.

Jörg Hattingen: Was hat ihn so herausragend gemacht, dass er von den Amerikanern zweimal als Polizeipräsident eingesetzt worden ist? Eigentlich war er nur ein kleiner Assessor. Wie hat er das geschafft? Was waren seine Verdienste?

Joachim Hennig: Dazu kann ich Ihnen auch keine nähere Aufklärung geben. Die Familie weiß es nicht und die Aktenlage gibt es insoweit nicht her – da bin ich überfragt. Es ist wahrscheinlich die imponierende geradlinige Persönlichkeit. Die Amerikaner mussten sich auf diese Leute verlassen können.

Beim zweiten Mal nach 1945 war die Entscheidung der Amerikaner für Biesten nicht schwer. Man hatte die Erfahrung aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. Aber beim ersten Mal? Vielleicht sprach für ihn, dass er relativ jung war und von der Situation her einen bürgerlichen Hintergrund – der Vater war Weinhändler – und auch keine Verwaltungsbildung hatte, die

ihn in der Monarchie entsprechend geprägt hatte. Er war ja Justizjurist, Gerichtsjurist. Vielleicht war es beim ersten Mal die Jugend Biestens oder einfach, dass man miteinander konnte.

Noch eines zu dem erwähnten „Gnadenhof“, mit dem Sie vielleicht nicht viel anfangen konnten: Ernst Biesten war Anfang der 1920er Jahre zugleich auch einziges deutsches Mitglied des gemischtbesetzten amerikanisch-deutschen Gnadenhofs. Es war ein Dreiergremium, bestehend aus zwei Amerikanern und einem Deutschen. Der Deutsche war – wie gesagt – Ernst Biesten. Das war schon eine Auszeichnung für Biesten und eine sehr sensible Stelle.

Der Gnadenhof war ein Spruchkörper, der im Gnadenwege Entscheidungen der amerikanischen Militärbehörden überprüfte. Die Militärbehörden führten ein recht rigides Regiment. Es ging auch darum, Plünderungen und Ähnliches zu verhindern. Sie bedienten sich einer Militärgerichtsbarkeit, die unanfechtbar entschied. Als Korrektiv dazu gab es eben diesen Gnadenhof. Hier war Ernst Biesten derjenige, der das deutsche „Element“ einbrachte. Er war Berichterstatter und musste auf Gnadengesuche hin Vorschläge machen, ob diesen ganz oder teilweise entsprochen werden konnte oder Ähnliches. Biesten machte die Vorschläge und die Amerikaner haben nachher mehrheitlich darüber entschieden, ob der Gnadenhof dem folgte oder nicht. Aus den Akten ergibt sich, dass Biestens Urteil großes Gewicht und er in den Fällen, die es verdienten, viel erreicht hat.

Es war eine sehr herausgehobene Funktion mit einigem Vertrauen. Wahrscheinlich hat alles gepasst. Es gibt den Spruch „Die rechte Person zur rechten Zeit am rechten Ort“. So war das bei Dr. Ernst Biesten.

Edgar Wagner: Eine Frage zu der Formulierung „die rechte Person zur rechten Zeit.“ Warum war er nicht die rechte Person, um Regierungspräsident von Montabaur zu werden?

Joachim Hennig: Das ist eine sehr interessante Frage.

Herr Wagner, wenn Sie erlauben, die Frage wird noch interessanter, wenn man weiß, wer es dann geworden ist, nämlich kein Geringerer als Peter Altmeier.

Es war die Konstellation, dass Ernst Biesten von deutscher Seite, von dem Oberpräsidenten Dr. Wilhelm Boden, den Franzosen als Regierungspräsident von Montabaur vorgeschlagen wurde. Er ist es dann doch nicht geworden. Die Franzosen haben sich durchgesetzt. Nachher ist es Peter Altmeier geworden.

Ich weiß nicht, ob in der Familie etwas bekannt ist. Ansonsten kann man nur spekulieren.

Gerd Hattingen: Er ist mit den Franzosen angeeckt, weil er zu gerecht war. Für die Franzosen war dies etwas schwierig.

Irmingard Hattingen: Als mein Vater Vorsitzender der Bereinigungskommission war, haben ihn die Franzosen nach einiger Zeit abgelöst. Mein Vater wollte sehr großzügig sein und hat immer gesagt, was sollte damals ein kleiner Polizeibeamter, der Frau und Kinder hat, machen, ihm blieb kaum etwas anderes übrig, als in die NSDAP einzutreten. Mit dieser Einstellung in den Entnazifizierungsverfahren ist mein Vater mit den Franzosen aneinandergeraten.

Joachim Hennig: An diesem Fall kann man sehen, von welchen „Zufällen“ Geschichte abhängen kann. Wäre Dr. Biesten Regierungspräsident von Montabaur gewesen, dann hätte vielleicht der spätere Ministerpräsident Peter Altmeier den Einstieg als Regierungspräsident von Montabaur nicht so geschafft. Vielleicht wäre ein anderer Ministerpräsident des jungen Rheinland-Pfalz geworden. Aber das ist Spekulation, ist aber wirklich interessant. Sicherlich ist Dr. Biesten bei den Franzosen angeeckt, aber wohl nur ein bisschen.

Wenn Sie Biestens Rede zur Eröffnung der Rheinischen Verwaltungsschule in Cochem im Juni 1946 sehen, dann kommt das den Franzosen doch sehr entgegen. Und immerhin hat Biesten dann doch noch – und im Einverständnis mit den Franzosen – eine beachtliche Karriere gemacht. Er war Chef und Organisator der rheinischen Verwaltungsschule in Cochem, Präsident des Landesverwaltungsgerichts und nachher – mit In-Kraft-Treten der Landesverfassung am 18. Mai 1947 – auch Präsident des Verfassungsgerichtshofs von Rheinland-Pfalz.

Ich habe schon einmal gedacht, dass die Franzosen an Altmeier das Zupackende, fast Hemdsärmelige schätzten – und das bei Biesten nicht so feststellten. Ich weiß es nicht. Aber es ist auffallend, dass dieser Personalvorschlag von Dr. Boden bei den Franzosen nicht durchgekommen ist.

Abg. Dieter Burgard: Mit Blick auf die Uhr will ich gerade Herrn Bader noch bitten, seine Frage zu stellen, damit wir dann zum nächsten Referat kommen.

Uwe Bader: Herr Hennig, Sie haben diesen Bericht der NS-Presse gezeigt, wie man Dr. Biesten als Polizeipräsident abgesetzt hat.

Ist irgendetwas bekannt, ob er anschließend Repressalien und Gefährdungen ausgesetzt war. Ich meine, wir haben in Osthofen das Beispiel, dass andere Polizeiführer sogar ins Konzentrationslager kamen. Gibt es irgendwie Hinweise, dass er besonders bedroht war oder konnte er sich dem irgendwie entziehen?

Irmingard Hattingen: Nach der Entlassung meines Vaters als Polizeipräsident im Jahr 1933 sind wir dann von Koblenz nach Niederlahnstein gezogen. Dort hatten wir zwei Häuser, mein Vater stammte auch daher. Niederlahnstein gehörte zur Provinz Hessen-Nassau und nicht zur Rheinprovinz. Dadurch geriet er im Moment etwas aus dem Blickfeld. Dunkel erinnere ich mich an

einen Vorfall mit dem Vertreter des Gauleiters Simon. Da wollte man ihn wohl verhaften. Das kann ich aber nicht genau sagen. Man hat es dann unter den Tisch fallen lassen. Irgendwie ist es dann in Vergessenheit geraten. Gott sei Dank.

Joachim Hennig: Herr Biesten hat sehr viel Glück gehabt. Das muss man sagen. Denken Sie an den Artikel im „Westdeutschen Beobachter“ anlässlich seiner Entlassung als Polizeipräsident. Da drohte man ihm mit einem Strafverfahren. Dazu kam es aber nicht. Vielen ist so ein Strafverfahren angehängt worden. Ich denke an Eduard Verhülsdonk, den Reichstagsabgeordneten des Zentrum aus Neuwied, dem man mit einem „Sparkassen-skandal“ etwas anhängen wollte, oder an den in der Ausstellung porträtierten Vizepräsidenten beim Oberpräsidium der Rheinprovinz, Dr. Wilhelm Guske. Man hat ihm Unlauterkeit mit Finanzen nachweisen wollen. Biesten war wohl nicht greifbar. Die Nazis hätten ihm gern etwas angehängt, aber man hat es nicht geschafft.

Dann kam der Umzug nach Niederlahnstein. Biesten war mit 49 Jahren im Ruhestand. Man kann nicht sagen, dass er so richtig auf der Kippe stand und ihm außer der Drohung des Strafverfahrens unmittelbar physische Gewalt gedroht hat. Er hat es mit Glück verstanden, sich abzusetzen und „unterzutauchen“.

Abg. Dieter Burgard: Vielen Dank, Herr Hennig.

Hans Eiden war der letzte Lagerälteste von Buchenwald. Ich freue mich besonders, dass Frau Dr. Beate Dorfey über diese Persönlichkeit aus dem Trierer Raum referiert.

Hans Eiden, der auch an meinem Wohnort Wittlich in der Strafanstalt in Haft war, war auch vor 60 Jahren einer der ersten Landtagsabgeordneten in Koblenz gewesen. Als ich 1974 in die Trierer Region zog, bekam ich immer wieder in der Presse mit,

wie umstritten das öffentliche Gedenken an ihn war und wie schwierig sich teilweise Kommunalpolitiker mit ihrer öffentlichen Erinnerung an den Kommunisten Eiden taten. Erst 1995 gedachte die Stadt Trier öffentlich ihm, der sicherlich vielen Menschen das Leben in Buchenwald rettete.

Ein Weggefährte von ihm aus dem Widerstand der KPD Willi Torgau arbeitete noch bis vor zehn Jahren mit mir gemeinsam im Förderverein KZ Hinzert.



Dr. Beate Dorfey

HANS EIDEN – DER LETZTE LAGERÄLTESTE VON BUCHENWALD

Dr. Beate Dorfey: Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, Herr Burgard, meine sehr geehrten Damen und Herren, „Das war Hans Eiden in seiner Entschlusskraft, in seiner Kühnheit, Überlegtheit, immer das Suchen nach einem Ausweg, das er in diesen Tagen zehnfach, ja zwanzigfach bewiesen hat. Ich bin überzeugt, es gab im ganzen Lager keinen Menschen, der mit einer solchen Tatkraft die Dinge gemeistert hätte wie Hans Eiden.“ – So urteilte ein ehemaliger Mithäftling über den letzten Lagerältesten des Konzentrationslagers Buchenwald auf dem Ettersberg bei Weimar, den Trierer Hans Eiden.

Herr Landtagspräsident, Sie haben gesagt, man wird nicht als Held geboren. Das trifft auf Hans Eiden sicherlich zu.

Sein Lebensweg unterschied sich zunächst einmal kaum von dem anderer. Am 24. November 1901 in Trier geboren, wurde er

als gelernter Dreher 1929 wie Millionen anderer arbeitslos. „Er war ein ganz normaler Mensch, sein Leben ging so, wie alle Arbeitslosen lebten“, hat mir Willi Torgau über ihn gesagt, als ich ihn danach befragt habe.

Eiden schloss sich 1929 der KPD an und wurde 1932 Leiter des Stützpunktes Trier-Nord des „Kampfbundes gegen den Faschismus“. Es sei hier nicht verschwiegen, dass er in dieser Zeit zweimal aus der KPD ausgeschlossen wurde, allerdings ohne Folgen.

Am 1. März 1933 wurde er als Kommunist in Schutzhaft genommen. Nach seiner Entlassung am 17. Mai 1933 betätigte er sich erneut und verstärkt gegen den Nationalsozialismus. Er schrieb und verteilte Flugblätter und Druckschriften und wurde am 26. April 1936 erneut verhaftet und wegen Hochverrats zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, die er im Gefängnis in Siegburg verbracht hat.

Am 1. September 1939 wurde er auf Befehl der Gestapo Trier in die Haftanstalt Wittlich überstellt. Dort erreichte ihn am 13. September der Befehl, dass er nun zusammen mit 29 anderen, die dort einsaßen, in das KZ Buchenwald überführt werden sollte. Am 15. September 1939 um 19:39 Uhr kam der Transport in Buchenwald an. Hans Eiden wurde dem Block 34 zugewiesen und erhielt die Häftlingsnummer 6222. Damit hatte seine Zeit in Buchenwald begonnen.

In seinen 1946 erschienenen Erinnerungen schildert Hans Eiden den Empfang in Buchenwald wie folgt – das möchte ich Ihnen nicht vorenthalten, damit Sie wissen, worüber wir reden –:

„Auf dem Appellplatz im Konzentrationslager Buchenwald standen die Zugänge. Außer unseren 30 Antifaschisten aus Wittlich noch 20 weitere, 50 insgesamt. Der SS-Lagerführer, SS-Obersturmführer

Hackmann, stand vor ihnen und hielt eine Ansprache. ‚Ihr seid hier in einem Konzentrationslager. Ihr sollt zu brauchbaren Menschen erzogen werden‘, so begann er und fuhr bald darauf fort: ‚Wer sich bei der Arbeit zu drücken versucht, wird erschossen. Wer bei der Annäherung eines SS-Mannes nicht eine mustergültige Haltung einnimmt, die Mütze an die Hosennaht legt, wird erschossen. Wer einen Fluchtversuch unternimmt, wird selbstverständlich erschossen.‘ – So zählte er 30 Fälle auf, in denen Häftlinge erschossen werden sollten.

Am folgenden Tag war die Vorstellung der Neuankömmlinge bei der politischen Abteilung. Im Korridor mussten die Gefangenen mit dem Gesicht zur Wand stundenlang stehen. Inzwischen wurden sie von vorbeigehenden SS-Leuten mit Fußtritten und Faustschlägen bearbeitet.

Endlich wurden sie einzeln oder zu zweien zur Aufnahme gerufen. An der Tür angelangt, musste jeder mit lauter Stimme sagen: ‚Ein Häftling bittet, eintreten zu dürfen‘, und zwar so oft, bis aus dem Zimmer die Antwort kam: ‚Herein du Schwein‘, oder ‚Her, du Mistvogel‘, und dann begann die Vernehmung des Häftlings. Die begann damit: ‚Wie heißt du Schwein?‘ Eine weitere Frage bezog sich auf den Namen der Mutter des Häftlings.

Die Worte, in die sie gekleidet war, verrieten die abgrundtiefe Verkommenheit und Verroththeit der SS... Wenn einer nicht schnell genug oder nicht genau genug auf die Fragen antwortete, wurde er geprügelt. Selten verließ ein Häftling die politische Abteilung, der nicht an mehreren Stellen seines Körpers blutig geschlagen war. Jetzt waren sie offiziell Häftlinge von Buchenwald.“

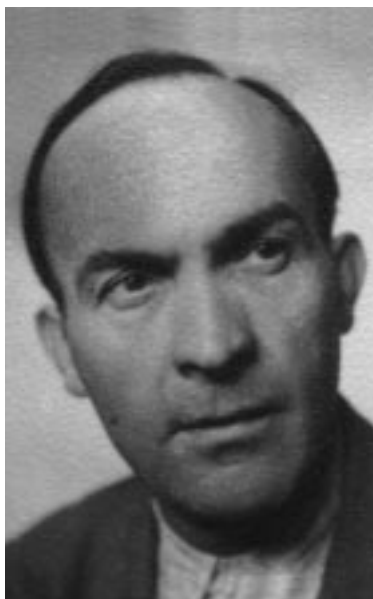
Hans Eiden wurde in der Wäscherei eingesetzt. Das galt als ein vergleichsweise leichtes Kommando. Parallel stieg er relativ schnell in der sogenannten Häftlingsselbstverwaltung auf. Was

ist diese Häftlingsselbstverwaltung? Um ihren eigenen Personaleinsatz so gering wie möglich zu halten, hat sich die SS innerhalb des Lagers Häftlinge ausgesucht, die ihnen bei der Arbeit behilflich sein sollten, die die anderen Mithäftlinge mit befehligen und mit bewachen sollten. Diese waren streng hierarchisch aufgebaut, und zwar angefangen von den sogenannten Kapos – das waren die Führer der Arbeitskommandos – über die Blockältesten, die die Verantwortung für den Wohnblock trugen, in dem die Häftlinge untergebracht waren, bis hin zu den Lagerältesten, denen die Gesamtverantwortung für das Lager übertragen worden war.

Buchenwald, eines der größten Konzentrationslager, hatte insgesamt drei Lagerälteste. Zunächst waren in Buchenwald die Funktionsstellen für Häftlinge mit sogenannten „Kriminellen“ besetzt worden. Sie kennen wahrscheinlich die Einteilung der Häftlinge in politische, kriminelle, asoziale usw. Als Kriminelle bezeichnet man die, die wegen einer Straftat verurteilt worden waren. Das Regiment der Kriminellen in Buchenwald war gefürchtet, weil diese Häftlingsgruppe der SS in Brutalität kaum nachstand.

Als Hans Eiden 1939 nach Buchenwald kam, hatte bereits eine andere Gruppe diese Funktionsstellen weitgehend besetzt, nämlich die deutschen Kommunisten. In Buchenwald hatte sich ein illegales Lagerkomitee gebildet, und zwar bestehend aus deutschen Kommunisten, die Schritt für Schritt dafür gesorgt haben, dass diese Funktionsstellen von ihren eigenen Gefolgsleuten besetzt wurden. Der SS war es recht. Diese war nur daran interessiert, dass das Lager ordnungsgemäß funktionierte. Für die meisten Häftlinge bedeutete die „interne Machtübernahme der Kommunisten“ eine deutliche Verbesserung ihrer Lebensumstände. Es gab deutlich weniger Brutalität und Misshandlungen, und auch die Versorgung war zumindest gemessen an den Verhältnissen eines Konzentrationslagers etwas besser geworden.

Ich möchte an dieser Stelle nicht verschweigen, dass das System auch seine Schattenseiten hatte; denn es schützte in erster Linie die eigenen Anhänger. Wer sich gegen die Kommunisten stellte, musste befürchten, dass sein Name anstelle des Namens eines anderen Häftlings auf der nächsten Liste für ein Strafkommando stand.



Dieses umstrittene Phänomen des Opfertauschs hat dann auch einen Großteil der Debatte um den kommunistischen Widerstand in Buchenwald nach 1945 geprägt.

**Hans Eiden,
1901 – 1950,
Foto um 1947 als
Lantagsabgeordneter**

Hans Eiden war nicht nachzuweisen, dass er bei diesen Aktionen jemals einen Häftling gegen den anderen ausgetauscht hat. Er selbst gehörte zwar dem kommunistischen Widerstand in Buchenwald unmittelbar nach seiner Überstellung dorthin bereits an, war aber nie Mitglied des illegalen Lagerkomitees. Man hat dies sauber getrennt und die Strippenzieher im Lagerkomitee nicht auf Funktionsstellen gesetzt, um keine Sicherheitslücken entstehen zu lassen.

Hans Eiden war für die „Funktionslaufbahn“ vorgesehen. Er wurde zunächst Blockältester seines Blocks 34, dann Lagerältester III, zuständig für die Sauberkeit in den Wohnblocks, und irgendwann 1942 – genauer weiß man es leider nicht – Lagerältester II und damit für die Arbeitskommandos verantwortlich.

Den Quellen zufolge hat er sich allerdings weniger um die Arbeitskommandos gekümmert als vielmehr um den auch in Buchenwald vorhandenen Kinderblock und den Ausbau des sogenannten „Kleinen Lagers“. Dieses war als zusätzliches Lager eingerichtet worden, um die seit 1942 vor allen Dingen aus dem Osten hereinströmenden Massen von Häftlingen aufzunehmen. Hier waren die Unterbringungsverhältnisse besonders katastrophal.

Außer diesem Einsatz für das „Kleine Lager“ sind von seiner Tätigkeit in diesen Jahren nur drei Dinge überliefert. Er soll an den Schulungen der Kommunisten teilgenommen haben, da er als ideologisch nicht so sattelfest galt. Des Weiteren gab es einen Versuch der SS, ihn als Spitzel anzuwerben, den er erfolgreich zurückgewiesen hat, und er hat seine Einweisung in ein Strafkommando für Steinbrucharbeiten gut überstanden. Eingewiesen wurde er, weil man in seinem Wohnblock ein Radiogerät gefunden hatte.

Im November 1944 wurde er zum Lagerältesten I ernannt und trug damit gegenüber der SS die Gesamtverantwortung für das Lager. Die Verhältnisse wurden jeden Tag chaotischer und gefährlicher. Der Zustrom an Häftlingen aus den Konzentrationslagern im Osten riss nicht mehr ab. Die alliierten Luftangriffe nahmen zu. Das Chaos im Lager war fast nicht mehr beherrschbar. Als auch noch die 3. US-Armee unter General Patton in Thüringen im April 1945 einmarschierte, hatten viele Häftlinge die Hoffnung, dass sie nun bald befreit werden würden, aber auch die große Sorge vor einer Evakuierung des Lagers durch Todesmärsche.

Einige Mitglieder des illegalen Lagerkomitees drängten auf einen Aufstand der Häftlinge gegen die SS. Dagegen setzte sich Hans Eiden mit aller Kraft dafür ein, die Evakuierung des Lagers zu verhindern. Zahllose Debatten wurden darüber geführt. Ein Mithäftling erinnerte sich später an eine Debatte zu diesem Thema mit einem sowjetischen Offizier:

„Dieser Offizier verlangte von Hans Eiden, mit der Begründung, dass das Lager nicht verteidigt werden kann, dass Luftangriffe möglich sind, also dass durch Bombenangriffe das Lager zerstört werden könnte, dass das gesamte Lager zu evakuieren sei. Hans Eiden und die anderen Genossen hörten sich das ruhig an. Keiner sagte etwas. Nur Hans stand ganz erregt auf und sagte: ‚Nein das Lager wird nicht evakuiert. Es wäre ein Verbrechen, die 5.000 oder 6.000 kranken Häftlinge im Stich zu lassen. Evakuieren können wir sie nicht, und die vielen tausend schwachen Häftlinge in Marsch setzen. Und außerdem wohin? Rings um den Ettersberg ist Krieg.‘

Dieser sowjetische Genosse versuchte, mit militärischen Gründen seine Absicht zu rechtfertigen. Hans Eiden lehnte jede Diskussion darüber ab, und der sowjetische Genosse verließ wütend das Zimmer. Es trat Stille ein. Hans Eiden setzte sich wieder auf seinen Stuhl. Dann guckte er uns alle der Reihe nach an, und keiner sagte etwas dazu. Aber jeder war innerlich fest überzeugt, es gab keine andere Lösung. Er sagte noch dazu, das war für mich so beeindruckend: ‚Was sollen denn unsere Genossen verteidigen, zur Sicherung des Lagers, wenn nicht unsere Kranken und Schwachen.‘ Sie werden sich für diese Kameraden einsetzen.“

Immer wieder wurde Hans Eiden in diesen Apriltagen 1945 zum Lagerkommandanten bestellt mit der schwierigen und lebensgefährlichen Aufgabe, ihm die Evakuierung des Lagers auszureden. Pfister, dem Kommandanten, war dabei völlig bewusst, dass sich in Buchenwald eine Widerstandsorganisation gebildet hatte und wer deren Rädelsführer waren.

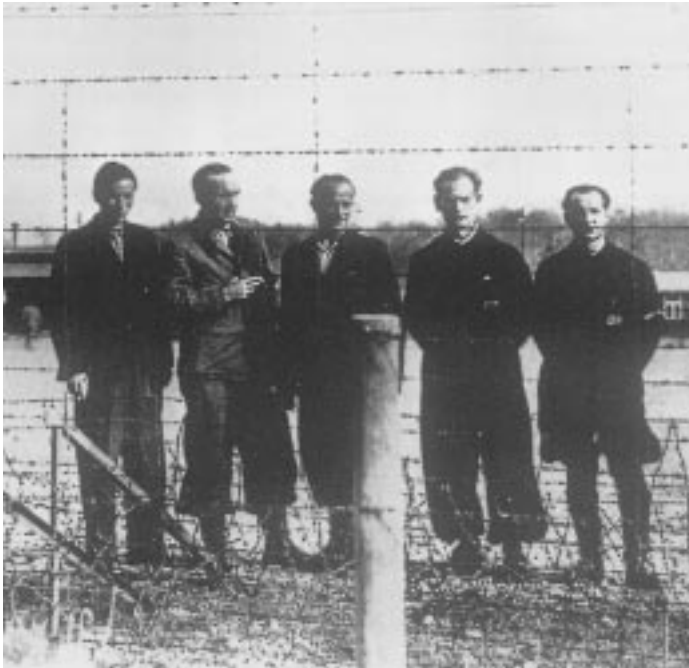
Am 4. April 1945 eskalierte die Situation. Am Nachmittag erfolgte der Befehl, alle Juden im Lager hätten sich auf dem Appellplatz einzufinden, natürlich zum Abtransport. Erstmals in der Geschichte eines Konzentrationslagers verweigerten die Häftlinge auf Anweisung des Lagerkomitees ganz offen einen Befehl. Niemand erschien zur festgesetzten Stunde auf dem Appellplatz.

Während seine Mithäftlinge im Lager fieberhaft versuchten, die Juden zu verstecken, musste Hans Eiden beim Rapportführer antreten und diesen Vorgang rechtfertigen. Es ist nicht genau überliefert, was er sagte, sondern nur dem Inhalt nach. Er habe auf das im Lager herrschende Chaos verwiesen, das durch die Fliegerangriffe vom Vormittag noch verstärkt worden sei. Es sei in diesem Durcheinander einfach nicht möglich gewesen, die Juden zu finden.

Durch sein geschicktes Vorgehen erwirkte Hans Eiden einen zeitlichen Vorsprung bis zum Eingreifen der SS – der natürlich erfolgte –, der es am Ende 3.000 Juden ermöglichte, sich zu verstecken und dadurch ihr Leben zu retten. Doch nun wandte sich die SS direkt gegen dieses Widerstandsnest. Pfister erließ den Befehl, 47 politische Häftlinge, die als Widerstandskämpfer bezeichnet wurden, am Morgen des 6. April auf dem Appellplatz antreten zu lassen. Welches Schicksal sie erwartete, war auch jedem klar. Und erneut erschien wieder niemand zum festgesetzten Zeitpunkt auf dem Appellplatz. Es war wieder die Aufgabe von Hans Eiden, diesen zweiten Fall einer Befehlsverweigerung vor der SS zu erklären.

Ein Augenzeuge – es war übrigens der Friseur vom Kommandanten – hat später niedergeschrieben, was Hans Eiden dem Rapportführer damals zur Erklärung sagte. Auch wenn Sie es vielleicht nicht ganz wörtlich nehmen dürfen, was zwei, drei Jahre später niedergeschrieben worden ist, vom Tenor scheint es zu stimmen. Ich zitiere:

„Ich bin ein politischer Häftling und sitze seit Jahren im Lager. Unter den 47, die bestellt wurden und die ein Schicksal erwartet, das ich nicht anzweifle, waren meine Kameraden, mit denen ich Jahre gehungert habe, mit denen ich gemeinsame Sorgen und kleine Freuden teilte. Wir waren Kameraden im Guten und Bösen. Gemeinsam haben wir gefroren und uns jedes Stück Brot geteilt.



Mit Heinz Hauptmann, der auch auf der Liste steht, habe ich jeden Tag zusammen gegessen. Noch gestern teilten wir den gleichen Raum. Ob Sie es mir nun glauben oder nicht, ich wusste von nichts. Sie wissen, dass ich die letzten

Tage überhaupt nicht geschlafen habe. Sie haben sich um Ihre Angelegenheiten gekümmert und überließen den Häftlingen die Sorge um die Unterbringung Tausender armer Teufel, die aus den Außenkommandos zurückkehrten.

**Hans Eiden mit
Mitgliedern der illegalen
Lagerleitung nach der
Befreiung in Buchenwald**

Und so, während ich im Kleinen Lager war, um zu überwachen, ob es überhaupt möglich ist, auf so kleinem Raum so viele Tausende von Menschen unterzubringen, ist Heinz Hauptmann verschwunden. Ich legte dem kein Gewicht bei; denn er konnte bei seinem üblichen Abendrundgang durchs Lager sein und ist vermutlich irgendwo aufgehalten worden.

Erst früh erfuhr ich in der Schreibstube von der Liste, die Sie ausgegeben haben. Und jetzt sagen Sie selbst, Herr Rapportführer: Sie haben vielleicht vermutet, wenn ich das wüsste, würde ich Ihnen sagen, wo auch nur einer der 47 ist? Glaubten Sie etwa, ich will Ihnen dienen? Als Lagerältester tat ich hier nichts anderes, als die ganze Zeit die Interessen meiner Mithäftlinge zu schützen, immer in dem Rahmen, der zugelassen war.

Und, Herr Rapportführer, auf eines möchte ich Sie aufmerksam machen. Ich bin ein politischer Häftling und meine Kameraden verkaufe ich nicht. Das sage ich Ihnen, damit Sie meine Meinung über diese Sache kennen. Wenn Sie mir noch etwas zu sagen haben, sagen Sie es mir gleich hier. Ich habe einige Nächte nicht geschlafen, und jetzt werde ich mich hinlegen und möchte nicht gestört werden.“ Zitat Ende.

Geschicktes Taktieren und ein – wie Sie gehört haben – unerhörtes Selbstbewusstsein im Umgang mit der SS, das war wohl offensichtlich Hans Eidens Erfolgsrezept. Der Rapportführer war jedenfalls so sprachlos, dass er Hans Eiden unbehelligt gehen ließ.

Immer wieder kam es in den folgenden Tagen zu ähnlichen Situationen, und immer wieder wurde Hans Eiden zum Lagerkommandanten gerufen, um Befehlsverweigerung und das Nichtantreten von Häftlingen zu erklären. Zur Überraschung und auch zur Bewunderung seiner Mithäftlinge gelang es ihm stets, die SS von einem brutalen Vorgehen gegen die Häftlinge abzuhalten. Ohne Zweifel spielte dabei auch die Sorge vor den stetig näher kommenden Amerikanern eine Rolle und die Tatsache, dass die SS eigentlich schon dabei war, ihre Flucht vorzubereiten. Doch dies machte die Situation eigentlich noch gefährlicher; denn jetzt hatte die SS bekanntlich nichts mehr zu verlieren.

Hans Eiden ist es aber gelungen, den Lagerkommandanten vom Gegenteil zu überzeugen: Je menschlicher er sich jetzt verhalten

würde, desto günstiger würde sich das auf seine spätere Beurteilung durch die Amerikaner auswirken, sagte er ihm, und Pfister glaubte ihm.

Es ist aber illusionär anzunehmen, dass Hans Eiden jede Grausamkeit und jeden Marsch hätte verhindern können. Dass jedoch ein Großteil der Häftlinge, nämlich über 21.000 Buchenwald überlebt haben und am 11. April 1945 ihre Befreiung feiern konnten, verdanken sie auch und nicht zuletzt dem mutigen Einsatz dieses Trierers. Es war folgerichtig auch seine Stimme, die sie am 11. April um 15:15 Uhr über den Lautsprecher hörten, die ihnen die Befreiung des Lagers verkündete.

Von den Amerikanern wurde Hans Eiden sofort zum Lagerkommandanten bestellt, dessen Hauptaufgabe die Aufrechterhaltung von Ordnung und Ruhe im Lager und vor allem die geordnete Rückführung der Häftlinge in ihre Heimat war.

Er selbst konnte deshalb erst im Mai 1945 nach Trier zurückkehren. Hier hat er sich sogleich in der Kommunalpolitik engagiert und zog – Sie haben es schon gehört – am 18. Mai 1947 für die KPD in den ersten rheinland-pfälzischen Landtag ein. Allerdings war ihm als Politiker keine große Karriere beschieden. Es waren in erster Linie Fragen der Flüchtlingsproblematik, Wohnungsbaufürsorge, also sozialpolitische Fragen, die ihm am Herzen lagen, sowie – natürlich – die Beseitigung des Nationalsozialismus und die Entschädigung seiner Opfer. Ob dies der KPD zu wenig war oder welche Gründe auch immer dafür ausschlaggebend waren, werden wir wohl nie erfahren. Jedenfalls wurde Hans Eiden 1948 aus der KPD ausgeschlossen und legte am 10. Juni 1948 sein Landtagsmandat nieder. Bereits schwer erkrankt, zog er sich vollends aus der Politik zurück.

Er starb am Mittwoch, den 6. Dezember 1950 um 6 Uhr früh an den Spätfolgen der KZ-Haft in Trier.

In seiner Geburtsstadt Trier geriet er in Vergessenheit. Ich hätte beinahe gesagt, na klar, er war ja auch ein Kommunist.

Erst 1995 hat sich die Stadtverwaltung Trier dazu durchgerungen, an seinem Geburtshaus in der Engelstraße eine Gedenkplakette für ihn anzubringen.

DISKUSSION

Abg. Dieter Burgard: Herzlichen Dank für den sehr engagierten Vortrag.

Sie haben jetzt die Möglichkeit, Frau Dr. Dorfey Fragen zu stellen oder etwas anzumerken.

Herr Cazaré: Was heißt „politisch nicht sattelfest“? Er wurde mehrfach aus der KPD ausgeschlossen. Was waren die Gründe gewesen?

Dr. Beate Dorfey: Das würde ich auch gern wissen. Es ist nicht herauszubekommen. Über die KPD gibt es keine Unterlagen mehr. Mit dem KPD-Verbot ist auch alles vernichtet worden. Das hat mir Willi Torgau klar gesagt. Er wusste wahrscheinlich, was die Gründe waren. Aber er hat sie einfach nicht gesagt.

„Ideologisch nicht sattelfest“ war die Einschätzung seiner Kollegen in Buchenwald. Ob er sein Dia.-Mat. nicht richtig auf-sagen konnte oder was auch immer letztendlich den Ausschlag gegeben hat, aber es fällt auf, wenn man die Äußerungen von Hans Eiden liest, dann sind sie eher weniger von Ideologie, als von Pragmatismus geprägt gewesen. Anscheinend war das unter den Vollblutkommunisten nicht ausreichend. Was letztendlich seinen KP-Ausschluss, sei es in den 20er-Jahren oder aber auch dann 1948 ausgelöst hat, bleibt dahingestellt. Es gab auch 1948 das Gerücht, weil er eine Liebesbeziehung mit einer Dame eingegangen sei, die für die Franzosen gearbeitet habe. Das weiß kein Mensch. Da kann man nur spekulieren.

Abg. Dieter Burgard: Sehr geehrte Zuhörer, morgen jährt sich der Hinrichtungstag von Ludwig Schwamb. Er wurde am 23. Januar 1945 im Alter von 54 Jahren in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Er, ein rheinhessischer bekennender Christ im Widerstand des Kreisauer Kreises.

Jakob Steffan, ein Oppenheimer, ein Mitstreiter von Wilhelm Leuschner im Widerstand, Landtagsabgeordneter und späterer Minister: Auch über ihn erfahren wir nun etwas Wesentliches.

Ich habe hier noch stehen, dass Jakob Steffan in zwei Wochen den 50. Todestag hat. Ich denke, es wäre ein besonderer Anlass, dem am 9. Februar zu gedenken. Es ist dann genau 50 Jahre her.

Über beide Persönlichkeiten, über Ludwig Schwamb und Jakob Steffan, werden wir von Dr. Axel Ulrich bestimmt viel Neues erfahren.



Dr. Axel Ulrich

LUDWIG SCHWAMB UND JAKOB STEFFAN – MITSTREITER WILHELM LEUSCHNERS IM WIDERSTAND

Dr. Axel Ulrich: Sehr geehrter Herr Präsident Mertes, sehr geehrter Herr Vorsitzender Burgard, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben soeben etwas über den frühen antinazistischen Widerstand aus dem bürgerlichen Parteienspektrum gehört. Uns wurde sodann vom Widerstand eines Kommunisten berichtet, dessen couragierte antifaschistische Haltung sich selbst durch die Haft im Konzentrationslager nicht brechen ließ. Nun wollen wir uns zwei Vertretern der breiten zivilen Widerstandsbewegung zuwenden, die im Zusammenhang mit dem Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 hätte hervortreten sollen, jedoch nach dem Scheitern der Militäraktion zwangsläufig in Deckung geblieben ist. An diesem Unternehmen waren zahlreiche Sozialdemokraten und Gewerkschafter im ganzen Land



**Jakob Steffan,
1888 – 1957,
Widerstandskämpfer,
erster Innenminister
von Rheinland-Pfalz**



**Ludwig Schwamb,
1890 – 1945, ehemals
hessischer Staatsrat,
als Widerstandskämpfer
hingerichtet**

beteiligt, aber auch Konservative, Liberale und Monarchisten. Über diesen besonderen Widerstandsbereich hören wir jetzt etwas am Beispiel der beiden rheinhessischen NS-Gegner Ludwig Schwamb und Jakob Steffan. Doch gestatten Sie mir, zuvor noch etwas Grundsätzliches zum Widerstand gegen das „Dritte Reich“ und seine Bedeutung für unsere heutige demokratische Gedenkkultur anzumerken.

Wie jedes demokratische Land ist Deutschland zu Recht stolz auf seine Freiheitstraditionen. Zu diesen gehören insbesondere jedweder Widerspruch und jedes Aufbegehren gegen staatliche Unterdrückung, ganz gleich ob feudalistischer, absolutistischer oder diktatorischer Art. Durch die Proteste und Erhebungen gegen Unrechtsherrschaft wurde letztlich der Weg zur Errichtung und zur Festigung des heutigen demokratisch und rechtsstaatlich verfassten Gemeinwesens in Gesamtdeutschland angebahnt

bzw. geebnet. Der diesbezügliche historische Entwicklungsbogen spannt sich über ein halbes Jahrtausend hinweg: von den Bauernkriegen, den revolutionären Bestrebungen des „Vor-märz“, der gescheiterten Revolution von 1848/49, der folgenden Revolution von 1918/19, welche die erste Republik auf deutschem Boden begründete, über den antinazistischen Widerstand, dann den niedergeschlagenen Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der damaligen DDR bis hin zur breiten friedlichen Protestbewegung, die dort am 9. November 1989 zum Fall der Mauer, wenig später zum Ende der SED-Herrschaft, schließlich zum Beitritt der DDR in den Geltungsbereich unseres Grundgesetzes führte und damit zur deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990.

Der Widerstand gegen das „Dritte Reich“ wurde zwar von Tausenden und Zehntausenden deutschen Frauen und Männern geleistet, war aber nicht von Erfolg gekrönt. Das nationalsozialistische Unrechtsregime hat durch ihn nicht gestürzt werden können. Jedoch trug er maßgeblich zur Bewahrung einer moralisch begründeten demokratischen Grundsubstanz bei, durch die nach Einmarsch der Alliierten die Wiedererrichtung einer Demokratie nachhaltig begünstigt wurde, wenn auch zunächst nur im westlichen Teil unseres Landes.

Neben Oppositionellen aus christlichem Glauben bzw. aus humanitärer Grundhaltung haben vor allem Regimegegner aus den unterdrückten nichtnazistischen Parteien und Verbänden, dann aber auch aus dem Militär dem „Dritten Reich“ die Stirn geboten. An das mutige Agieren und leidvolle Schicksal all jener zu erinnern, gehört bleibend zu den vorrangigen Aufgaben jedweder politischen Bildungsarbeit und unserer demokratischen Gedenkkultur überhaupt.

Gleichwohl zeigt sich immer wieder, dass trotz inzwischen vielfältiger diesbezüglicher Informationsmöglichkeiten der Kenntnisstand über den Widerstand in der Bevölkerung nicht sonderlich

ausgeprägt ist. Nach wie vor beschränkt sich dieser hauptsächlich auf den antinazistischen Protest von etlichen Geistlichen, auf die „Weiße Rose“ sowie auf die Verschwörung des „20. Juli 1944“, wobei diese aber zumeist nur auf die beteiligten Militärs sowie bürgerlichen Regimegegner verengt wahrgenommen wird. Darüber hinaus ist in letzter Zeit das am 8. November 1939 nur knapp fehlgeschlagene Sprengstoffattentat von Georg Elser auf den Diktator stärker in den Blick gelangt. Und auch der aus den Organisationen der Arbeiterbewegung geleistete Widerstand ist keineswegs mehr als ungeläufig zu bezeichnen. Die Thematisierung Hans Eidens in der heutigen Veranstaltung ist Beleg hierfür. Kaum bekannt sind aber dagegen die vielen kleineren antinazistischen Freundeskreise und Diskussionszirkel aus nahezu dem gesamten politischen Spektrum, und noch viel weniger geläufig sind eben jene weit verzweigten zivilen Widerstandsstrukturen im Zusammenhang mit dem „20. Juli“. Letztere können gerade für den Bereich des Rhein-Main-Gebiets und für Rheinhessen eindrucksvoll veranschaulicht werden.

Geraume Zeit nach seiner Entlassung aus der KZ-Haft im Sommer 1934 machte sich der vormalige hessische Innenminister und Gewerkschaftsführer Wilhelm Leuschner daran, von Berlin aus ein weit verzweigtes informelles Kontaktnetz sozialdemokratisch-gewerkschaftlicher Widerstandskräfte zu knüpfen. Schon 1936 und 1937 erarbeiteten er, der christliche Gewerkschaftsführer Jakob Kaiser und Max Habermann von der früheren Führungsspitze des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes regimekritische Denkschriften und Stellungnahmen. Mit diesen prangerten sie gegenüber einigen Militärs, darunter der Oberbefehlshaber des Heeres General Werner Freiherr von Fritsch und der Generalstabschef des Heeres Ludwig Beck, die brutale und unwürdige Behandlung der Arbeiterschaft und der Juden durch das NS-Regime an. Als 1938 durch antinazistische Kreise aus Bürgertum und Militär erstmals eine gemeinsame Aktion gegen Hitler erwogen wurde, war



Leuschner bereits eingeweiht. Beck hatte damals aus Protest gegen die geplante Niederwerfung der Tschechoslowakei seinen Rücktritt erklärt. Im folgenden Winter fand bei Ernst von Harnack, ehemals sozialdemokratischer Regierungspräsident in Merseburg, eine Besprechung statt, während der sich Leuschner, Julius Leber und einige andere Regimegegner auf jene Strategie verständigten, durch die der „20. Juli“ dann zu einem sorgfältig koordinierten Aufstandsversuch von Oppositionellen aus Militär, Bürgertum und Arbeiterschaft wurde. 1939 glaubten Leuschner und seine Mitstreiter sogar, im Anschluss an einen damals erneut beabsichtigten Putsch den Generalstreik ausrufen zu können. Es wurden daher schon Emissäre in die wichtigsten Zentren der sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Untergrundbewegung entsandt, um diese auf das Vorhaben einzuschwören. Seit Anfang der 1940er Jahre wurde der Aufbau eines reichsweiten Vertrauensleutenetzes durch Leuschner und seine Parteifreunde Leber, Carlo Mierendorff und Theo Haubach sowie etliche andere for-

**Wilhelm Leuschner,
ehemaliger hessischer
Innenminister
1944 vor dem
„Volksgerichtshof“,
der ihn zum
Tode verurteilte.**

ciert. Diese Widerstandsstruktur hätte freilich erst nach einem erfolgreichen militärischen Umsturzunternehmen aktiviert werden sollen, um die Aktion sogleich in demokratische Bahnen zu lenken.

In vielen größeren und kleineren Städten, aber auch in zahlreichen Ortschaften auf dem Lande standen erfahrene und zuverlässige Vertrauensleute bereit, um in der Stunde X hervorzutreten. Zuvor hatten diese dafür zu sorgen, das Kontaktnetz vor Ort jeweils personell zu verbreitern. Spätestens 1943/44 wurden zunehmend bis dahin weitgehend autonom gebliebene bürgerliche Widerstandsgruppen, zudem die gleichfalls schwächer ausgeprägten konspirativen Strukturen christlicher sowie liberaler Gewerkschafter und dazu noch verschiedene protestantische, katholische, konservative und liberale Einzelpersonlichkeiten informell in das zivile Vertrauensleutenetz Leuschners und seiner Freunde eingeklinkt. Gleichzeitig wurden für die einzelnen Wehrkreise so genannte Politische Beauftragte sowie Unterbeauftragte bestimmt. Diese sollten in der eigentlichen Umsturzphase über entsprechende Verbindungsoffiziere beratenden Einfluss auf die Kommandeure der Stellvertretenden Generalkommandos nehmen. Unmittelbar danach hätte den Politischen Beauftragten die Funktion von Verwaltungschefs der ihnen zugewiesenen Landesteile zufallen sollen, zuständig für alle politischen Fragen, die aus dem militärischen Ausnahmezustand resultierten. Die Verbindungsoffiziere, die zum inneren Verschwörerkreis zählten, hätten hierbei für die sofortige und korrekte Ausführung der Befehle der Berliner Zentrale des Umsturzunternehmens in ihrem jeweiligen Wehrkreis zu sorgen gehabt, desgleichen für den reibungslosen wechselseitigen Informationsfluss zwischen den militärischen und den zivilen Widerstandskräften, und sie hätten Wehrkreiskommandanten wie Politischen Beauftragten zugleich als Berater zur Seite stehen sollen. Es hätte keineswegs eine Militärdiktatur errichtet, sondern umgehend eine Zivilregierung gebildet werden sollen,

wie die rekonstruierten Varianten der Kabinettsliste auf überzeugende Weise belegen. Nachdem das Attentat Claus Graf Schenk von Stauffenbergs und das militärische Umsturzvorhaben gescheitert waren, wäre es einem Himmelfahrtskommando gleichgekommen, hätten die zivilen Widerstandskräfte dennoch den Aufstand gewagt. Für sie war es jetzt wichtiger, die eigenen Kapazitäten für die sich ohne dies abzeichnende Zeit nach Hitler und die dann anstehende Wiederaufbauarbeit zu bewahren.

Im Bereich des Stellvertretenden Generalkommandos des Wehrkreises XII Wiesbaden, zuständig u. a. für das westliche Rhein-Main-Gebiet, den Westerwald, die Regierungsbezirke Koblenz und Trier, Rheinhessen, die Pfalz und das Saarland, hätte Leuschners enger Freund und Mitstreiter Ludwig Schwamb die Aufgabe des Politischen Beauftragten übernehmen sollen. Als Unterbeauftragter, d. h. als Schwambs Stellvertreter, war Bartholomäus Koßmann ausesehen, einst Reichstagsabgeordneter für das Zentrum im Wahlkreis 21 Koblenz-Trier-Birkenfeld sowie Vorsitzender der katholischen Bergarbeitergewerkschaft in Neunkirchen (Saar). Als Verbindungs-offizier zwischen dem zivilen und dem militärischen Flügel der Fronde im Wehrkreis XII hätte Hauptmann Hermann Kaiser fungieren sollen, vordem Studienrat in Wiesbaden, in Berlin Kriegstagebuchführer im Stab von Generaloberst Fritz Fromm, dem Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres im Oberkommando des Heeres.

Geschäftsverteilung:

Geschäftsbefugnis:

Begründung	amst.	Straf.	Zivil.	M.H.	Amts.	St.Ger.
Tatbestände:						
Hilfsstoffe:						
sonstige:						
Weitere Begründungen:						

Genehmigungen:

Tatbestände

Hilfsstoffe

sonstige

++ - XX = DOK 15859-20, 7. 44 1949.- ++
S E H E I R +
AN W K ROEM 12 --
-- DER POLITISCHE BEAUFTRAGTE AN W K ROEM 12 IST :
RECHTSANWALT SCHMID , FRANKFURT / MAIN , TAG ZENTRALE
UNTERNEHMENSTÄUFE IST : RECHTSANWALT LOEDERER,
SABERNBERGER HINDENBURG STR . NO 1 ODN 3 ZUR W . K. ROEM
12 IST : HAUPTMAN KRIDER , ODN . 2. IT . NIESPADEN.--
DIE BESAMTEN SIND SOFORT HERKUNFTZUEHEN,=
DO: CHEF DES HEIMATVERBANDES STAS. HOEFFNER
OEF + RUEST U NOE / ANN / STAT UR . 32 641 / 44 GEN
9. JULI T. 64 +

105

Die Region zwischen Kassel und Heidelberg war sicherlich einer der von Leuschner und seinen Mitstreitern am besten organisierten politisch-gewerkschaftlichen Strukturbereiche überhaupt. Dieser war nicht etwa deckungsgleich mit dem Wehrkreis XII, sondern erstreckte sich partiell auch auf den Wehrkreis IX Kassel und entsprach damit eher dem südwestdeutschen Bezirk der von Leuschner geplanten „Deutschen Gewerkschaft“. Für die politische Leitung der Vertrauensleutestruktur in der Region etwa entlang der Mainlinie bis zum Neckar hin hatte Schwamb seinen Freund und Verwandten Jakob Steffan gewinnen können, der sich Mitte 1940, keine zwei Monate nach seiner Entlassung aus dem KZ Dachau, dem Widerstand anschloss. Allein in dem Steffan überantworteten Strukturbereich sollen zuletzt schätzungsweise 1.000 Vertrauensleute zur Verfügung gestanden haben, hinter denen sich ein noch weitaus größeres Kontingent aktionsgewillter Gefolgsleute bereitgehalten haben soll. Für den politischen Strukturbereich nördlich des Mains war der vormalige Darmstädter SPD-Stadtrat und Gewerkschaftsführer Willi Richter zuständig, der von seinem Freund Leuschner zugleich damit betraut wurde, den gewerkschaftlichen Widerstand im gesamten, also im nördlichen wie südlichen Gebiet zu formieren und anzuleiten. Das organisatorische Zentrum befand sich im Rhein-Main-Gebiet, wo bislang Gruppen nachgewiesen werden konnten, in denen mindestens 550 Regimegegner parat standen. Auch in Rheinhessen bestanden etliche Stützpunkte, so in Oppenheim, Nierstein, Ingelheim, Guntersblum und andernorts. Die regionale Zentrale jenes Vertrauensleutenetzes war in Frankfurt. Weitere Stützpunkte existierten u. a. in Offenbach, Neu-Isenburg, Hanau, Aschaffenburg, Darmstadt, Wiesbaden und Mainz. Zumindest in den beiden letztgenannten Städten sowie in Frankfurt bestanden verdeckte Verbindungen zu regimekritisch gesonnenen Kräften im Bereich der Gestapo. Solche Informationskanäle nutzend, vermochte es Steffan, mehrere aus rassistischen, politischen oder religiösen Gründen Verfolgte aus Mainz bzw. Rheinhessen vor der Verhaftung zu bewahren.

Kommen wir nun zu den wichtigsten hiesigen Protagonisten jener Widerstandsstruktur: Während es zu Leuschner, Richter und Koßmann etliche mehr oder minder umfangreiche biografische Würdigungen gibt, gilt dies kaum für Ludwig Schwamb und überhaupt nicht für Jakob Steffan. Auf die beiden Letzteren soll daher hier etwas näher eingegangen werden:

Wer war Ludwig Schwamb? Geboren wurde er 1890 in Udenheim. Nach der Reifeprüfung, die er 1910 in Mainz bestand, studierte er in Gießen und Berlin Jura. Kurz nach der ersten Staatsprüfung zog er 1914 freiwillig in den Krieg, durch den sich seine radikaldemokratische Grundeinstellung gewaltig verfestigte. Konsequenterweise trat er der Sozialdemokratie bei, für einen Juristen ein höchst mutiger Schritt seinerzeit. 1921 ließ er sich in Mainz als Rechtsanwalt nieder, wechselte dann ans Finanzamt Alzey, bald darauf an das in Oppenheim, wo er 1926 zum ständigen Vertreter des Direktors aufstieg. In seiner Freizeit engagierte er sich unablässig als Vortragsredner für seine Partei und mit dieser befreundete Organisationen. 1928 verpflichtete ihn der neue hessische Innenminister Leuschner als persönlicher Referent. Im selben Jahr wurde Schwamb an den Hessischen Verwaltungsgerichtshof berufen. Ende des folgenden Jahres rückte er zum Staatsrat auf. Meriten erwarb er sich vor allem durch die Ausarbeitung der Hessischen Gemeindeordnung. Zusammen mit Carlo Mierendorff, Leuschners Pressesprecher damals, war er einer der engsten politischen Berater und Vertrauten des Innenministers. Mit Verve legten alle drei sich gegen den immer bedrohlicher heranstürmenden NS-Faschismus ins Zeug, doch alles war vergebens. Im Sommer 1933 folgte – politisch motiviert – Schwambs Entlassung aus dem Staatsdienst. Natürlich wurde er sogleich unter Polizeiaufsicht gestellt. Der erneute Versuch, eine Existenz als Rechtsanwalt in Mainz zu begründen, scheiterte. Wer mochte sich schon anwaltlich vertreten lassen von einem, den die Nazis selbst im Visier hatten? 1934 konnte er dann aber in Berlin eine gut dotierte Stelle antreten, nämlich als Syndikus der

Schuhfabrik Tack. Schon bald nach der Haftentlassung Leuschners trat Schwamb dort wieder mit ihm in Verbindung. Schwambs Wohnung diente in den nächsten Jahren als Treffpunkt für konspirative Beratungen, etwa mit Julius Leber, Carlo Mierendorff, Theo Haubach, Adolf Reichwein und Gustav Dahrendorff, und auch wurden dort verschiedentlich von Verhaftung Bedrohte vorübergehend verborgen gehalten. Auch zum antinazistischen Diskussionszirkel „Kreisauer Kreis“ unterhielt Schwamb bald lose Verbindungen. Zu jener Zeit stimmten er und Leuschner, der einen kleinen Fabrikationsbetrieb für Aluminiumprodukte und dergleichen hatte übernehmen können, die Termine ihrer zahlreichen Geschäftsreisen quer durch Deutschland oft genug aufeinander ab, zumal diese zugleich der unauffälligen Koordinierung der Widerstandsarbeit dienten. Schließlich organisierte Schwamb für Leuschner die gesamte sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Konspiration im Bereich zwischen Kassel und Heidelberg, und zwar unmittelbar von Frankfurt bzw. Aschaffenburg aus. Die

Direktanleitung des Widerstandes im Bereich der späteren Bundesländer Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland wurde deshalb möglich, weil Schwamb und seine Frau Elisabeth Anfang 1943 in der Reichshauptstadt ausgebombt worden waren und deshalb

**Die Familien
Schwamb und Steffan
bei einem Ausflug
Anfang der 30er Jahre**



in ein Ausweichquartier in der Mainmetropole hatten umziehen müssen, während die Firmenzentrale von Tack wegen der ständigen Bombenangriffe auf Berlin seinerzeit nach Aschaffenburg ausgewichen ist.

Und nun zu Schwambs engstem Mitstreiter in unserer Region, zu Jakob Steffan: 1888 in Oppenheim geboren, hatte dieser nach dem Ersten Weltkrieg seinen Lebensunterhalt erst als kaufmännischer Angestellter verdient, dann als Prokurist und seit 1928 als Teilhaber der dortigen Weinbrennerei Nödling. In jenem Jahr heiratete er Eleonore Leist, die Nichte Ludwig Schwambs. Während der Weimarer Republik hatte Steffan in seiner Heimatstadt als SPD-Stadtrat sowie als Mitglied des Kreistages gewirkt, seit 1923 auch als Mitglied des rheinhessischen Provinziallandtages. Zwischen 1923 und 1929 hat er außerdem dem Provinzialausschuss Rheinhessen gedient. Von 1927 bis 1933 war er Abgeordneter des Landtages des Volksstaates Hessen sowie von Juli bis November 1932 zugleich Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis 33 Hessen-Darmstadt. Ab dem 31. März 1933 hielten ihn die Nationalsozialisten aus politischen Gründen erst in Frankfurt, sodann in Darmstadt und Mainz in Haft. Sein Wohnhaus in Oppenheim ist zwangsgeräumt, seine Möbel und Wertgegenstände sind ausgelagert, dann versteigert worden. Seine Ehefrau hatte die Stadt damals auf Weisung der SA mit ihrem Sohn Lothar verlassen müssen. Zuflucht fanden beide bei ihrer Mutter Emilie Leist, die sich fortan zusammen mit ihrem Bruder Ludwig Schwamb, mit dem Steffan seit 1919 befreundet war, um die Erziehung des Enkels kümmerte. Auch die Zulassung als selbständiger Spirituosenhändler in Mainz ist Steffan entzogen, sein Warenvorrat beschlagnahmt worden. Am 15. Dezember 1933 wurde er zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. In seiner Funktion als Vorsitzender der AOK Oppenheim sollte er sich angeblich der Untreue und der Schädigung der Ortskrankenkasse schuldig gemacht haben. Nach dem Krieg wurde der Unrechtscharakter dieser Verurteilung durch das Landgericht Mainz einwandfrei festgestellt. Seit 1936 wurde

Steffan im KZ Dachau inhaftiert. Dort sah er sich als, wie es damals hieß, „SPD-Bonze“ unsäglichen Schikanen und Torturen ausgesetzt. So wurde er einmal mit 47 Tagen Dunkelarrest bestraft und im Keller angekettet; eine durch Prügel verursachte Schädelverletzung führte auf Dauer zur extremen Minderung seiner Sehkraft und damit zur Erwerbsunfähigkeit. Am 20. April 1940 erfolgte seine Entlassung, aber nur probeweise. Bei seiner Rückkehr nach Oppenheim, wo nur seine 86-jährige Mutter auf ihn wartete – seine Frau hatte sich 1938 von ihm scheiden lassen –, wurde ihm erklärt, er sei ein Staatsfeind und habe seine Heimatgemeinde binnen zweier Stunden zu verlassen. Daraufhin mietete er sich in Mainz ein möbliertes Zimmer. Selbstredend wurde er sofort unter Polizeiaufsicht gestellt. Trotzdem schloss er sich wenig später ohne zu zögern der sich um Leuschner, Schwamb, Mierendorff usw. sammelnden Widerstandsfront an.



Archiv Geheime Staatspolizei

→ Verbrecherart	politisch	Personenbeschreibung
Familienname:	Steffan	Größe: 168 cm
Vorname:	Jakob	Gestalt: schlank
Geburtszeit:	2.11.88	Haare: schwarz-grau
Geburtsort:	Oppenheim	Barb: gestutzt, glatt
Kreis:	Mainz	Gesicht: ruhig, mittel
Beruf:	Bfz.	Augen: blau
		Bes. Kennz.: 1

Hier in Mainz fungierte Alfred Freitag als Stützpunktleiter. Der Gründer der örtlichen Arbeiterwohlfahrt und bis 1933 SPD-Stadtrat sowie -Parteisekretär für Rheinhessen kooperierte eng mit einer Gruppe von Gewerkschaftern um Anton Calujek, außerdem noch mit einem katholischen Widerstandskreis um Ernst Doller. Calujek war bis 1933 in Mainz als Bezirksleiter des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands tätig gewesen, sodann mehrmals verhaftet worden, hatte sich bis 1942 als Handels- sowie Versicherungsvertreter durchgeschlagen, um anschließend eine Stelle als Industriekaufmann in Essen anzutreten. Mit dem Mainzer Widerstandsstützpunkt ist er gleichwohl in konspirativer Verbindung geblieben. So soll er zusammen mit einigen seiner Kollegen bereits Vorkehrungen getroffen haben zur Auslösung eines Eisenbahnerstreiks während eines Umsturzes in diesem strategisch immens wichtigen Schienenverkehrsknotenpunkt Deutschlands. Dieser lokale Streik hätte als Initialzündung dienen sollen für einen Generalstreik zur Flankierung der Militäraktion. Und anscheinend ist, so jedenfalls ein Hinweis von Karl Otmar Freiherr von Aretin, im Zusammenhang mit dem „20. Juli“ zumindest im Mainzer Reichsbahnausbesserungswerk tatsächlich eine Streikaktion ausgelöst worden, wenngleich gewiss vorzeitig. Darüber hinaus war hier – wie in den anderen Zentren der Verschwörung – beabsichtigt, die lokale NS-Führungsriege im geeigneten Moment durch Polizeikräfte festnehmen bzw. ausschalten zu lassen. Wer alles zu jener örtlichen Widerstandsstruktur gezählt hat, konnte bisher nicht ergündet werden. Es wird sich womöglich auch niemals mehr ermitteln lassen. Denn die Gestapo vermochte diese zivile Widerstandsstruktur nicht zu enttarnen und Zeitzeugen, d.h. einstige Aktivisten, können heute nicht mehr gefragt werden.

Wie umfangreich jene zivilen Widerstandsstrukturen im Einzelnen waren, lässt sich aber am Beispiel Frankfurts verdeutlichen. Der dortige Stützpunkt war von Steffan in die Verantwortlichkeit des Kriminalbeamten Christian Fries gegeben

worden. Dieser hatte vor 1933 der Eisernen Front angehört und sich 1937 einer Gruppe Polizeibeamter angeschlossen, die am Sturz des Regimes mitwirken wollte. Außerdem hatte er den Kontakt zu etlichen Kollegen aufrechterhalten, die wegen ihrer antinazistischen Gesinnung aus dem Dienst entlassen worden waren; sofern diese in Not geraten waren, ließ er ihnen nach Möglichkeit Unterstützung zukommen. Gleiches galt einigen verfolgten jüdischen Familien. Seit 1941 nahm Fries regelmäßig an politischen Besprechungen in kleinerer Runde teil, zu denen fortwährend auch Steffan aus Mainz nach Frankfurt fuhr. 1943 erteilte ihm dieser den Auftrag, in der Mainmetropole eine „antifaschistische Organisation“ für die Stunde X zu schaffen. Jene Fries unmittelbar unterstellte Widerstandsgruppe hielt schließlich konspirative Fühlung mit ungefähr 40 Personen, die meisten davon Polizeibeamte im aktiven Dienst, von denen aber nur ein kleiner Teil um die wahren Absichten wusste. In der Umsturzsituation hätten Fries und seine Mitstreiter sich sofort mit anderen Gruppen vor Ort zusammenschließen sollen. Die Besetzung des Rundfunks war ebenso vorgesehen wie die Ausschaltung der Gestapo und des Sicherheitsdienstes der SS. Auch der Gauleiter, der Kreisleiter und die Ortsgruppenleiter der NSDAP mit deren Stäben sollten festgenommen werden. Danach wären weitere Weisungen von der Zentrale abzuwarten gewesen. Nachdem Fries sich nach dem „20. Juli“ eine Weile völlig bedeckt gehalten hatte, brachte er seine Frankfurter Kerngruppe alsbald in Verbindung mit einer ebenfalls nicht enttarnten Widerstandsstruktur in Neu-Isenburg, in die – inklusive ihrer Peripherie – an die 100 Regimegegner einbezogen waren. Hinweise zu seinem Widerstand finden sich in einer umfangreichen Stellungnahme, die Fries nach dem Krieg für das Hessische Ministerium für politische Befreiung erstellt hat.

Auch Willy Knothe, bis zu seiner Festnahme Mitte 1934 konspirativer Leiter des SPD-Widerstandes in Südwestdeutschland, hat

nach 1945 über seinen im Zusammenhang mit dem „20. Juli“ in Frankfurt und Umgebung geleisteten Widerstand berichtet.

Danach erhielt er, der sich schon 1940 erneut in die Widerstandsarbeit eingeklinkt und seither vielfältige konspirative Kontakte geknüpft hatte, im September 1943 von Julius Leber in Berlin den Auftrag, „eine Liste einzureichen über die Besetzung der wichtigsten kommunalpolitischen Ämter in Frankfurt, Wiesbaden und Darmstadt sowie eine Liste wegen der Besetzung der damaligen D[eutschen] A[rbeits]-F[ront] durch frühere Gewerkschafter“. Für die künftige Frankfurter Stadtverwaltung habe er fast 50 geeignete Personen benennen können, für den dortigen Gewerkschaftsbereich seien an die 100 Vorschläge zusammengekommen. Zahlenangaben für Darmstadt und Wiesbaden hat Knothe leider nicht gemacht, trotzdem sind einige der dortigen, zur Aktion bereiten Widerstandskräfte namentlich bekannt: So wurde der Darmstädter Stützpunkt vom ehemaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden im Landtag des Volksstaates Hessen Heinrich Zinnkann angeleitet, und der Stützpunkt in Wiesbaden wurde angeführt vom früheren Wormser Polizeidirektor Heinrich Maschmeyer, der wie jener auf weitere lokale Widerstandskräfte unterschiedlicher politischer Couleur zählen konnte.

Etliche der im Rhein-Main-Gebiet in die Leuschner-Konspiration involvierten Regimegegner wurden – in der Regel ohne konkrete Verdachtsmomente – im Zuge der reichsweiten Fahndungsaktion „Gewitter“ bzw. „Gitter“ im August 1944 festgenommen, unter ihnen z. B. Richter, Steffan, Calujek und Willy Knothe. Während die beiden Ersteren unverzüglich wieder auf freien Fuß gesetzt wurden und Knothe schon bald die Flucht aus der Haft glückte, wurde Calujek für ein Vierteljahr ins KZ Dachau verschleppt. Übrigens war Knothe bei seiner Flucht genauso auf die Mithilfe anderer Regimegegner angewiesen, wie in den folgenden Monaten, in denen er sich vor den NS-Fahndern bis zum Eintreffen der Amerikaner versteckt halten konnte.



**Jakob Steffan (2. v. rechts),
Peter Altmeier (rechts)
und Berlins Bürgermeisterin
Luise Schröder
bei der „Rittersturz-
konferenz“ 1948**

Nach der Niederschlagung des Umsturzversuchs vom 20. Juli 1944 sind außer den daran unmittelbar beteiligten Militärs nur die wichtigsten Anführer des zivilen Widerstandes enttarnt und verhaftet worden, Folge der nahezu perfekten Absicherung dieses Bereichs der Konspiration. Leuschner, Schwamb und

andere der reichsweit relevanten Zivilverschwörer hatten auch nach schwersten Folterungen keine wirklich brisanten Informationen preisgegeben und vor allem keine ihrer Mitstreiter aus der zweiten und dritten Reihe der Phalanx denunziert, also aus den regionalen und lokalen Segmenten ihrer weit verzweigten Widerstandsstruktur. Sie selbst mussten ihre Gesinnungstreue und Freiheitsliebe mit dem Leben büßen: Leuschner wurde am 29. September 1944, Schwamb und Hermann Kaiser wurden am 23. Januar 1945 hingerichtet. Gleichwohl haben sie durch ihr Schweigen die Voraussetzung dafür schaffen können, dass ihre nicht entdeckten Getreuen sich nach der Befreiung vom Joch der NS-Diktatur für die Errichtung der zweiten Demokratie auf deutschem Boden engagieren konnten. Hierzu zählten beispielsweise Alfred Freitag wiederum als Bezirkssekretär der SPD für

Rheinhessen und Mainzer Stadtratsmitglied, Willi Richter u. a. als DGB-Bundesvorsitzender, Anton Calujek als Sekretär der Eisenbahnergewerkschaft, Mitglied des Mainzer Stadtrats sowie des Landtages von Rheinland-Pfalz ebenso wie Bartholomäus Koßmann als erster Vizepräsident des Saarländischen Landtages und viele andere mutige Gegner des „Dritten Reiches“. Jakob Steffan – er galt übrigens dem Zeugnis des damaligen US-Besatzungsoffiziers Arthur D. Kahn zufolge gleich nach dem Krieg als „der antifaschistische Held in Mainz“ – wirkte 1945 zunächst für kurze Zeit als Polizeipräsident, dann als Regierungspräsident für Rheinhessen, sodann von 1946 bis 1949 als Innenminister und 1949/50 schließlich als Sozialminister von Rheinland-Pfalz.

Der von ihm und allen anderen der hier Genannten – und auch von den vielen heute Ungenannten – geleistete antinazistische Widerstand gehört bleibend zum Gewissen unserer Heimat und unserer Welt. Er gehört unmittelbar zu den Wurzeln unserer Demokratie und damit zu unseren beständig zu würdigenden Freiheitstraditionen.

DISKUSSION

Abg. Dieter Burgard: Lieber Dr. Ulrich, das war wirklich sehr viel Neues, facettenreich dargestellt, und hat uns einige Hintergrundinformationen vermittelt über Strukturen und Personen des „20. Juli 1944“, die bisher nicht so im Rampenlicht der Geschichtsforschung gestanden haben.

Gibt es hierzu Nachfragen?

Herr Schenk: Mich interessiert schon die Rezeptionsgeschichte. Warum dauert es so lange, bis man diese aufrechten Sozialisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter endlich einmal so würdigt, wie es ihnen zukommt?

Dr. Axel Ulrich: Herr Schenk, man könnte ein ganzes Kompaktseminar zu diesem Thema durchführen. Ich will versuchen, es kurz zu machen.

Nach dem Krieg sind durchaus einige Erinnerungsberichte zu diesem speziellen Widerstandszweig niedergeschrieben worden. Die wenigsten wurden jedoch publiziert. Eines der wichtigsten Zeugnisse ist die Broschüre von Emil Henk „Die Tragödie des 20. Juli 1944“ aus dem Jahr 1946. Auch in der siebten Auflage der berühmten Parteiengeschichte von Prof. Dr. Ludwig Bergsträsser aus dem Jahr 1952 finden sich hierzu vier oder fünf Seiten. Sie werden staunen, was Bergsträsser dort mitgeteilt hat. Beide Autoren bieten fundierte, wenngleich sehr komprimierte Hinweise darauf, dass diese sozialdemokratisch-gewerkschaftlich dominierte Widerstandsbewegung, die nach Gelingen der Militäraktion des „20. Juli“ als flankierende Maßnahme hätte aktiviert werden sollen, wirklich sehr breit gewesen ist.

Der frühere Mainzer Kulturdezernent Toni Keim hat als junger Mann für den Südwestfunk eine Zeitzeugenbefragung aus Anlass des 10. Jahrestages des „20. Juli“ durchgeführt. Er konnte noch

mit Alfred Freitag sprechen, mit Jakob Steffan, Ludwig Bergsträsser und einigen anderen. Elisabeth Schwamb, die Witwe Ludwig Schwambs, ist ebenso befragt worden. In diesem Feature, das dann 1955 unter dem Titel „Das Stichwort kam nicht ...“ ausgestrahlt wurde, ist das jetzt hier Vorgetragene von den einstigen Aktivisten recht prononciert geschildert worden. Aber dann gerieten Hinweise dieser Art leider in Vergessenheit. Zum Glück hat Keim vor geraumer Zeit die damalige Tonbandaufzeichnung seiner Sendung wieder aufgespürt und inzwischen u. a. dem NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz / Gedenkstätte KZ Osthofen zur Verfügung gestellt.

Die Überlebenden des „20. Juli“ und die Nachkommen der Ermordeten hatten ursprünglich gehofft, Prof. Dr. Gerhard Ritter würde eine Gesamtdarstellung jener weit verzweigten, ein breites politisches Spektrum repräsentierenden Widerstandsbewegung schreiben. Aber dann hat er sich auf Carl Goerdeler konzentriert. Seine Biographie erschien 1954. Den frühen Hinweisen zum sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen „20. Juli“-Untergrund, die sich damals noch unschwer hätten konkretisieren lassen, ist Ritter nicht nachgegangen. Über die Gründe hierfür kann spekuliert werden.

Als ich Geschichte studiert habe, wurde uns erklärt, Historiker könnten an ein Thema ganz gleich welcher Art überhaupt erst dann wissenschaftlich solide herangehen, wenn es mindestens 50 Jahre zurückliege. Jetzt sind über 60 Jahre seit dem Ende der NS-Diktatur vergangen, und wir haben keine Zeitzeugen mehr, schon gar nicht solche zum „20. Juli“. Zu jener Zeit, als es noch eine erkleckliche Anzahl Menschen gab, die man hierzu, auch zu anderen Widerstandsbereichen, hätte befragen können, ist streng genommen niemand an sie herangetreten. Keim war zweifellos eine große Ausnahme. Zwei, drei Jahrzehnte später haben Jüngere, freilich meist keine Historiker, damit begonnen, die damals noch lebenden einstigen Gegner des NS-Regimes –

sie wurden von Jahr zu Jahr weniger – mehr oder minder systematisch zu interviewen. Angelika Arenz-Morch von der Gedenkstätte KZ Osthofen, die heute unter uns weilt, gehört zu denjenigen, die damals ohne jeden öffentlichen Auftrag, völlig aus eigenem Antrieb wissenschaftliche Pionierarbeit geleistet haben. Es waren nicht viele, die sich diesbezüglich verdient gemacht haben, sie könnten hier alle einzeln mit Namen genannt werden. Die Bandaufzeichnungen der Interviews mit den Veteraninnen und Veteranen des antinazistischen Widerstandes, auf die heute zurückgegriffen werden kann, stammen fast alle aus jener Zeit. Eine finanzielle Förderung durch die Kommunen, die Länder, den Bund gab es seinerzeit hierfür nicht. Dies erklärt auch, warum wir über so wenige Film- bzw. Videodokumentationen zu Widerständlern verfügen. Heute würden die erforderlichen Finanzmittel sofort bewilligt werden, aber leider ist es nun zu spät.

Gleich nach 1945 wollte man vom Widerstand hierzulande erst recht nichts wissen, war doch jeder Widerständler der lebende Beweis dafür, dass zuvor sehr wohl andere Verhaltensweisen möglich gewesen sind als das so erschreckend weit verbreitete duldsame Schweigen, als das Wegsehen, das Mitlaufen und das Mitmachen. Kam die Sprache doch einmal auf den Widerstand, so wurde dieser in der Regel negativ bewertet, gar als „Verrat“ verunglimpft. Etwas später fing man dann bei uns im Westen damit an, sich vornehmlich auf den von Militärs sowie von christlichen bzw. bürgerlichen Opponenten geleisteten Widerstand zu berufen, während im Osten der kommunistische Widerstand gefeiert wurde. Der breite zivile, in starkem Maße sozialdemokratisch geprägte Untergrund im Zusammenhang mit dem Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 ist so zunehmend aus dem Blick geraten, beiderseits des damaligen Eisernen Vorhangs.

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, der selbst wegen seines politischen Widerstandes vier Jahre lang ins Zuchthaus musste, dann in ein Strafbataillon 999 gepresst wurde und 1944 zur griechi-

schen Widerstandsbewegung übergelaufen ist, hat auf einer vor 40 Jahren in Frankfurt durchgeführten Fachkonferenz zu Fragen der Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes gefordert, man müsse endlich von den überkommenen ideologischen Verzerrungen wegkommen und gerade den Widerstand aus der Arbeiterbewegung in seiner ganzen Bandbreite und Vielschichtigkeit erschließen. Es sei „die gemeinsame Aufgabe der deutschen Geschichtswissenschaft beider deutscher Staaten, das Bild der einzigen Widerstandsbewegung, die während aller Phasen der nationalsozialistischen Herrschaft tätig war, in systematischer Analyse aller Quellen wiederherzustellen“. Aus jener Konferenz ist 1967 der Studienkreis Deutscher Widerstand hervorgegangen. Eine umfassende, objektive Gesamtdarstellung zum Widerstand aus den Reihen der Arbeiterbewegung ist bis heute leider ebenso Desiderat wie eine solche zum deutschen Widerstand generell.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit war in Politik und Verwaltung die beachtliche Breite des Widerstandes gleichwohl bekannt. So findet sich in einer Anmerkung der 1949 erstmals auf Deutsch erschienenen Monographie von Prof. Dr. Hans Rothfels „Die deutsche Opposition gegen Hitler“ der lapidare Hinweis, im Herbst 1945 seien ungefähr 250.000 Deutsche als aus politischen Gründen Verfolgte anerkannt gewesen. Noch heute hören wir oft genug, der deutsche Widerstand sei zwar mutig, aber winzig gewesen, wenn er nicht gar als „banal“ abgetan wird. 250.000 Menschen sind – gemessen an der Gesamtbevölkerungszahl von einst fast 70 Millionen – wahrlich nicht allzu viel. Aber, das zeigt dieser statistische Hinweis ganz klar, es waren doch erheblich mehr Menschen, die den Mut zu antinazistischem Handeln aufgebracht haben, als man uns früher einzureden versucht hat bzw. noch immer Glauben zu machen sucht.

An der Philipps-Universität Marburg wurde erst vor wenigen Jahren ein imposantes Forschungsprojekt zur politischen NS-Strafjustiz

auf dem Gebiet des nachmaligen Bundeslandes Hessen zum Abschluss gebracht. Unter der wissenschaftlichen Leitung von Dr. Wolfgang Form wurde dort Prozessmaterial gegen immerhin rund 4.500 Personen ausgewertet, die durch die Oberlandesgerichte, die Sondergerichte, das Reichsgericht bzw. den „Volksgerichtshof“ strafrechtlich verfolgt worden sind. Dies bezieht sich wohlgerneht nur auf das erhalten gebliebene Aktenmaterial. Darüber hinaus gab es glücklicherweise etliche Fälle nie enttarnten Widerstandes. Über die Dunkelziffer kann nur gemutmaßt werden.

Übrigens beziehe ich mich bei meinen Forschungen zum zivilen „20. Juli“-Untergrund keineswegs nur auf die Berichte von Zeitzeugen, von Henk also, von Bergsträsser, Willy Knothe usw., sondern ich knüpfe hierbei an die Arbeiten mehrerer Wissenschaftler an, so an solche meines verstorbenen Freundes Dr. Gerhard Beier, auch von Prof. Dr. Karl Dietrich Bracher, von Prof. Dr. Kurt Finker, Dr. Walter Mühlhausen und Prof. Dr. Richard Löwenthal. Letzterer hat 1984 in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz anlässlich des 40. Jahrestages des Umsturzversuchs einen beachtlichen Vortrag über den Widerstand gehalten, in dem er besonders auch auf die Existenz jenes von den NS-Fahndern niemals aufgedeckten zivilen Vertrauensleutenetzes Wilhelm Leuschners und seiner Mitstreiter hingewiesen hat. Löwenthals Vortrag wurde damals in der Broschüre „Widerstand im Dritten Reich – und heute?“ durch die Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz einer größeren Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Frau Gerceker: Ich habe eine Frage zur Bandbreite des Widerstandes. Ist die Rolle der Bekennenden Kirche so gering gewesen, dass Sie sie gar nicht erwähnt haben?

Dr. Axel Ulrich: Ich spreche heute Abend ausnahmslos über den politischen Widerstand. Das antinazistische Agieren der Bekennenden Kirche ist jedoch nur durch recht wenige ihrer

Protagonisten in den Bereich des politischen Widerstandes vorgedrungen. Dietrich Bonhoeffer ist hier z.B. zu nennen. Ansonsten hat die Bekennende Kirche zwar sehr mutig widerstanden, aber eigentlich in erster Linie nur gegen die antikirchlichen Maßnahmen der Nationalsozialisten. Sie hat keinen gegen das NS-Unrechtsregime grundsätzlich gerichteten Widerstand artikuliert, sich schon gar nicht selbst etwa als Untergrundbewegung begriffen. Nur selten war aus ihren Reihen einmal eine Stimme des Protestes zu vernehmen, etwa gegen die Gestapo-Willkür oder gegen die Judenverfolgungen. Deswegen kam es 1945 auch zum so genannten Stuttgarter Schuldbekenntnis, in dem die Vertreter der Evangelischen Kirche sich öffentlich bezichtigten, in den Jahren zuvor „nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt“ zu haben.

Frau Gerceker: Im Grunde genommen ist doch jeder Widerstand politisch gewesen.

Dr. Axel Ulrich: Ich plädiere hierbei für eine präzise Unterscheidung. Der antinazistische Widerstand war insgesamt sehr facettenreich. Durch sein Agieren in Wort, Schrift oder Tat zielte der politische Widerstand aber auf eine grundsätzliche, eine strukturelle Umwandlung der Verhältnisse ab, auf die Beseitigung des NS-Regimes. Auch Georg Elzers Münchner Sprengstoffattentat, genauso die Militäraktion des „20. Juli“ waren politisch motiviert. Der politische Widerstand muss insofern von jenem klar unterschieden werden, der aus christlichem Glauben bzw. aus humanitärer Gesinnung geleistet wurde und sich zumeist nur gegen bestimmte Teilaspekte der Terrorherrschaft wandte. Gleiches betrifft sicherlich auch viele andere Formen antinazistischen Widerstehens und Protestes. Natürlich müssen die keineswegs minder mutigen Handlungen all jener Menschen in gleicher Weise, also gebührend gewürdigt werden. Hierbei ist beispielsweise auch an die von uns heute so bezeichneten Stillen

Helfer bzw. die Judenretter und Judenhelfer zu denken, deren Movens häufig überhaupt nicht politischer Natur war, sondern ihrer Nächstenliebe entsprang. Begriffliche Differenzierungen der genannten Art bitte ich Sie also nicht als Versuch zur Diffamierung, zur Herabsetzung bestimmter Widerstandsformen misszuverstehen.

Selbstverständlich haben Menschen aus der Bekennenden Kirche, ich erwähnte das schon, verschiedentlich auch politischen Widerstand geleistet. Hierzu zählt zweifellos die direkt an Hitler gerichtete Pfingstdenkschrift aus dem Jahr 1936, mit der gegen die NS-Kirchen- und Rassenpolitik protestiert und die Auflösung der Konzentrationslager gefordert wurde. Wollten aber wirklich alle Protagonisten und Anhänger der Bekennenden Kirche das Regime grundlegend ändern, es hinweggefegt wissen? Ich erinnere etwa an ihre Loyalitätserklärungen, an den Treueid auf den „Führer“ durch die meisten Bekenntnispfarrer am 20. April 1938. Ich wäre also schon etwas vorsichtig bezüglich einer begrifflichen Vermengung der diversen Widerstandsbereiche.

Auch die Standfestigkeit der vielen Priester ist außerordentlich respektgebietend. Mehr als 12.000 katholische Geistliche sind mit dem Regime in Konflikt geraten. Hunderte von ihnen wurden im Konzentrationslager geschunden, nicht wenige haben ihre Standfestigkeit mit dem Leben gebüßt. Ich finde auch die Glaubenstreue und den Opfermut der Zeugen Jehovas bewundernswert. Die einzige christliche Gruppierung jedoch, die zur Gänze wenigstens dem unmittelbaren Vorfeld des politischen Widerstandes zugeordnet werden kann, sind die Quäker. Von ihnen redet kaum jemand. Das ist eine ganz kleine Glaubensgemeinschaft, die ihr segensreiches Handeln überhaupt nicht als politisch verstanden wissen will. Allenfalls 230 Menschen gehörten ihr während des „Dritten Reiches“ an. Ihre größten Gemeinden waren die in Berlin und in Frankfurt am

Main. Aber so gering sie auch an der Zahl waren, so effektiv war die von ihnen geleistete Arbeit. So war es nicht zuletzt ihnen zu verdanken, dass Tausenden von Verfolgten, vor allem jüdischen Menschen gerade noch rechtzeitig die Flucht aus Nazi-Deutschland glückte. Zu nennen sind allem voran die „Kindertransporte“ 1938/39, die ohne die Mithilfe der Quäker kaum möglich gewesen wären.

Edgar Wagner: Ich habe noch eine Frage, die Jakob Steffan betrifft. Sie erwähnten, dass er bis 1950 Sozialminister in Rheinland-Pfalz war. Er gab dieses Amt ein Jahr vor Ablauf der Legislaturperiode auf. Das war auf Initiativen seines zeitweiligen christdemokratischen Staatssekretärs Franz Josef Wuermeling zurückzuführen. Er ist auch von seiner eigenen Fraktion aufgegeben worden. Können Sie etwas klarstellend dazu sagen, warum Jakob Steffan 1950 sein Amt als Sozialminister aufgeben musste?

Dr. Axel Ulrich: Wir kommen hierbei in den Bereich der Nachkriegspolitik. Warum musste Steffan vorzeitig gehen? Natürlich gab es dabei bestimmte Gründe und Auslöser. Damals hat man oft genug Menschen wie ihm immense Vorwürfe gemacht. Widerständler gewesen zu sein, war bei uns wahrlich kein Honigschlecken.

Auch Steffan ist also unter Beschuss geraten. Man hat ihm Dinge vorgeworfen, die zum Teil längst geklärt, juristisch abgehakt waren und über die man bei uns heute kein Wort verlieren würde. Mein Thema ist allerdings nicht die Untersuchung der Vorgänge um die Ablösung Steffans im Jahr 1950, sondern der Widerstand all jener Menschen, die für eine bessere, eine demokratische Gesellschaft nach Hitler Kopf und Kragen riskiert haben und die deshalb zu den Glanzlichtern unserer deutschen Geschichte gehören.

Ich möchte aber gerne noch auf einen anderen, gänzlich in Vergessenheit geratenen Fall aufmerksam machen, damit Sie einen Eindruck davon erhalten, auf welchem Parkett wir uns bewegen:

Der erwähnte Leiter des Frankfurter Leuschner-Stützpunktes Christian Fries – wie Steffan ein ganz mutiger Mensch – wurde im Sommer 1945 festgenommen und 15 Monate lang inhaftiert, erst im Gefängnis in Höchst, anschließend im Internierungslager Ludwigsburg. Kurz nach seiner Festnahme erschienen in der „Frankfurter Rundschau“ völlig aus der Luft gegriffene Anschuldigungen gegen ihn. In deren Redaktion saßen damals noch Kommunisten, beispielsweise Emil Carlebach. Ein inzwischen zu den Kommunisten übergelaufener Hausnachbar ließ Fries gar zum „Nazi-Aktivist“ erklären. Erst im Frühjahr 1947 wurde der von Steffan vordem für die Widerstandsarbeit Angeworbene vom hessischen Minister für politische Befreiung vollständig rehabilitiert, wobei auch sein aktiver Kampf gegen das NS-Regime unmissverständlich festgestellt wurde.

In seiner Rechtfertigungsschrift hat Fries sehr viele Zeugen für seine antinazistischen Aktivitäten angeführt. Er nannte ihre Namen, ihre Adressen. Auch Steffan wurde als Leumundszeuge genannt. Wenn damals wirklich Interesse am Thema Widerstand bestanden hätte, wäre es ein Leichtes gewesen, solchen Hinweisen nachzugehen.

Trotzdem gab es in den 1945 rekonstruierten bzw. neu gegründeten Parteien zunächst einen antinazistischen Grundkonsens. Das heißt, Konservative, Liberale und Sozialdemokraten und auch die Kommunisten haben anfänglich noch recht gut miteinander kooperiert, insbesondere bei der Bewältigung der vielfältigen drängenden Tagesaufgaben. Man wusste ja auch noch genau, wie die wechselseitige Zerfleischung am Ende von Weimar nur den Nationalsozialisten genutzt hatte. Spätestens aber mit Einsetzen des Kalten Krieges war es mit dieser parteiübergreifenden Zusammenarbeit vorbei. Da hatten sich die westdeutschen Kommunisten auch längst wieder als verlängerter Arm Moskaus erwiesen. Eine parlamentarische Demokratie

strebten sie, das war inzwischen unverkennbar geworden, nicht wirklich an, allenfalls nur als Zwischenschritt zur Errichtung der von ihnen nach wie vor über alles geliebten Rätediktatur. Ihr verheerendes antidemokratisches Agieren in der Zeit vor 1933 war bei den nichtkommunistischen Parteien ohnehin noch in lebhafter Erinnerung.

Georg Buch, der frühere Wiesbadener Oberbürgermeister und hessische Landtagspräsident, der wegen seines Widerstandes gegen die Nazis u. a. im KZ-Lager SS-Sonderlager Hinzerthardt inhaftiert gewesen ist, hat meine Frage nach seiner wichtigsten Lehre aus alledem einmal wie folgt beantwortet: Es dürfe niemals in Vergessenheit geraten, „welcher hohe Preis insgesamt zu bezahlen war, nur weil die Demokraten unserer ersten deutschen Republik in einer zweifellos schwierigen Situation nicht zusammenzufinden vermochten“. Und so müssen wir uns alle immer wieder aufs Neue gegen jedwede aufkeimende Bedrohung unserer Demokratie zur Wehr setzen – rechtzeitig, entschlossen und gemeinsam.

Abg. Dieter Burgard: Diesen Appell kann ich nur bestärken. Herr Schenk hat die Würdigung der Widerstandskämpfer angemahnt. Ich denke, dieser Abend war ein Baustein hierfür. Genauso zählt aber auch die im Foyer des Landtages präsentierte Ausstellung hierzu.

Wir haben zudem das Glück, am Samstag im Landtag den Zeitzeugen Heinz Kahn aus Polch zu hören. Das alles sind eminent wichtige Mosaikbausteine des Gedenkens und der Erinnerung, die anlässlich des „27. Januar“ mit dazu beitragen, hier in Mainz, in Koblenz, in Osthofen oder gar landesweit verfolgte und widerständige Menschen aus jener Zeit zu würdigen, sie in ein anderes Licht zu stellen, sie besonders hervorzuheben, gerade wenn sie sonst nicht so sehr im Fokus des Interesses gestanden haben mögen.

Ihnen allen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein herzliches Danke für Ihr Kommen. Im Namen des Landtagspräsidenten möchte ich der Referentin und den Referenten für die sehr eindrucksvollen und lebhaften Referate danken und Sie alle dazu einladen, auch an den vielen anderen Veranstaltungen im Laufe der kommenden vierzehn Tage teilzunehmen.

Ich danke ausdrücklich dem Landtagspräsidenten sowie der Landtagsverwaltung, stellvertretend Herrn Hans-Peter Hexemer, für die Vorbereitung des heutigen Abends, aber auch der ganzen sonstigen Veranstaltungen, die um den Gedenktag des „27. Januar“ herum in diesem Hause und mit Unterstützung des Landtages erfolgen.



„WIR KÖNNEN NUR VORWÄRTS,
DENN HINTER UNS IST DER TOD.“

NS-OPFER AUS DER REGION KOBLENZ
UND NEUANFANG VOR 60 JAHREN

Ausstellung im Landtag vom 18. Januar bis 2. Februar 2007



„MENSCHEN, SCHICKSALE UND ERINNERUNGEN“

AUSSTELLUNG ZUM GEDENKEN AN DIE OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS AUS DEM RAUM KOBLENZ

„Man kann sich wehren, auch wenn man nicht als Held geboren ist, indem man anfängt frei zu denken“. Mit diesen Worten eröffnete Landtagspräsident Joachim Mertes (SPD) die Ausstellung „Wir können nur vorwärts, denn hinter uns ist der Tod“ des Fördervereins „Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus in Koblenz“ im Foyer des Landtags.

Stellvertretend für alle NS-Opfer im Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz gedenkt die Ausstellung 26 Widerständlerinnen und Widerständlern und anderer Opfer des Nationalsozialismus aus dem Koblenzer Raum, die das Verbrecherregime der Nazis überlebten und sich am demokratischen Wiederaufbau des Landes beteiligt haben.

Unter den Gästen der Ausstellung befanden sich neben den Spitzen der Landespolitik auch Nachfahren der Porträtierten, darunter Fritz Görge, Pflegesohn von Johann Dötsch, der auf Grund seiner SPD-Zugehörigkeit und Gewerkschaftsarbeit von den Nazis verfolgt und ins Konzentrationslager Sachsenhausen verschleppt wurde.

„Die Zahl ob vier, fünf oder sechs Millionen Opfer des Nationalsozialismus ist so unglaublich, dass man sie nicht verdauen kann“, unterstrich Mertes in seiner Eröffnungsrede. Wenn man aber zeige, dass es sich hier um Menschen mit ganz normalen Lebensläufen gehandelt habe, die sich trotz der bekannten Konsequenzen für den Widerstand einsetzten, dann präsentiere man in der Ausstellung „Menschen, Schicksale und Erinnerungen“. „Wir finden Menschen, die in jugendlichen Jahren bereit waren, Risiken einzugehen“, betonte Mertes, auch wenn dies ein Leben in Angst um das eigene Leben und das der Familie und Freunde bedeutete.

Die Ausstellung, wie auch die zahlreichen anderen Veranstaltungen im Land rund um den 27. Januar böten Gelegenheit, gerade auch für junge Menschen, sich mit den Geschehnissen im Nationalsozialismus auseinander zu setzen, was der Landtag über alle Fraktionsgrenzen hinweg unterstütze.

Auch zwei Jahre nach dem 60. Jubiläum der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz habe man eine „besondere Verpflichtung und Aufgabe bei der Gestaltung des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“, sagte der stellvertretende Vorsitzende des Fördervereins Mahnmahl für die Opfer des Nationalsozialismus in Koblenz, Joachim Hennig.

Deshalb habe sich der Verein im Jahr seines zehnjährigen Bestehens dafür entschieden, der überlebenden NS-Opfer zu gedenken. „Sie waren es, die unmittelbar nach der Befreiung

damit begonnen haben, das Gedenken an ihre toten Kameradinnen und Kameraden zu bewahren“, sagte Henning. Die gezeigten Opfer des Nationalsozialismus seien nicht „vergangene Gesichter“, sondern Menschen aus Fleisch und Blut, die für alle, gerade auch für die heutige Jugend, beispielgebend sein können und sollen, betonte Henning.

Besonders die beeindruckende Gestaltung der Ausstellung durch den Förderverein, die 26 Tafeln mit Bildern und Lebensläufen der NS-Opfer zeigt, lobte Fritz Görge. Als Nachkomme einer der Porträtierten betonte er die besondere Wichtigkeit und Bedeutung solcher Initiativen für die gesamte Gesellschaft.

Bildnachweis:

Klaus Benz: Titel, S. 5, 7, 13, 15, 19, 25, 31, 37, 43, 49, 51, 53, 55, 59, 63, 81, 95, 125, 127

Schule am Ellerbach Bad Kreuznach: Titel, S. 47, 50

Archiv Joachim Hennig: S. 64, 68, 70, 71, 73

Archiv des Landtags: S. 85

Stadtarchiv Trier Sam 150/1: S. 89

Dr. Lothar Steffan: S. 96 links, 104, 106, 110

NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz, Osthofen:
S. 96 rechts, 99, 101

In der Schriftenreihe des Landtags sind bisher erschienen:

Heft 1

Sondersitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus
Mainz 1998

Heft 2

Privatisierung und parlamentarische Rechte
Mainz 1998 (vergriffen)

Heft 3

„Eure Freiheit ist unsere Freiheit, und unsere Freiheit ist die Eure“
1848 - europäische Revolution?
Mainz 1998 (vergriffen)

Heft 4

Parlamentsreform
Bericht der Enquete-Kommission des Landtags Rheinland-Pfalz
Mainz 1998

Heft 5

Sozialpolitik auf dem Prüfstand
Vortrags- und Diskussionsveranstaltung
aus Anlaß der Tage der Forschung 1998
Mainz 1998 (vergriffen)

Heft 6

Zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus,
Dokumentation der Veranstaltung am 27. Januar 1999
Mainz 1999 (vergriffen)

Heft 7

Kirche und Staat.
Partner am Wendepunkt?
Podiumsdiskussion
Mainz 1999

Heft 8

Gedenkveranstaltung
zum 60. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges
Mainz 1999

Heft 9

Verfassungsreform
Der Weg zur neuen Landesverfassung vom 18. Mai 2000
Mainz 2000

Heft 10

Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer
des Nationalsozialismus am 27. Januar 2000
Kinder und Jugendliche im Holocaust
Mainz 2000

Heft 11

Parteienfinanzierung im internationalen Vergleich
Mainz 2000 (vergriffen)

Heft 12

Volk oder Parteien – wer ist der Souverän?
Podiumsdiskussion im Landtag Rheinland-Pfalz am 20. Juni 2000
Mainz 2000 (vergriffen)

Heft 13

Politik mit der Bibel?
Diskussionsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz
am 14. Dezember 2000
Mainz 2001 (vergriffen)

Heft 14

Länderverfassungen im Bundesstaat
Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz
am 19. Dezember 2000
Mainz 2001 (vergriffen)

Heft 15

Haushaltsreform und parlamentarisches Budgetrecht
in Rheinland-Pfalz
Mainz 2001 (vergriffen)

Heft 16

Leidensstätten der Opfer des Nationalsozialismus in Mainz
Mainz 2001

Heft 17

Was kann, was darf der Mensch?
Symposium zu aktuellen Fragen der Bioethik
Mainz 2001

Heft 18

Verfassungsentwicklung in Europa nach Nizza:
Die Rolle der Regionen
Internationale Tagung in Trier am 7. und 8. Dezember 2001
Mainz 2002 (vergriffen)

Heft 19

Russlanddeutsche im Strafvollzug
Anhörung der Strafvollzugskommission des Landtags Rheinland-Pfalz
am 29. Oktober 2002
Mainz 2002

Heft 20

Wider das Vergessen – Für die Demokratie
Abgeordnete des Landtags im Dialog mit Schülerinnen und Schülern
aus Anlass des Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus
am 27. Januar 2003
Mainz 2003 (vergriffen)

Heft 21

Streitfall Pflege

Lösungsansätze und Perspektiven in Rheinland-Pfalz

Podiumsdiskussion im Landtag Rheinland-Pfalz am 1. April 2003

Mainz 2003 (vergriffen)

Heft 22

Mit den Augen des Anderen

Die jüdisch-arabische Verständigungsinitiative Givat Haviva

Ausstellung und Podiumsdiskussion

im Landtag Rheinland-Pfalz am 3. Dezember 2003

Mainz 2003

Heft 23

„Einzig hoffe ich noch auf Buonaparte, der ein großer Mann ist!“

Napoleons und Dalbergs Mainzer Treffen im September 1804

Vortragsveranstaltung

Mainz 2003

Heft 24

Nahe am großen Krieg – Rheinpreußen und die Pfalz 1914

Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz

am 29. September 2004

Mainz 2004 (vergriffen)

Heft 25

Nur freie Menschen haben ein Vaterland

Georg Forster und die Mainzer Republik

Vortragsveranstaltung

Mainz 2004

Heft 26

Der 27. Januar – Zerfall – Wendepunkt – Hoffnung

Gedenksitzung des Landtags Rheinland-Pfalz aus Anlass des

Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2005

Mainz 2005

Heft 27

20. Schüler-Landtag Rheinland-Pfalz 2004

Dokumentation

Mainz 2005

Heft 28

Stand und Perspektiven des Leistungsauftrags Rheinland-Pfalz

Workshop zur politischen Steuerung durch Zielvorgaben im Haushalt im

Landtag Rheinland-Pfalz am 16. Februar 2005

Mainz 2005

Heft 29

Friedrich Schillers Politischer Blick

Eine Veranstaltung in der Reihe „Literatur im Landtag“

im Landtag Rheinland-Pfalz am 4. Oktober 2005

Mainz 2006

Heft 30

Christoph Grimm

Reden 1991-2006

Eine Auswahl aus der Amtszeit des

rheinland-pfälzischen Landtagspräsidenten

Mainz 2006

Heft 31

Die Präsidenten des Landtags 1946-2006

Biographische Skizzen aus sechs Jahrzehnten

rheinland-pfälzischer Parlamentsgeschichte

Mainz 2006

Heft 32

Die „Schaffung eines rhein-pfälzischen Landes“

und seine demokratische Entwicklung

Eine Veranstaltung des Landtags und der

Landesregierung Rheinland-Pfalz zur Landesgründung

am 30. August 2006 im Plenarsaal des Landtags in Mainz

Mainz 2007

Heft 33

60 Jahre Parlament in Rheinland-Pfalz

Festveranstaltung aus Anlass des 60. Jahrestages

der Konstituierung der Beratenden Landesversammlung

am 22. November 2006 im Stadttheater Koblenz

Mainz 2007

LANDTAG
RHEINLAND-PFALZ

